Weimars letzter Präsident

Er war noch ein kleiner Junge bei der Beerdigung seines Großvaters vor 70 Jahren, doch Hubertus v. Hindenburg wußte schon damals um die Bedeutung des Verstorbenen. **Seite 3**

Angst vor Volkes Stimme

Die Idee eines vereinten Europas ist eine lobenswerte, doch die deutschen Politiker wollen Europa ohne Beteiligung der Deutschen vereinen. Kann das gut gehen? **Seite 5**



Kämpferische Natur

Schon zu Lebzeiten konnte sie den Ruhm einer erfolgreichen Schriftstellerin genießen. Mehr über Leben und Werk der in Königsberg geborenen Fanny Lewald auf **Seite 9**

Die Urkatastrophe

Vor 90 Jahren begann der Erste Weltkrieg. Wie die „Automatik der Mobilmachungen" Europa ins Unglück stürzte, lesen Sie in Jan Heitmanns Bericht auf **Seite 21**

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 55 – Folge 31
31. Juli 2004

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt



Fluchtziel Europa: *Auch nach dem „Cap Anamur"-Drama bleibt Italien erstes Ziel eines gigantischen Zuwandererstroms von Afrika nach Europa. Auf der kleinen Insel Lampedusa, nur 100 Kilometer vor der tunesischen Küste, landen fast täglich Boote mit Flüchtlingen; angeblich warten an der nordafrikanischen Küste zwei Millionen Menschen darauf, von Schleusern über das Mittelmeer transportiert zu werden. Angesichts dieser Perspektiven gewinnt der jüngste Vorstoß von Bundesinnenminister Otto Schily an Bedeutung: Statt in Italien sollen bereits auf afrikanischem Boden Auffanglager eingerichtet werden. So könnte man wenigstens einen Teil der Probleme „ortsnah" lösen.* Foto: ROPI

Kündigungsschutz kündigen!

Merz & Co.: Gesetz hat seinen Zweck verfehlt

Das Thema ist mehr als nur ein Füller fürs Sommerloch, es ist ein Knüller: Führende CDU-Politiker wollen den gesetzlichen Kündigungsschutz aufkündigen. Erst prescht Fraktionsvize Merz vor, dann zog Niedersachsens Ministerpräsident Wulff nach: Der Kündigungsschutz in seiner heutigen Form schaffe und erhalte Arbeitsplätze allenfalls bei Arbeitsgerichten und in Anwaltskanzleien. Saar-Ministerpräsident Peter Müller hingegen, der im Gegensatz zu Wulff vor einer Landtagswahl steht, stellte sich vorsichtshalber auf die Seite des Arbeitnehmerflügels, dessen Vorreiter Arentz ein Ende der „üblen und gefährlichen Diskussion" fordert. Genau das Gegenteil, nämlich langen Unions-Streit, wünscht sich SPD-Chef Müntefering, auf daß er möglichst oft der bürgerlichen Konkurrenz „ungenierten Kapitalismus" vorwerfen kann.

Seit 1969 ist der Kündigungsschutz in Deutschland so geregelt: Die Kündigungsfristen variieren zwischen vier Wochen (ab zwei Jahren Betriebszugehörigkeit) und sieben Monaten (nach 20 Jahren). Sogenannte soziale Härten können Kündigungen über diese Fristen hinaus zusätzlich erschweren.

Die Arbeitsämter, die sich heute „Agenturen" nennen, bestrafen die kampflose Hinnahme einer Kündigung mit Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld; so wird häufig die einvernehmliche Auflösung eines Arbeitsverhältnisses verhindert und ein Arbeitsgerichtsverfahren geradezu provoziert. In den weitaus meisten Fällen endet eine Kündigungsschutzklage aber nicht mit der formaljuristisch angestrebten Weiterbeschäftigung, sondern mit einem Vergleich über Kündigungstermin und Abfindung. Das Gesetz erfüllt also, wie Merz und Wulff zu Recht kritisieren, seinen erklärten Zweck auch nicht ansatzweise.

Dies bestätigen internationale Vergleiche. Länder mit schwachen beziehungsweise gar keinem Kündigungsschutz wie die USA oder die Schweiz haben deutlich niedrigere Arbeitslosenquoten als Deutschland. Auch wenn dies vermutlich auch anderen Faktoren zu danken ist (zum Beispiel niedrigere Lohnnebenkosten und Steuerlasten, weniger Bürokratie) – es gibt weltweit keinen statistischen Beleg dafür, daß strenger Kündigungsschutz mehr Arbeitsplätze schaffen würde.

Warum also nicht auf ein Gesetz verzichten, das ohnehin seinen Zweck nicht erfüllt? Wulff und Merz gehen sogar noch weiter, verweisen darauf, daß gerade die Älteren mit den extrem langen Kündigungsfristen auch die größten Probleme bei einer Stellensuche haben, von einer Aufhebung des Gesetzes also am meisten profitieren müßten. Freilich gilt das nicht, wenn überhaupt keine Arbeitsplätze zu vergeben sind.

Den „goldenen Mittelweg" weisen die Mittelständler der Union. Es sei „besser, die Leute bekommen Arbeit mit weniger Kündigungsschutz, als daß sie unbegrenzt arbeitslos sind", meint Peter Rauen. Zugleich warnt Hans G. Michelbach, den Bürgern „Angst vor der Übernahme der Regierung durch die Union" zu machen.

Vielleicht wäre das die Lösung: statt den Kündigungsschutz ersatzlos zu streichen, ihn durch klare, für alle Seiten tragbare Regelungen für die Auflösung eines Arbeitsverhältnisses zu ersetzen. **H.J.M.**

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Ist der Ehrliche wieder einmal der Dumme?

Nun liegen sie also auf dem Tisch, die Antragsformulare für das neue Arbeitslosengeld II. Damit tritt die unter dem Namen Hartz IV bekannte Reform aus dem Stadium der Beratung und strittigen Diskussion in das der konkreten Umsetzung – von der Theorie zur Praxis. Und somit kann man auch endlich etwas konkreter sagen, was von diesen Neuerungen zu erwarten ist.

Theoretisch war und ist zu erwarten, daß der Druck größer wird – vor allem auf jenen Teil der Langzeitarbeitslosen, die eher als Langzeit-Arbeitsunwillige zu bezeichnen wären. Es gibt etwas weniger Geld, es wird nahezu jede Arbeit für zumutbar erklärt, es wird bei der Ermittlung der Bedürftigkeit intensiver auch die Leistungsfähigkeit des sozialen und familiären Umfelds einbezogen.

Kurzum: Die Löcher im sozialen Netz werden größer. Aber wer wird durchfallen? Und wer wird es schaffen, es sich in der sozialen Hängematte auch weiterhin bequem zu machen – allenfalls vielleicht etwas weniger bequem als bisher?

Nach Lektüre der 16seitigen Antragsformulare befürchte ich: Es wird wieder einmal die Falschen treffen. Gerade diejenigen, die man erklärtermaßen (und völlig zu Recht) im Visier hatte, die Schmarotzer, die Arbeitsscheuen, die Arbeitslosenhilfe-Profis, die Ausbeuter des Sozialsystems, die sich bei Vater Staat den Sockelbetrag holen, auf dem sie dann mit Schwarzarbeit Nettoeinkünfte aufbauen, von denen ein ehrlicher Arbeiter oder Angestellter kaum zu träumen wagt – die wird man eben nicht packen.

Die kennen sich aus, die wissen, wie man Behörden austrickst, was man in Formularen wie ausfüllen oder auslassen muß. Die haben unsere Solidargemeinschaft jahrelang, in Extremfällen sogar jahrzehntelang, ausgenommen. Und die werden auch bei Hartz IV genügend Schlupflöcher finden.

Die anderen, die Ehrlichen, die unverschuldet in Arbeitslosigkeit und Not Geratenen, die im Umgang mit Sozialbehörden Unerfahrenen – sie werden wohl am Ende die Dummen sein. Sie zahlen die Zeche für die Raffinierten, die Unverschämten, die Faulen.

Hier stellt sich die Gerechtigkeitsfrage, allerdings in einem anderen Sinne als bei gewissen Gewerkschaftsfunktionären, bei SPD-Linken oder politisierenden Pastoren. Sie sind es doch, deren erbitterter Kampf um „soziale Besitzstände" in Wahrheit der Unantastbarkeit unverdienter und nicht selbsterworbener Sozialprivilegien gilt, deren bevorzugte Klientel jene sind, die alles bestreiten außer den eigenen Lebensunterhalt. Letztlich haben wir es auch ihnen zu verdanken, daß Sozialbetrug als clever gilt und Schwarzarbeit als Kavaliersdelikt.

Der theoretische Ansatz der Reformen ist richtig: Deutschland kann sich die extrem hohen Kosten des Sozialsystems längst nicht mehr leisten. In der praktischen Ausführung aber muß noch intensiv nachgearbeitet werden. Wenn man weiß, daß es hier massenhaften (und milliardenteuren) Mißbrauch gibt, muß man gegen diejenigen vorgehen, die das System ausbeuten – und nicht gegen jene, die dazu zu ehrlich – oder manchmal auch zu dumm – sind.

Solange das Volk den Eindruck hat, die Reformer bekämpften eigentlich nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen, werden die Regierenden nicht aus dem Stimmungs- und Stimmentief herauskommen. Die notwendigen und für die Zukunft unseres Volkes unverzichtbaren Reformen aber wird keine Regierung (gleich welche Partei sie führt) auf Dauer gegen das Volk durchziehen können.

Doktor h.c. Putin?

Hamburg streitet über Ehrung des Staatspräsidenten

Kaum, daß Bundeskanzler Schröder im April dieses Jahres die Ehrendoktorwürde der Universität Sankt Petersburg bekommen hat, möchte die staatliche Universität von Petersburgs deutscher Partnerstadt, die Universität Hamburg, nun ihrerseits Rußlands Präsidenten Putin mit einem „Dr h.c." ehren. Im September soll die Ehrung vollzogen werden.

Bei der Frage, um welche Wissenschaft der Politiker sich wohl verdient gemacht haben könnte, verfiel man auf die Wirtschaftswissenschaften. Daß Putins Rußland – zumindest im Vergleich mit der Sowjetunion – eher marktwirtschaftlich geprägt ist, reichte dem Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, um dem Universitätspräsidenten die Ehrung vorzuschlagen, und dieser stimmte zu.

Diese Ehrung stößt an der Hochschule selber, aber auch in dem Stadtstaat, in dem sie steht, auf mannigfachen Widerstand. Die einen kritisieren, daß die Politik des Russen gar nicht marktwirtschaftlich sei, andere, daß sie vielleicht marktwirtschaftlich, aber unsozial sei und noch andere, daß die Wirtschaftspolitik nicht alleiniges Kriterium sein dürfe. Die vorgebrachten Gegenargumente sind also vielfältig, aber die Vorbereitungen laufen planmäßig weiter. **Manuel Ruoff**

Kreml sperrt Grenze

Münchner durften nicht nach Königsberg

Einer 54köpfigen Münchner Gruppe der CSU und deren Arbeitnehmerorganisation CSA, die unter der Schirmherrschaft der bayerischen Arbeits- und Sozialministerin Christa Stewens Ostpreußen bereiste, wurde die bereits bezahlte Schiffahrt von Elbing nach Königsberg verwehrt. Sie fiel damit als erste den derzeitigen Spannungen zwischen Moskau und Warschau zum Opfer.

Im Zusammenhang mit den zwischen Rußland, Polen und der EU seit Monaten verhandelten Visafragen hat Moskau nach dem polnischen EU-Beitritt den Wasserweg nach Königsberg für polnische Schiffe gesperrt, behindert damit massiv den sommerlichen Tourismus und bringt Königsberg um dringend benötigte Devisen.

Das Einreiseverbot traf eine Gruppe um die langjährige Europaabgeordnete und EU-Königsbergbeauftragte Gabriele Stauner, die sich mit großem Elan für den Brückenschlag zwischen Bayern, Rußland, Polen und den dort lebenden Deutschen einsetzt. In einem Vorwort zum Reiseprogramm hatte sie eigens auf die Situation „in der alten Preußen-Metropole und die Notwendigkeit der Klärung der ungemein schwierigen sozialen Fragen dort" hingewiesen. **Norbert Matern**

Die Schulden-Uhr:
Nachschlag für Herkules

Nach dem Scheitern des Finanzamtprogramms „Fiskus“ ist die nächste Pleite für ein EDV-Großprojekt da. Die Bundeswehr muß sich vom 6,5 Milliarden Euro teuren rot-grünen Lieblingsprojekt „Herkules“ verabschieden. Diesmal wurde noch im Verhandlungsstadium mit dem Industriekonsortium Isic 21 abgebrochen, denn das wollte einen 500-Millionen-Euro-Nachschlag für sein geldhungriges Heldenprogramm. Die Opposition kündigte bereits an, den Bundesrechnungshof einzuschalten; schon jetzt seien Millionenbeträge allein für die Anwaltskosten rund um das als „zu komplex“ kritisierte Projekt angefallen. Zu ungenau sei die zu erbringende Leistung vertraglich formuliert, zu überdimensional das Projekt für 100.000 Bildschirmarbeitsplätze der Bundeswehr, so die Kritik. **SV**

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.375.384.361.790 €

(eine Billion dreihundertfünfundsiebzig Milliarden dreihundertvierundachtzig Millionen dreihunderteinundsechzig tausend und siebenhundertneunzig)

Vorwoche: 1.373.849.317.804 €
Verschuldung pro Kopf: 16.664 €
Vorwoche: 16.645 €

(Stand: Montag, 26. Juli 2004, 12.00 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Zahlen-Zensur

Israels Kampf gegen die »Holocaust-Leugner«

Das israelische Parlament hat ein Gesetz in erster Lesung verabschiedet, das interessanterweise für alle Staaten der Erde gelten soll: Danach soll jeder, der den Holocaust leugnet, gleichgültig, in welchem Land er lebt und wo er geleugnet hat, an Israel ausgeliefert und dort bestraft werden. Daß es dabei nicht um die grundsätzliche Leugnung des Massenmordes an Juden geht, sondern daß Israel auch alle bestrafen will, die von der bisher festgelegten Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden nach unten abweichende Zahlen behaupten, geht aus der Begründung für dieses Gesetz hervor. Danach soll, wie die *FAZ* meldet, die Ursache für dieses Gesetz mit globaler Wirkung eine Doktorarbeit sein, die vor 20 Jahren als Student der spätere Ministerpräsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, verfaßt hat und in der er zu dem Schluß gelangte, die Zahl der ermordeten Juden läge unter einer Million. Die *Jerusalem Post* vermutet allerdings, daß nur wenige Länder der Auslieferungsforderung nachkommen werden.

Wenn allerdings solche „Holocaust-Leugner“ israelischen Boden betreten, müssen sie damit rechnen, sogleich festgenommen und vor ein israelisches Gericht gestellt zu werden. *Spiegel*-Redakteur Fritjof Meyer, der vor kurzem aufgrund von Unterlagen aus den USA zu dem Schluß kam, es seien weniger als 500.000 Juden in Auschwitz ermordet worden, sollte in Zukunft vorsichtshalber Reisen nach Israel vermeiden. **Jochen Arp**

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4711**

Für eine Handvoll Stimmen ...

Antisemitismus in Frankreich – und die Politiker schauen tatenlos zu / Von Jürgen Liminski

Entfesselter Antisemitismus – der Vorwurf traf Frankreich in Mark und Bein und hallt immer noch nach. In Interviews und Kommentaren versucht sich die republikanische Intelligentsia freizureden. Zuletzt erklärte der Senator, Ex-Justizminister Mitterrands und ehemalige Vorsitzende des Verfassungsrates Robert Badinter in der Zeitung *Le Monde*, dieser Vorwurf des israelischen Premierministers sei „in besonderer Weise verletzend“. Auch wenn die Zunahme antisemitischer Gewaltakte „extrem schmerzhaft“ sei, Frankreich sei nicht antisemitisch. Das zeige schon die geringe Zahl an Auswanderungen französischer Juden nach Israel, zu der Sharon jetzt aufgerufen habe.



Ein immer größer werdendes Problem: *Antisemitismus in Frankreich* Foto: pa

Badinter übt den republikanischen Reflex, der auch bei bürgerlichen Politikern zu beobachten ist. Antisemitismus, das würde ja bedeuten, daß in Frankreich eine Gruppe besonders loyaler Bürger weder frei, noch gleich, noch brüderlich behandelt werde. Und das darf nicht sein. Aber hier kollidiert die gute Absicht und Gesinnung mit den Tatsachen. Seit vier Jahren ist – nach Angaben des Innenministeriums – die Zahl antisemitischer Gewalttaten von zehn pro Jahr auf über 100 gestiegen. 80 Prozent aller rassistischen Gewaltakte in Frankreich (Korsika ausgenommen) sind antisemitisch. Rund 20 Synagogen, jüdische Schulen und Gemeindeeinrichtungen wurden in Brand gesetzt und zerstört. Jüdische Jugendliche wurden offen angegriffen, Haßparolen (Tod den Juden!) sind auf Demonstrationen propalästinensischer oder linksradikaler Gruppen zu hören, eindeutig antisemitische Bücher werden von bekannten Verlagen (Flammarion, Laffont, Stock) auf den Markt gebracht, vor allem in Schulen und Universitäten werden von Eltern, Lehrern und Studenten historische Tatsachen offen angefochten und in Zweifel gezogen, sobald Israel, der Holocaust oder das Judentum ganz allgemein thematisiert werden. Die Liste ließe sich verlängern. Alarmierend ist nicht nur die Zahl der Übergriffe. Daß jüdische Gebäude, insbesondere Synagogen, zerstört wurden, hat es seit dem Mittelalter nicht mehr gegeben. Die einzige Ausnahme ist die Zerstörung der großen Synagoge in Straßburg im Jahr 1940, als die Stadt und Elsaß-Lothringen dem Deutschen Reich einverleibt wurden. Selbst unter der Besatzung und während des Vichy-Regimes oder auch auf dem Höhepunkt der Dreyfuss-Affäre wurden Synagogen und andere jüdische Gebäude von der Verfolgung ausgespart. Es ist durchaus eine Situation entstanden, die man aus Sicht der französischen Juden und mit Blick auf ihre Geschichte als „entfesselter Antisemitismus“ bezeichnen kann.

> 80 Prozent aller rassistischen Gewaltakte sind antisemitisch

Die politische Klasse ist verunsichert und die geradezu hysterische Reaktion der Parteien und Politiker bis hin zum Präsidenten auf die falsche Anzeige einer jungen Frau (sie sei im Vorstadtzug mit ihrem Baby von sechs arabisch sprechenden Jugendlichen malträtiert worden) zeigt, daß die Nerven bei diesem Thema blank liegen. Immerhin gesteht auch Badinter sozusagen stellvertretend für die politische Klasse ein, daß man es zu tun habe mit „einem Antizionismus, der sich, von einem radikalen Islamismus genährt, in Antisemitismus gewandelt hat. Es ist besorgniserregend zu sehen, wie alte antisemitische Mythen Europas, wie die Protokolle der Weisen von Zion, eine Fälschung der Geheimpolizei des Zaren, später benutzt von Göbbels, nun für den Judenhaß der Islamisten neu aufgegriffen werden“.

Badinters Bedauern ist de facto eine Selbstanklage. Vor allem in der Zeit der sozialistischen Regierung Jospin bis 2002 wurden die Fesseln des Antisemitismus gelöst. Der damalige Innenminister Daniel Vaillant ließ die Dinge treiben und als Ende April in der Nationalversammlung ein sozialistischer Abgeordneter den Nachfolger Vaillants, Nicolas Sarkozy, heftig angriff, weil dieser bei einem Besuch in Washington eine Einladung des Jüdisch-Amerikanischen Komitees angenommen hatte und damit angeblich in die Außenpolitik des Staatspräsidenten eingegriffen habe, wies Sarkozy genau darauf hin: Unter den Sozialisten habe sich die Situation der Juden in Frankreich erheblich verschlechtert und damit auch das Bild Frankreichs in der Welt. Daraufhin verließ die gesamte sozialistische Fraktion den Plenarsaal. Auch hier wieder: Beim Thema Antisemitismus liegen die Nerven blank.

Frankreich ist das Land mit den meisten Juden in der EU, die Zahlen liegen zwischen 600.000 und 800.000. Aber es gibt zehnmal so viel Muslime in Frankreich. Die meisten kommen aus Nordafrika, mindestens die Hälfte ist eingebürgert, also wahlberechtigt. Es ist für Politiker ein Wagnis, offen die Wahrheit zu sagen, daß vor allem diese Bevölkerungsgruppe für die „Entfesselung“ des Antisemitismus in Frankreich verantwortlich ist. Dem Wagnis entspricht auch die Zurückhaltung der Politiker, wenn es darum geht, an Demonstrationen gegen den Antisemitismus teilzunehmen. Dabei haben sich die jüdischen Organisationen bisher überaus fair und sachlich verhalten. Sie haben Wachmannschaften zum Schutz ihrer Schulen und Gebäude eingestellt, haben wissenschaftliche Gutachten anhand offizieller Daten erarbeiten lassen und die Regierung früh auf die Problematik aufmerksam gemacht. Ein neues Gesetz gegen Rassismus und antisemitische Gewalt, das nach dem Pariser Abgeordneten Pierre Lellouche von der Präsidentenpartei UMP benannte „Lellouche-Gesetz“, wurde auf den Weg gebracht. Aber von solchen Einzelerfolgen abgesehen, ist es bei der Zurückhaltung der Politik geblieben. Sie hat auch zu tun mit der traditionell proarabischen Außenpolitik der Gaullisten, insbesondere Chiracs.

> Mit der Zahl der Islamisten steigt die Zahl der Judenhasser

Dennoch ist im Moment kaum mit einer größeren Auswanderung französischer Juden nach Israel zu rechnen. Jährlich machen sich gut 2.000 Juden für diese Aliya (aus dem Hebräischen für „Aufstieg“ nach Jerusalem) auf den Weg. In den 70er Jahren waren es 20.000, in den 80er und 90er Jahren immer noch 10.000 pro Jahr. Von einer massiven Auswanderung konnte man eigentlich nie sprechen. Dagegen nimmt die Einwanderung von Muslimen aus Nordafrika trotz restriktiver Maßnahmen durchaus massive Züge an. Ihre Zahl ist in den letzten fünf Jahren, besonders um die Jahrtausendwende, um mehr als eine Million gestiegen. Und die Muslime vermehren sich weitaus schneller als jede andere Gruppe in Frankreich. Die internen demographischen Verschiebungen werden das Problem des Antisemitismus verschärfen. Denn nach allen Erkenntnissen der letzten 50 Jahre – übrigens auch in Deutschland – sind die Muslime kaum integrierbar und integrationswillig.

Die Französische Republik wird sich zu entscheiden haben: Entweder sie läßt den Islam gewähren, mithin den Antisemitismus weiter ausgreifen, und verkauft damit für eine Handvoll Stimmen ihre Seele oder sie geht entschlossen gegen die Islamisten und deren intoleranten Ghetto-Gesetze vor, was zur politischen Konfrontation und möglicherweise auch zu Gewalt führen kann. Entweder sie setzt ihre Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit durch, was in unsere Zeit übersetzt Toleranz, Gleichberechtigung und Religionsfreiheit bedeutet, oder sie beugt sich langfristig und scheibchenweise den Gesetzen der Scharia und der Gewalt. Hier steht langfristig, und das heißt innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte, wegen der demographischen Veränderungen auch das demokratische Prinzip auf dem Prüfstand: kritische Masse statt Qualität der Kritik. Das Bewußtsein wächst, daß man es mit einer historischen Situation zu tun hat, die in ihrer Dramatik durchaus vergleichbar ist mit der Situation vor der Schlacht zwischen Tours und Poitiers im Jahr 732. Damals wurde der Angriff der Muslime abgewehrt. Heute sind sie bereits innerhalb der Mauern, und entweder sie beugen sich den Gesetzen der Republik oder es kommt zu Auseinandersetzungen. In anderen Ländern, ganz stark zum Beispiel in Belgien, greift der Islam noch stärker um sich als in Frankreich. Manche Politiker sehen das Aufflammen des Antisemitismus in Frankreich deshalb auch schon – durchaus zu Recht – als Teil des globalen Ringens im islamistisch-terroristischen Krieg. Die Nachbarn Frankreichs sollten das Phänomen nicht einfach als französische Angelegenheit abtun. Der Antisemitismus in Frankreich ist nur die Spitze eines Eisbergs, der sich unter ganz Europa ausdehnt und die Zivilisation des alten Kontinents gefährdet. ■

Für das MfS »von hohem Nutzen«

Jörg Dieselmann erinnert an Günter Gaus

Nach Mielke, Honecker und Co. hat nun ein weiterer Cheerleader der SED-Diktatur die Pompons für immer aus den Händen gelegt: Günter Gaus. Die deutschen Medien folgten dem nicht unbegründeten Brauch, Verstorbenen nichts Schlechtes nachzusagen. Doch in diesem Fall verbietet sich unehrliche Pietät.

Was Gaus von vielen anderen unterschied, war die vorauseilende Bereitwilligkeit, mit der er bei zu vielen Gelegenheiten der Sache der Unfreiheit diente. So war er bei der Jubelveranstaltung der SED zum 25. Jahrestag der DDR als Leiter der Ständigen Vertretung der einzige westliche Diplomat, den es beim Schlußapplaus für Erich Honecker nicht mehr auf seinem Sitz hielt. Wie die SED-Funktionäre sprang er klatschend auf.

Es war Günter Gaus, der der SED-Führung zusagte, beim Umbau des Grenzübergangs auch „die Grenzsicherungsanlagen“ mit D-Mark bezahlen zu wollen. Gaus versprach damals, „diese Kosten im Rahmen von anderen Zahlungen der BRD an die DDR zu begleichen“. So sollten immerhin 5,8 Millionen D-Mark, verschleiert für Öffentlichkeit und Parlament, in die DDR fließen.

Und wir sollten ihm nicht vergessen, daß er in einem Interview 1981 empfahl, den Begriff der deutschen Nation nicht weiter zu verwenden. Es kostete Gaus nicht mehr als einen Atemzug, den Deutschen in der DDR das Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen.

Ausgerechnet einem Stasioffizier ist es zu danken, die Einlassungen Gaus' korrekt zu qualifizieren. André Stech, damals Student an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam, legte am 1. April 1988 eine Diplomarbeit mit dem Titel „Analyse der Publizistik von Günter Gaus anhand ausgewählter Beispiele unter dem Aspekt der Nutzbarkeit für die Gewinnung von Kräften aus der BRD für die Koalition der Vernunft und des Realismus“ (VVS 294/88) vor. Stech erklärte darin Gaus' Publizistik zur „Pflichtlektüre für jeden angehenden Aufklärer“. An einer Stelle heißt es: „Ist es dem Aufklärer gelungen, die Kontaktperson auf die Position Gaus zu bringen, kann und muß er sie dazu veranlassen, die nächsten Schritte in Richtung Zusammenarbeit mit dem MfS (unter welcher Flagge auch immer) zu tun“. Die Diplomarbeit kommt zu dem Ergebnis, daß die Schriften von Gaus für die Arbeit des MfS „von hohem Nutzen“ seien.

Jetzt nun ist Günter bei Erich, Feliks, Karl und Rosa. Helmut Schmidt hatte den neuernannten Ständigen Vertreter Gaus 1974 aus dem Kanzleramt geworfen. Er sprach dabei die denkwürdigen Worte: „Am liebsten wäre es mir, wenn Sie sich soviel wie nur möglich drüben aufhielten.“ Manche Wünsche gehen eben spät in Erfüllung. Aus: *Der Stacheldraht*

Weimars letzter Präsident

Hubertus v. Hindenburg zum 70. Todestag seines Großvaters Paul v. Hindenburg



Paul v. Hindenburg: *Die militärischen Verdienste des Retters Ostpreußens im Ersten Weltkrieg ließen das deutsche Volk ihn bis zu seinem Tode am 2. August 1934 zweimal zum Staatsoberhaupt wählen.*

Foto: Archiv

Am Vormittag des 2. August 1934, einem sonnigen Sommertag, so will es jedenfalls die Erinnerung, ging auf dem Gutshaus im ostpreußischen Neudeck die Fahne des Reichspräsidenten auf halbmast. Paul von Beneckendorff und von Hindenburg, so sein voller Name, war im 87. Lebensjahr verstorben. Für mich, der ich damals gerade sechs Jahre alt war, wurde es der Abschied von einem geliebten Großvater, dessen langes Leben zu Ende gegangen war und mit dem mich ein besonderes Verhältnis verband, was nicht nur daran lag, daß ich seit meinem ersten Lebenstag mit meinen Eltern und Geschwistern in seinem Haus aufgewachsen war. Ein tiefer Einschnitt für mich. Was ich aber damals noch nicht realisierte, war, daß es auch in meinem zukünftigen Leben immer wieder weiter und sogar zunehmend bis auf den heutigen Tag eine so große Rolle spielen würde.

Über das ganze Leben und Wirken meines Großvaters einschließlich der Familiengeschichte zu schreiben, würde den Rahmen dieser Zeilen sprengen. Dafür war es zu lang, zu vielseitig und zu außergewöhnlich. Ich will und muß mich daher auf einige wenige Eckdaten beschränken. Er wurde am 2. Oktober 1847 in Posen geboren und kam mit elf Jahren auf eine Kadettenanstalt. Damit war bereits sein späterer Beruf in jungen Jahren sehr weitgehend vorgegeben. Mit 18 Jahren und bereits bevorzugt zum Leutnant befördert, nahm er an den sogenannten Einigungskriegen teil. Im Krieg gegen Österreich wurde er in der Schlacht bei Königsgrätz verwundet. Auch beim Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 war er dabei und durfte als besondere Auszeichnung an der Kaiserproklamation in Versailles, welche die Einigung Deutschlands brachte, teilnehmen.

In den folgenden für die damaligen Verhältnisse so langen Friedensjahren machte er ohne Protektion eine außergewöhnlich vielseitige Karriere. Immer bekam er besonders gute fachliche und menschliche Beurteilungen, die damals nicht von Gefälligkeiten geprägt waren. Da hieß es beispielsweise in einem Zeugnis der Offiziersakademie „ein Charakter von großer Befähigung“ und „wird überall Vortreffliches leisten“. Insgesamt wurde er mit „sehr gut“ benotet, und in den Einzelfächern wimmelte es von „sehr gut“, „vorzüglich“, sowie „vorzüglich belobt“. Im Jahre 1911 ging er mit 64 Jahren freiwillig als kommandierender General, damals die höchste militärische Position im Frieden, in Pension.

Als Mitte August 1914, also in diesen Tagen vor 90 Jahren, die Lage von nur einer deutschen Verteidigungsarmee im Osten Deutschlands beim Einfall zweier russischer Armeen sehr kritisch wurde und sich in der Führung Nervosität breitmachte, berief man meinen Großvater zum neuen Befehlshaber in die so gefährdete ostpreußische Provinz. Über das was folgte – zunächst die Schlacht bei Tannenberg, die ihn populär machte – ist viel geschrieben worden. Das soll hier nicht näher behandelt werden. Das könnte eine Betrachtung für sich sein. Obwohl es dokumentarisch belegt ist, wurde dagegen kaum bekannt, daß er sich immer wieder gegen Annektionsgelüste gewandt hat und er den Krieg nur als eine Verteidigung des bei der deutschen Einigung Erreichten ansah.

> Ein jüngerer Reichspräsident hätte den Nationalsozialisten und Hitler den Weg wohl bereits früher freigemacht

Seine Popularität schien in der Niederlage von 1918 noch zu wachsen, weil er einen kühlen Kopf bewahrte, auf seinen Posten blieb und bereit war, die Realitäten anzuerkennen. So konnte er Ebert bestärken, entgegen der so weit verbreiteten Stimmung, den harten Frieden zu akzeptieren und sicht nicht auf neue Abenteuer einzulassen. Er selbst ging nach dem Abschluß des Vertrages, ohne weitere Ambitionen, eine Rolle im öffentlichen Leben zu spielen, wieder in Pension.

Als der damalige Reichspräsident Ebert 1925 plötzlich starb, kam es bei einer Neuwahl für dieses Amt im ersten Wahlgang zu keiner Entscheidung. Im zweiten Wahlgang stellte man Hindenburg auf, obwohl er sich zunächst dagegen heftig wehrte. In einer kurzen Wahlproklamation, die er selbst redigiert hatte, fand man den Kernsatz: „Kein Krieg, kein Aufstand im Innern kann unsere gefesselte, leider durch Zwietracht gespaltene Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit.“ Ansonsten verzichtete er auf einen Wahlkampf im heutigen Sinne und wurde mit großer Mehrheit für die siebenjährige Amtszeit gewählt. Während dieser Zeit ließ er sich von keiner Partei oder Gruppierung vereinnahmen, was zu Enttäuschungen bei denen führte, die glaubten, ihn für sich einspannen zu können.

Nach dieser ersten Amtsperiode wollte er sich 1932 wegen seines hohen Alters von fast 85 Jahren eigentlich zurückziehen. Aber jetzt wurde er von den Mitte-Links-Parteien bedrängt, weiterzumachen, weil sie nur mit ihm die Chance sahen, Hitler, der als Gegenkandidat auftrat, zu verhindern. Es kamen sogar Überlegungen auf, seine Amtszeit einfach zu verlängern. Die *Londoner Times* schrieb dazu etwa: „... der alte Feldmarschall hat der Republik während aller Wechselfälle in den sieben Jahren seiner Amtszeit so weise und so loyal gedient daß es passender gewesen wäre, wenn man ihm angesichts seines Alters das Verfahren einer Berufung auf die Volkesstimme erspart hätte“. Mein Großvater entschied schließlich, es solle doch gewählt werden. Wieder machte er kaum einen eigenen Wahlkampf und verlautbarte nur, daß man ihn kenne und wer ihn nicht wählen wolle, der solle es lassen. Tatsächlich wurde er erneut gewählt.

War das Ringen um das Reichspräsidentenamt gegen die Nationalsozialisten entschieden, so wurden sie aber im Parlament die stärkste Partei und konnten gemeinsam mit den Kommunisten eine demokratische Regierungsarbeit blokkieren. Auch demokratische Parteien hatten sich schon vorher aus der Regierungsverantwortung zurückgezogen, und das Parlament wählte bereits Göring zum Reichstagspräsidenten. Die katastrophale wirtschaftliche Lage verlangte aber dringend nach einer aktiven Regierungsarbeit. Zwei aus Fachministern zusammengesetzte Kabinette brachten erste kleine Verbesserungen, aber sie wurden vom Parlament nicht toleriert, und Neuwahlen brachten keine Lösung. Der Versuch, die Nationalsozialisten zu spalten und die Gewerkschaften für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, mißlang.

Als gangbare Lösung erschien nur noch, die Nationalsozialisten in eine Regierung mit anderweitig parteigebundenen und parteilosen Fachleuten einzubinden. Das war schon früher auch von demokratischen Parteiführern diskutiert worden. Nun wurde Hitler Reichskanzler, durfte aber nur zwei Minister aus seinen Reihen stellen. Es würde zu weit führen, sich hier damit auseinanderzusetzen, wie und warum die Einbindung nicht funktionierte. Hitler hatte Geschick, man muß leider auch sagen Glück, große Erfolge und vor allem Wähler sowie die allgemeine Stimmung zunehmend auf seiner Seite.

> »... die Liebe seiner Landsleute und die Achtung der ganzen Welt ...« US-Präsident Franklin D. Roosevelt

Im Interesse einer Lösung und ohne sich im entferntesten die ganze Entwicklung vorstellen zu können, hatte mein Großvater seine Bedenken zurückgestellt. Diese Bedenken hatte er immer wieder unter Beweis gestellt. Schon 1923 hatte er Hitler indirekt vor das, was später als Marsch auf die Feldherrenhalle in die Geschichtsbücher einging, gewarnt. Als Reichspräsident hatte er wesentlich zum Scheitern des Volksbegehrens der Nationalsozialisten zum Young-Plan beigetragen, was ihm unter ehemaligen Freunden Feindschaft eintrug. Bei der Wahl 1932 war er persönlich gegen Hitler angetreten und schließlich hatte er ihm lange die Kanzlerschaft verweigert, um ihm dann schließlich Einschränkungen vor allem in der Außen- und der äußeren Sicherheitspolitik aufzuerlegen.

Bleibt die Frage, ob es einem Jüngeren, ausgestattet mit mehr Lebenszeit, unter den geschilderten beziehungsweise bekannten Umständen gelungen wäre, das zu verhindern, was uns heute so bedrückt. Sehr wahrscheinlich wäre er schon früher an der ersten Hürde, nämlich bei der Reichspräsidentenwahl 1932, gescheitert und hätte damit den Weg für die Nationalsozialisten und Hitler bereits früher unfreiwillig freigemacht.

Aber nun doch noch einmal zum Schluß zurück zum 2. August 1934. Da nehme ich mir zurück und lasse einige Kondolenzen für sich sprechen. Es kondolierten unter anderem auch die Kriegsgegner aus dem Ersten Weltkrieg. Der Kaiser von Japan, der König Italiens, der französische Staatspräsident und auch der polnische Bürgermeister der Geburtsstadt meines Großvaters, des inzwischen zur Republik Polen gehörenden Posens. Auf der Schleife des Riesenkranzes des englischen Königs konnte man aber lesen: „Dem großen Feldherren in tiefster Verehrung“, und der amerikanische Präsident Roosevelt brachte es auf einen Punkt, als er formulierte, daß Hindenburg „die Liebe seiner Landsleute und die Achtung der ganzen Welt“ gehabt hätte. ■

Staatsministerin Weiss bricht Tabu zum 20. Juli

Die Politikerin hält anläßlich einer Ausstellungseröffnung im Bendlerblock eine bemerkenswerte Rede / Von Klaus Hornung

Der runde Gedenktag an den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 hat einige bemerkenswerte Beobachtungen zutage gefördert. Das betrifft nicht nur den Umfang und die Intensität der Erinnerung in den Medien und auch in der offiziellen Politik. Die Gedenkveranstaltung am historischen Ort in der Bendlerstraße hatte einen würdigen Ton, und neu war auch die Würdigung durch den sozialdemokratischen Bundeskanzler, die Tat Stauffenbergs und die Tatsache des Widerstands, auch des militärischen, zu den wichtigsten Daten deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert zu zählen.

Aufhorchen ließen aber auch Ausführungen von Staatsministerin Weiss bei der Eröffnung einer Ausstellung im Bendlerblock. Frau Weiss warnte hier vor einer ahistorischen Betrachtungsweise, die die Rahmenbedingungen gerade auch des deutschen Widerstandes ignoriert und sie vom scheinbar sicheren Port unserer Gegenwart mit moralischem Überlegenheitsgefühl zur Tat von Reaktionären und Militaristen angesichts der unvermeidlichen Niederlage herabwürdigt. Frau Weiss ließ keinen Zweifel daran, daß uns der Widerstand gegen Hitlers totalitäre Diktatur und vor allem seine Motive heute sehr fremd geworden seien. Über Stauffenbergs letzten Ruf vor dem Hinrichtungspeleton, „Es lebe das heilige Deutschland!“, sagte die Ministerin, dieser Ruf bleibe für ihre persönliche Wahrnehmung faszinierend und zentral: „Wir leben heute in einer Zeit, in der wir nichts von Heiligkeit hören können, ohne sofort an Scheinheiligkeit zu denken. Und wir betrachten den Staat Deutschland als eine von jeglicher Metaphysik weit entfernte Vortragsgemeinschaft zum gegenseitigen Interessenausgleich. Stauffenbergs Beschwörung des ‚heiligen Deutschland‘ führt uns zu einem völlig anderen Begriff von Nation und Staat, der sowohl den Verschwörern als auch ihren Gegnern noch ganz geläufig war.“

> Warnung vor einer ahistorischen Betrachtungsweise und Überheblichkeit der Nachgeborenen

Hier trat aus dem Mund eines rotgrünen Regierungsmitglieds ein neuer Ton und ein neues Verstehen des 20. Juli hervor, hatte doch in seinem Verständnis bisher das Urteil überwogen, die Männer des Widerstands seien der Idee des „Staates über den Parteien“ verhaftet geblieben, dem gegenüber unser heutiger parlamentarischer Parteienstaat doch einen unbezweifelbaren historischen Fortschritt darstelle. Jetzt macht uns gerade der 20. Juli darauf aufmerksam, daß die schwere Krise, in der sich die zweite deutsche Republik heute befindet, offensichtlich nicht nur eine ökonomische Krise ist, sondern tiefe historische, geistige, kulturelle und moralische Wurzeln hat, weil wir meinten, unsere Überlieferung abwerfen zu können, als man vor 30, 40 Jahren die individuelle „Selbstverwirklichung“ als Pforte zur besten aller möglichen politischen und sozialen Welten proklamierte.

In manchen offiziellen Verlautbarungen war auch dieses Jahr wieder der Versuch zu erkennen, den 20. Juli pauschal und bedingungslos für die heutige Ordnung und ein möglichst kritikloses Einverständnis mit unserer heutigen Verfassungswirklichkeit zu vereinnahmen. Hier wurden die Äußerungen von Staatsministerin Weiss und einige andere doch wohl zu einem Tabubruch. Denn in der Tat kann die Erinnerung an den deutschen Widerstand gegen Hitlers totalitäres System auch den Blick schärfen für manche Defizite der heutigen deutschen Staatlichkeit, die meint, als bloße „Vertragsgemeinschaft zum gegenseitigen Interessenausgleich“ historisch-politisch durchzukommen und eine Zukunft zu haben und alle jene Verwerfungserscheinungen tabuisiert, die wir heute hautnah erleben und beklagen.

Frau Weiss war übrigens schon Peter Glotz mit ähnlichen Erkenntnissen vorausgegangen, als er als damaliger Bundesgeschäftsführer der SPD in einem Aufsatz „Über politische Identität“ in der Zeitschrift *Merkur* 1980 feststellte: „Auf die Dauer hält ein gut organisiertes Netz von Waren und Dienstleistungen allein eine Gesellschaft nicht zusammen“ und darauf aufmerksam machte, daß die Bundesrepublik ohne Patriotismus und ein Bewußtsein kollektiver Identität früher oder später „historisch auslaufen“ müßte.

Das Vermächtnis des 20. Juli 1944 wird erst erfüllt sein, wenn wir es als notwendiges kritisches Kontrastprogramm zur heutigen deutschen Verfaßtheit verstehen und es nach 60 Jahren endlich geistig, kulturell und historisch-politisch ernst zu nehmen beginnen. Die Ausführungen von Frau Weiss sollten dazu ein erster Anstoß sein. ■

Bangen um Babelsberg

Neue Investoren – Mitarbeiter fürchten Abstieg zur billigen TV-Bude / Von Thorsten HINZ



Versprechen „großes Kino“ auf den ehemaligen Ufa-Studios – doch auf ihrem Programm steht erst einmal profitable Dutzendware wie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ für RTL: *Die Münchener Investoren Christoph Fisser (l.) und Carl Woebken erwarben die Babelsberger Traumfabrik für einen symbolischen Euro.*

Foto: dpa

Nach 1989 schien die Auferstehung der Kino-Traumfabrik in den legendären Studios von Babelsberg zum Greifen nah. Nun hat der französische Vivendi-Konzern die Studios an die Investoren Christoph Fisser und Carl Woebcken verkauft – für einen symbolischen Euro. Das bedeutet das vorläufige Ende der Hoffnungen. Woebcken ist Geschäftsführer der Berlin Animation Film GmbH (BAF), die für einen von der Dresdner Bank aufgelegten Film-Fonds Zeichentrickfilme produziert. Es heißt, das Unternehmen sei wegen Terminverzögerungen und Qualitätsproblemen mehrfach in Schwierigkeiten geraten. Die BAF dagegen versicherte, Woebcken habe als einer der beiden Geschäftsführer „den Fonds wieder ins richtige Fahrwasser“ gebracht.

Wie dem auch sei, die Umstände des Verkaufs sind ein neuer Tiefpunkt in der Geschichte des einst bedeutendsten Filmstandorts in Europa. Seine Anfänge reichen bis 1911 zurück, 1917 wurde er von der neugegründeten Ufa übernommen. Hier drehte Fritz Lang in den 20er Jahren seine Klassiker „Die Nibelungen“ und „Metropolis“. Mit Babelsberg sind Namen wie Marlene Dietrich, Lilian Harvey, Brigitte Horney, Marika Rökk, Kristina Söderbaum, Johannes Heesters und Heinz Rühmann verbunden. Allein 1933 bis 1945 entstanden rund 1.000 Spielfilme, gearbeitet wurde bis zuletzt. Mit Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“, Hildegard Knefs Karrieredebüt, wurde bereits 1946 die Nachkriegsära eröffnet, die von der DEFA geprägt wurde. Als tragisch erwies sich das Jahr 1965, als nach einem berüchtigten Kulturplenum zahlreiche systemkritische Streifen wie Frank Beyers „Spur der Steine“ – mit Manfred Krug in der Hauptrolle – oder „Das Kaninchen bin ich“ nach einem Roman von Manfred Bieler verboten wurden. Damit war die Chance auf eine eigenständige DDR-Filmkunst vertan.

Nach dem Mauerfall schien es möglich, Babelsberg wieder in eine florierende Filmstadt zu verwandeln. Der Vivendi-Konzern investierte Millionen. Der Fundus an Kostümen, Kulissen, Asservaten ist unerschöpflich. Regisseur Volker Schlöndorff („Die Blechtrommel“) engagierte sich acht Jahre lang als Geschäftsführer. Im Glanz des „Marlene“-Mythos sollten hier internationale Produktionen entstehen. In der Zwischenzeit würden – wie Schlöndorff formulierte – „Butter und Brot“ durch TV-Produktionen verdient werden. Doch ARD und ZDF produzierten lieber in Hamburg, Köln oder München. Und internationale Filme wie der Zweiteiler „Katharina die Große“ und Anauds Stalingrad-Epos blieben Mangelware. Prag ist billiger. Auch Schlöndorff produziert sein neuestes Werk in Prag, obwohl er nur 500 Meter von den Babelsberger Studios entfernt wohnt.

Der Betriebsrat der Studios hat Bundeskanzler Schröder (SPD) aufgefordert, sich für den Erhalt des Standortes einzusetzen. In einem offenen Brief, den Betriebsratschef Jan-Peter Schmarje persönlich im Kanzleramt überreichte, heißt es, nach dem Verkauf an zwei weithin unbekannte Investoren sei „die Zukunft des Produktionsstandortes und der damit verbundenen 200 festen sowie produktionsbedingt bis zu 2.000 Arbeitsplätze“ gefährdet. Die neuen Inhaber sind in ihren Augen unseriös. Vorgesehene Produktionen wie die des Hollywood-Abenteuers „Mission Imposible III“ seien gefährdet.

Inzwischen haben die neuen Herren ihre Pläne erläutert und hinterließen gemischte Gefühle. Von den über 200 festen Mitarbeitern sollen „nur“ 50 gehen. Der Betriebsrat hatte mit mehr gerechnet und ist daher „erleichtert“. Was die Investoren inhaltlich vorhaben, steigert indes die Zurückhaltung noch. Zwar solle, so beteuern sie, Babelsberg auch weiterhin für großes Kino stehen, doch in der Praxis will man sich vor allem für TV-Formate wie die RTL-Serie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ empfehlen und die Zusammenarbeit mit dem NDR und dem ebenfalls eher als Fernsehmacher profilierten Studio Hamburg verstärken. Das klingt nach schnellem Geld mit beliebiger Alltagsware. Die bloße Beschwörung alter Mythen reicht nicht aus, um im globalen Konkurrenzkampf zu bestehen.

Aber das Scheitern von Babelsberg wirft noch weitere Fragen auf. Vor allem: Ist man in diesem Land überhaupt an einer originär deutschen Filmkunst interessiert? Ist diese mit dem Kulturföderalismus vereinbar? Der Umfang der staatlichen Filmförderung ist lächerlich gering, andererseits eröffnen die Gesetze in Deutschland potenten Steuerzahlern die Möglichkeit, die großen Hollywood-Filme über Abschreibungen mitzufinanzieren. Volker Schlöndorff stellte in einem Zeitungsinterview die Frage: „Warum verfilmen die Europäer die Ilias nicht selbst?“ Die Frage ist nicht nur mit Geld zu beantworten. ■

Schläft die Union?

Von Ronald GLÄSER

Jan Timke ist sauer. Früher war er Vorsitzender der Bremer Schill-Partei. Weil er beruflich viel in Berlin ist, mischt er sich auch hier ein und versucht mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Wowereit-Senat zu stürzen. Das Volksbegehren der Gewerkschafter gegen den Senat läuft seit einigen Wochen. Demnächst will sich die Lehrer-Gewerkschaft GEW anschließen. Zu den Unterstützergruppen, die schon eifrig Unterschriften sammeln, gehört der Verein „Bürger in Wut“, den Timke selbst gegründet hat. Was ursprünglich bloß eine Art Auffangbecken für enttäuschte Schillianer werden sollte, entwickelt sich prächtig, sagt Timke.

Ärgern muß sich Timke jedoch über die politische Opposition in Berlin. „Wann wachen die endlich auf?“ fragt er empört. Denn weder CDU noch FDP konnten sich bislang aufraffen, das Vorhaben zu unterstützen. Statt dessen titelt die *Welt* kürzlich: „CDU sucht Spitzenkandidat für 2006.“ Dahinter steckt mehr als nur eine Kandidatensuche. Die Berliner CDU hat sich noch immer nicht von ihrer Verwicklung in den Bankenskandal erholt und glaubt selbst nicht an den Sieg. Oder an die eigene Fähigkeit, den Karren nach einem Wahlsieg aus dem Dreck holen zu können.

Trotz aller Eskapaden ist die Hauptstadt-FDP immer noch besser gerüstet, als es die Christdemokraten derzeit sind. Die Union glaubt offenbar nicht einmal, in zwei Jahren einen eigenen Spitzenkandidaten ins Rennen schicken zu können. Der Vorsitzende, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Joachim Zeller, gilt als Marionette der Fraktion um Frank Steffel. Steffel war 2001 Spitzenkandidat, nachdem SPD, Grüne und PDS den Diepgen-Senat gestürzt hatten. Er gilt als tragische Figur: die richtige Person an der falschen Stelle. Nach dem Skandal konnte er nur verlieren.

Statt dessen favorisieren die Linken in der Partei Klaus Töpfer, den Uno-Umwelt-Boß. Die konservativeren Christdemokraten hoffen auf ein Scheitern von Jörg Schönbohm in Brandenburg im Herbst. Dann könnte der Polit-Job-Hopper wieder in die Hauptstadt zurückkehren. Andere wieder wünschen sich Volker Kauder, der ist inzwischen so etwas wie die rechte Hand von Angela Merkel in der Bundestagsfraktion und kommt aus Baden-Württemberg.

Während die CDU solche Fragen diskutiert, hat Jan Timke mit der Gewerkschaft rund 15.000 Unterschriften gesammelt. Wenn die Opposition weiterschläft, dann will er im Erfolgsfalle seines Volksbegehrens gleich nachlegen, indem er seinen Verein in eine Partei umwandelt und bei den Wahlen in Berlin antritt. Es wird spannend.

Die Front für Tempelhof wächst

Die Front gegen die vom Berliner Senat beschlossene Schließung des Zentralflughafens Tempelhof wächst. Der *Welt am Sonntag* sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski: „Tempelhof sollten wir fortführen. Andere Städte wären froh, wenn sie einen City-Flughafen hätten.“ Andere Flughäfen liegen in aller Regel weit außerhalb. Die Fluggesellschaften haben gegen das für Oktober geplante Ende bereits geklagt – mit guten Aussichten, wie verlautet. Auch der Bund spricht sich gegen den baldigen Tod Tempelhofs aus. Der Stuttgarter Architekt Hans-Georg Brunnert hat unterdessen einen Plan entwickelt, wonach Tempelhof über eine aus den 30er Jahren stammende, teilweise unterirdische Gleisverbindung direkt an den geplanten Großflughafen Schönefeld gekoppelt würde. Fahrzeit für Gepäck und Passagiere: nur 14 Minuten. So entstünde quasi ein Flugplatz an zwei Orten.

Wenn die Leitkultur fehlt

Berlins Kopftuch-Kompromiß: Orientierungslosigkeit und Partei-Egoismus / Von Annegret KÜHNEL

Baden-Württemberg hat kürzlich das Kopftuch im öffentlichen Dienst verboten und zugleich klargestellt, daß christliche Symbole mit ihm nicht auf dieselbe Stufe gestellt werden können. Berlin geht einen anderen Weg. Der Gesetzentwurf, den der rot-rote Senat gerade verabschiedet hat, sieht ein Verbot aller religiösen Symbole in Behörden und Schulen vor. Dies gilt für Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Schöffen, Justizvollzugsbeamte, Lehrer. Zur Begründung sagte Innensenator Ehrhart Körting (SPD), die Bürger seien dort dem Staat besonders unterworfen, woraus sich eine besondere Neutralitätspflicht ergäbe. Rund 60.000 der insgesamt 140.000 Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst Berlins werden von der Regelung ab Herbst betroffen sein. Als „reine Schmuckstücke“ dürfen religiöse und weltanschauliche Symbole aber weiterhin getragen werden. Wie das zu unterscheiden sei, soll laut Körting eben die Praxis zeigen. Im Zweifel müßten die Gerichte entscheiden.

„In der Bauaufsicht oder im Sozialamt ändern wir nichts“, sagte er. „Da kann man weiter mit dem dicken Kreuz erscheinen.“ Ausgenommen vom Verbot sind auch Religionsunterricht, Berufsschulen und Erwachsenenbildung. Untersagt sind Symbole jedoch in der gymnasialen Oberstufe, für Kindergärten wird es komplizierte Sonderregeln geben.

Körting beruft sich auf die „preußische Tradition“, Menschen aller Glaubensrichtungen gleich zu behandeln. Was Körting zu erwähnen vergaß: Preußen hat sich stets offensiv zu seinen christlichen Fundamenten bekannt und aus dieser festen Verwurzelung die Kraft zur religiösen Toleranz geschöpft. Woraus aber schöpft der rot-rote Senat seine Überzeugungen? An den Berliner Gesetzesplänen wird deutlich, was für ein strategischer Fehler der vorzeitige Abbruch der Debatte über die Leitkultur gewesen ist.

Die PDS, die zunächst überhaupt kein Gesetz über Kopftücher wollte, verbucht den Entwurf trotzdem als kleinen Sieg. „Eine Lex Kopftuch, die Musliminnen im Öffentlichen Dienst einseitig benachteiligt, wird es nicht geben“, sagte PDS-Landeschef Stefan Liebich. Als besonders erfreulich hob er hervor, daß laut Gesetzentwurf ein Arbeitskreis „Islam und Schule“ und eine Antidiskriminierungsstelle geschaffen werden sollen, entsprechend einer Richtlinie der EU zur Bekämpfung von Diskriminierungen. Hier tun sich in der Tat neue Beschäftigungsmöglichkeiten für PDS-Parteigänger im Öffentlichen Dienst auf.

Natürlich nimmt niemand der PDS ihre Rolle als Vorkämpferin für religiöse Toleranz ab. Ihr geht es um den Einstieg in die multikulturelle Gesellschaft. Sie hofft, daß das zugewanderte muslimische Proletariat, wenn es erst die deutsche Staatsbürgerschaft hat, ihr an Stimmen ersetzt, was sie durch das Wegbrechen ihrer überalterten Basis verliert. Von der SPD erwartet überhaupt niemand mehr gesellschaftspolitische Überlegungen. Nur der Bischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, der der SPD angehört, hat sich vernehmbar gegen die Preisgabe christlicher Fundamente gewandt. Von der FDP war zu hören, es sei unverständlich, daß in Kindergärten und der Erwachsenenbildung Ausnahmen gemacht werden sollen. Die Liberalen wähnen sich noch im Kulturkampf der Bismarck-Zeit.

Hinter den Kulissen werden noch weiterreichende Überlegungen eine Rolle spielen: Eine Zurücksetzung des Islam gegenüber den christlichen Kirchen würde in Berlin zu einem Kulturkampf ganz anderer Art, wie sie der US-Wissenschaftler Samuel Huntington als „Kampf der Kulturen“ für unausweichlich hält, führen. Dem wäre die Berliner Politik, aber auch die „deutsche Mehrheitsgesellschaft“ – ein Begriff, der angesichts der demographischen Entwicklung täglich fragwürdiger wird – überhaupt nicht gewachsen. Auch in dieser Hinsicht wird die Hauptstadt längst nicht mehr regiert, sondern getrieben. ■

Die große Angst vor Volkes Stimme

Debatte um Volksabstimmung zur EU-Verfassung zeigt, was die Politiker von ihren Wählern wirklich halten / Von H.-J. von Leesen

Franzosen, Engländer, Polen, Tschechen, Spanier, Portugiesen, die Dänen, Iren, Niederländer, Belgier und Luxemburger werden über die Verfassung der Europäischen Union, die für alle Mitgliedsländer verbindlich werden soll, abstimmen. Diese Bürger werden von ihren Regierungen gefragt, was sie von dem jetzt vorliegenden Entwurf halten. Im Wahlkampf werden die Parteien ihre Argumente für oder wider die Verfassung vortragen, und es ist kein Geheimnis, daß die Pro-Konstitutions-Parteien die übergroße Mehrheit bilden. Natürlich werden auch die heute „Europa-Skeptiker" genannten Kritiker ihre Auffassung propagieren, doch nun wird sich zeigen, welche Argumente überzeugend sind.

Doch das größte der EU-Mitgliedsländer fehlt in der Reihe dieser die Demokratie als Herrschaft des Volkes ernst nehmenden Staaten: Die Bundesrepublik Deutschland.

Vor wenigen Monaten war die Zahl der nationalen Regierungen, die Angst hatten vor einer Volksabstimmung, größer. Tony Blair, der britische Premierminister, der in der Tat Grund für die Befürchtung haben muß, in seinem Land für die EU-Verfassung keine Mehrheit zu bekommen, hielt sie lange für überflüssig, zumal dort auch manche der großen Zeitungen europaskeptisch sind – ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo nahezu alle Zeitungen wie gleichgeschaltet reagieren. Inzwischen hat er die Meinung geändert.

Der französische Staatspräsident hat auch keine Angst vor Volkes Stimme – die französischen Wähler werden nach ihrer Meinung gefragt.

Deutschland steht nun ziemlich isoliert da. Aber auch hier gerät die Front jener, die das Volk unbedingt fernhalten wollen, ins wanken. Die Bundesregierung hat angekündigt, sie werde noch in diesem Jahr Vorschläge für eine Erweiterung des Grundgesetzes vorlegen, wodurch dann auch in der Bundesrepublik Volksabstimmungen möglich sein würden – wenn auch nicht mehr über die EU-Verfassung. Aber wenn jemand Volksabstimmungen über eine Grundgesetzänderung führen will, dann benötigt er eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag, und dazu würde Rot-Grün die CDU benötigen. Die sträubt sich allerdings bisher mit Händen und Füßen, hat aber jetzt in den eigenen Reihen erhebliche Probleme. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber hat der Bundesregierung, die sich noch bis vor wenigen Tagen gegen Volksbefragungen ausgesprochen hatte, vorgehalten: „Die Deutschen sind nicht dümmer als die Franzosen und die Engländer. Die Bundesregierung sollte endlich ihr Mißtrauen gegen das eigene Volk ablegen."

Alle »Argumente« gegen eine Volksbefragung sind nur faule Ausreden

Nun ist Bundeskanzler Schröder dieser Ansicht gefolgt. Zwar dürfte die Grundgesetzänderung nicht mehr rechtzeitig kommen, um auch die EU-Verfassung zur Wahl zu stellen, doch dürfte sich, wenn sich denn die Bundesregierung durchsetzt und die Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag bekommt, die politische Landschaft erheblich ändern.

Die FDP fordert schon seit langem, der Entwurf der EU-Verfassung solle den Wählern zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Grünen sind dafür, wenn auch der Obergrüne Joschka Fischer, von seiner erfolglosen Rundreise durch die Welt gerade zurückgekehrt, mit gramzerfurchtem Gesicht dringend vor dem deutschen Volk gewarnt hat, dem er noch nie getraut hat.

Die Argumente, die die Landesfürsten der CDU gegen eine Direktbeteiligung der Wähler abgeben, hat die *Frankfurter Allgemeine* aufgelistet. Die Vorsitzende Merkel verweist auf die Rechtslage, die jedoch veränderbar ist; schließlich hat man in der Vergangenheit das Grundgesetz schon dutzende Male geändert. Weiter zieht sie sich auf „grundsätzliche Erwägungen" zurück, ohne sie zu konkretisieren. Pfarrer Hintze, Spezialist der CDU für Europapolitik, hält Volksabstimmungen grundsätzlich für „Irrwege", die „in Stimmungsentscheidungen gegen die jeweilige Regierung münden". Das sind Argumente, die auf jede Wahl angewendet werden können, weshalb Pfarrer Hintze dann wohl in absehbarer Zeit auch Wahlen abzuschaffen gedenkt.

Der thüringische Ministerpräsident Althaus fürchtet, durch eine Volksabstimmung würden „die Gegner einer europäischen Union gestärkt werden", als sei es der Untergang Europas, wenn sich endlich auch in Deutschland Kritik an Brüssel und Straßburg institutionalisieren würde. Ministerpräsident Teufel aus Baden-Württemberg verweist darauf, daß die Väter des Grundgesetzes „sich zu Recht gegen plebiszitäre Elemente in der Verfassung entschieden" hätten, und das solle man, als sei das Grundgesetz das Wort Gottes, nicht ändern. Die hessischen und rheinland-pfälzischen CDU-Oberen lehnen ohne Begründung Volksabstimmungen ab. Der brandenburgische CDU-Vorsitzende Schönbohm leistet sich eine bezeichnende Erklärung für seine Ablehnung: Mit einer Abstimmung über die EU-Verfassung gebe man nachträglich zu, „daß auch über die Einführung des Euro ein Volksentscheid notwendig gewesen wäre". Recht hat er!

Von Gefahr und Irrwegen ist die Rede, doch wo bleibt da die Demokratie?

Wenn es denn tatsächlich der Gipfel allen Übels ist, wenn das Volk bei wichtigen Entscheidungen mitbestimmen darf, dann müßte die Schweiz längst im Chaos versunken sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Die anderen CDU-Ministerpräsidenten oder Landesvorsitzenden halten sich mehr oder weniger bedeckt; nur der Saarländer Peter Müller fordert seit langem, daß der Bürger über die Annahme der EU-Verfassung entscheiden soll, so eine Bresche schlagend in die Mauer der CDU-Ablehnung.

Und nun fordert die Schwesterpartei auch die Volksabstimmung. CSU-Landesgruppenvorsitzender Glos meint, da Frankreich die Volksabstimmung einführt, bringe das die Bundesregierung in Verlegenheit. Das aber gilt jetzt verstärkt für Angela Merkel und die meisten anderen CDU-Granden.

In Wahrheit hat die Fernhaltung der Bürger von den Wahlurnen allein ihre Begründung in der Angst der Parteien, dadurch Einfluß zu verlieren. Die Parlamente sind besetzt mit Abgeordneten, die allein von den Partei-Führungsklüngeln ausgewählt worden sind und die von den Wählern nur noch abgenickt werden dürfen – eine für die Parteien bequeme Regelung. Und die soll nun bröckeln durch die Direktbeteiligung der Bürger?

Das Grundgesetz sieht bereits in Artikel 20 Abs. 2 vor, daß die Staatsgewalt nicht allein durch Wahlen, sondern ausdrücklich auch „durch Abstimmungen" ausgeübt wird. Wörtlich ist das sogar vorgesehen bei einer Neugliederung des Bundesgebietes. So fremd ist das plebiszitäre Element dem Grundgesetz also nicht. Es fehlte bislang nur der politische Wille, um diese Art der politischen Willensbildung auszubauen und damit die Bürger an Staat und Demokratie heranzuführen. Das scheint gerade in dieser Zeit dringend notwendig zu sein! ■

Gedanken zur Zeit:

Fast wie ein Pakt mit dem Teufel

Von Wilfried Böhm

Ich empfinde eine unglaubliche Leidenschaft für Europa" und „Demokratie ist nicht nur eine System. Sie ist gegründet auf dem Votum der Wähler". Mit diesen hehren Worten begann in Straßburg der Halbzeitpräsident des am 11. Juni dieses Jahres gewählten Europäischen Parlaments, der spanische Sozialist Josep Borrell sein neues Amt, wenngleich sich auch nur 45,5 Prozent der Wähler im europäischen Durchschnitt und noch weniger in Deutschland (43 Prozent) an dieser Europawahl beteiligt hatten. Damit hatten die Bürgerinnen und Bürger Europas in einer Art „Volksabstimmung" deutlich genug gemacht, was sie von diesen Wahlen und diesem Parlament halten.

Doch Borrell, der 388 der 700 abgegebenen Stimmen erhielt, wird sein Präsidentenamt nur für die erste Halbzeit der Legislaturperiode behalten. Anfang 2007 ist nämlich der deutsche christlich-demokratische Politiker Hans-Gert Pöttering von der Europäischen Volkspartei (EVP) „dran" und wird für die zweite Halbzeit Präsident des Hohen Hauses. Ausgehandelt wurde diese sozialistisch/christlich-demokratische Allianz „hinter den Kulissen". Die Tageszeitung *Die Welt* schrieb dann auch, daß Pöttering einer der ersten war, auf Borrell „zuschoß und ihm seine Hand wie eine Trophäe entgegenstreckte". Eingefädelt hatte den Handel Pöttering selbst mit dem deutschen SPD-Abgeordneten Martin Schulz, dem Vorsitzenden der Sozialisten im Europaparlament.

Die merkwürdige Amtsteilung des Präsidenten (anglizismen-süchtige deutsche Kultusminister würden wohl sagen, dieses präsidentielle „job-sharing") ist das Ergebnis von Kungelei und Mauschelei, in die auch das Amt des EU-Kommissionspräsidenten einbezogen wurde, das prompt zwei Tage später dem als konservativ eingestuften José Manuel Barroso aus Portugal in der Nachfolge des Italieners Romano Prodi zufiel. Die *Welt* wußte auch zu berichten, daß in den Parlamentsgebäuden in Straßburg und Brüssel in den Wochen vor der Abstimmung „gekungelt und gemauschelt, geschachert und gefeilscht" wurde, „was das Zeug hält", natürlich nur, „um die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu sichern" und die „Stabilität der Institutionen", wie Pöttering meinte. Zaghafte Kritik kam sogar aus der eigenen Fraktion, in der sich einige Abgeordnete „mehr politische und weniger technische Allianzen" wünschten. Sie hätten gern den Gegenkandidaten Borrells, den ehemaligen polnischen Außenminister Bronislaw Geremek, Überlebender des Warschauer Ghettos, Bürgerrechtler und Vertrauter von Lech Walesa, vor der Wahl wenigstens einmal angehört ...

Das Feilschen um Ämter im EU-Parlament erreicht neue Dimensionen

Natürlich wurde das Ganze von Theaterdonner begleitet, der zum großen Spiel gehört: die Liberalen tönten angesichts des sozialistisch/christdemokratischen Handels, das sei eine unnatürliche Allianz, die im allgemeinen nur in Krisen- und Kriegszeiten gerechtfertigt sei. Der unvermeidliche grüne Cohn-Bendit nannte das Ganze „idiotisch" und sagte, die EVP hätte sogar den Teufel gewählt, damit Pöttering wenigstens eine Halbzeit Präsident werden könne.

Nur drei Wochen vor dieser Wahl des Parlamentspräsidenten hatte bei der Debatte zum Vertrag über eine europäische Verfassung im Deutschen Bundestag in Berlin die Vorsitzende der Unionsfraktion Angela Merkel noch gesagt, das vereinte Europa müsse „parteipolitisch unterscheidbar" sein, womit sie gewiß recht hatte. Angesichts des Borrell-Pöttering-Schulz-Handels müssen die Bürger allerdings einmal mehr zur Kenntnis nehmen, daß phrasenhafte Forderungen und europarlamentarische Realität weit auseinander klaffen.

Angesichts dieses Starts wundert sich niemand mehr, daß der „Wanderzirkus" des Europarlaments zwischen Brüssel und Straßburg noch immer fortgesetzt wird. In jedem Jahr fährt zehnmal ein Troß von Lastkraftwagen zwischen Brüssel und Straßburg hin und her, wofür im Etat mehr als 200 Millionen Euro vorgesehen werden. Die Ausschußsitzungen des Parlaments finden in Brüssel statt, das Generalsekretariat ist in Luxemburg angesiedelt. Insgesamt arbeiten 4.228 Personen für das Parlament. Doch das alles verursacht vergleichsweise geringe Kosten angesichts der bürokratischen europäischen Umverteilungsmaschinerie der Kommission in Brüssel mit über 23.000 Dauerplanstellen. Für eine Reform an Haupt und Gliedern der Europäischen Union ist die Zeit gekommen. Zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges, der neben der militärischen auch die wirtschaftliche und soziale Verteidigung notwendig machte, wäre es die Aufgabe des Parlaments die politischen Strukturen den neuen Aufgaben des wiedervereinigten europäischen Kontinents anzupassen. Die ersten Wochen des Europarlaments geben dafür nicht viel Hoffnung.

Wetten, daß die wenigen Wahlberechtigten, die sich am 11. Juni dieses Jahres an der Europawahl beteiligt haben, das jetzt schon bereuen, nachdem sie von diesem Start des Europarlaments in seine neue fünfjährige Legislaturperiode erfahren haben? ■

Grundrecht Moschee

Das slowenische Verfassungsgericht stoppt ein Volksbegehren gegen den Bau einer Moschee am Rand der Landeshauptstadt Laibach (Ljubljana). Bereits kurz vor dem EU-Beitritt hatte die innerslowenische Kontroverse um die von der islamischen Gemeinde geplante neue Moschee für einigen Wirbel gesorgt. Nun scheint klar: Das Gebäude mit 27 Meter hohem Minarett wird an prominenter Stelle neben der Autobahn gebaut – auch gegen den Willen vieler Bürger des mehrheitlich katholischen Sloweniens. Der Stadtverordnete Miahel Jarc, der in kürzester Zeit genug Stimmen für die Zulassung eines städtischen Volksbegehrens sammeln konnte, wurde nun höchstrichterlich zurechtgewiesen. Man könne ein Grundrecht nicht zum Gegenstand einer Abstimmung machen. Jarc hatte ökologische Bedenken als Grund der Abstimmung angegeben. Mit dem Bau soll nächstes Jahr begonnen werden. **SV**

Feurige Soldatensorgen

Sorgengeplagt ist zur Zeit die ungarische Armee – sie sucht nach fähigen Berufssoldaten und brauchbaren Fallschirmen. Als ob die Aufstellung einer Berufsarmee nicht Aufgabe genug wäre – erst 8.200 der 10.800 Planstellen sind gefüllt, nur jeder dritte Freiwillige ist tauglich –, nun leidet die ungarische Armee offenbar neben Personal- auch noch an Materialmangel. Aus Deutschland gelieferte Fallschirme fingen bei Absprüngen angeblich Feuer. 170 waren im Mai von einer deutschen Firma, die seit Jahren Ungarns Heer beliefert, für 440.000 Euro ausgeliefert worden. Den Grund für den flammenden Auftritt einiger Soldaten nannte das ungarische Fernsehen: Das Fallschirmmaterial erhitze sich beim Absprung zu stark. **A. S.**

Vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer

Mit dem Einkauf des österreichischen Erdöl- und Erdgaskonzerns OMV beim rumänischen Konkurrenten Petrom haben die beiden Unternehmen nun eine Sonderstellung erreicht. OMV und Petrom werden in der Öl- und Gasindustrie die „Nr. 1 vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer“, wie der österreichische OMV-Vorstand stolz verkündete. Doch in Rumänien ist die Freude getrübt, hier überwiegt die Angst vor Jobverlust. **R. B.**

Sing dich frei

Das Sängerfest in Estland hat eine lange Tradition

Anfang Juli war es nach fünf Jahren wieder soweit: Aus dem ganzen Land reisten sie zu Zehntausenden an, um ihre Revolution zu begehen. Eine Revolution mit lautem Klang, die das ganze Volk mitreißt und die doch keine Forderungen erhebt, sondern eine vereinte kräftige Stimme – zum Gesang. Das estnische Sängerfest lockte Anfang Juli 55.000 Touristen wie Einheimische nach Reval (Tallinn). Seit dem 19. Jahrhundert abgehalten, zählt das Festival zum klingenden Weltkulturerbe der Unesco. Mehr als 20.000 Künstler führten estnische Lieder und Volkstänze auf und trafen damit wie in keinem anderen Land der Welt eine politische Aussage.

Es war das Jahr 1988, als die Esten ihrem nationalen Kulturerbe singend gegen die Verbote der Sowjetunion zu seinem angestammten Rang verhalfen. Die kommunistischen Machthaber hatten die Nationalhymne verboten, wollten die Sangesfreude des Baltenvolkes für Propaganda einsetzen. Doch an die 300.000 Esten versammelten sich in jenem Jahr, die Unabhängigkeit zu ersingen, hißten die Nationalflagge und zeigten eindrucksvoll ihre Geschlossenheit in Fragen der Selbstbestimmung. Ohne Gewalt und Opfer lösten sie sich singend von der Sowjetzeit. Spätestens seit dieser Revolutionsleistung ist das Sängerfest das Ereignis im Festkalender des Staates, sind Volks- und Traditionslieder aktuell wie in kaum einem anderen Land, eben ein Fest zum Mitmachen. Über 1.000 Chöre, an die 600 Dirigenten und rund 32.000 sangesbegeisterte Mitglieder hat die estnische Chorvereinigung. Dabei zählt das Land gerade einmal 1,4 Millionen Einwohner. Eine riesige muschelförmige Bühne stellte für sie dieses Jahr den musischen Tempel, in dem die Besten unter ihnen auftreten durften. Am ersten Konzerttag begrüßte ein Massenchor aus 19.000 Sängern die Besucher. Einige Teilnehmer reisten aus Kanada und den USA an, auch ein estnisch-deutscher Chor aus Köln war dabei. Obwohl nur auf estnisch gesungen wird, werden auch Versionen international bekannter Melodien auf dem Lauluväljak dargeboten. Der Platz ist seit 1923 Austragungsort der Großveranstaltung – zum 24. Male und dank seiner vielen Gäste aus aller Welt so bedeutend wie hierzulande nicht einmal die größten Konzerte internationaler Musikstars. Seit 1934 gibt es zusätzlich zum Sängerfest ein großes Tanzfest mit Trachtengruppen, aber auch gymnastischen Einlagen und Rockmusik – in Deutschland undenkbar. Ob Kinder in Tracht oder Ältere in legerer Kleidung, vor und hinter der Bühne versammeln sich fast alle musikalischen Geschmäcker der „singenden Nation“. Selbst der Präsident ist vom kollektiven Sangestaumel mitgerissen und wird nach der Ansprache bejubelt.

Was heute als Spektakel die musischen Esten anlockt, diente im 19. Jahrhundert der nationalen Selbstbestimmung. Als Vorsängerin und berühmte Komponistin der nationalen Bewußtseinswerdung fungierte Lydia Koidula. Ihr Vater, der Journalist und Lehrer Voldemar Janssen, publizierte die erste Zeitung in estnischer Sprache und initiierte das erste Sängerfest 1869. Mit zirka 800 Teilnehmern nahm sich die Veranstaltung in Tartu damals bescheiden aus. Praktisch jeder Este kennt heute Koidulas Lied „Mein Vaterland ist meine Freude“, das gerade in Zeiten der russisch-sowjetischen Fremdherrschaft als Ersatzhymne diente. Um so stolzer sind die Esten daher heute auf ihre Kehlen und die Art, wie sie sich mit ihnen die Freiheit ertrotzten. Sogar das Wetter spielte trotz des verregneten Sommers einigermaßen mit, nur wenige Darbietungen mußten wegen Regen abgesagt werden. Auch sonst verspricht Estland einen heißen Kultursommer, beispielsweise beim von Hermann Hesse inspirierten Musikfestival „Glasperlenspiel“ in Pernau (Pärnu) bis zum 18. August. **S. Gutschmidt**



Im Sangestaumel: *Ob Kinder in Trachten oder Erwachsene in legerer Kleidung, das Sängerfest zieht alle in seinen Bann.* Foto: Joker

Der Kreml auf bewährten Pfaden?

Ehemalige Ostblockstaaten vermuten verstärkt Spione unter russischen Diplomaten

Der Kalte Krieg ist zwar vorbei, aber das hält offenbar den russischen Geheimdienst nicht davon ab, sich auf illegalem Weg Zusatzinformationen über andere Länder zu beschaffen. Dies ist zumindest dem nun neu vorgelegten Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu entnehmen. Besonders kurz vor Beitritt der zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten gab es mehrere Verdachtsmomente dafür, daß der Kreml in seinen ehemaligen Einflußbereichen verstärkt Spionage betrieb. So warf Estland Rußland im März nicht nur die Verletzung seines Luftraumes vor, was allerdings von russischer Seite bestritten wurde, sondern hatte sogar wenige Tage vorher zwei russische Diplomaten wegen Spionage des Landes verwiesen. Auch Litauen, Lettland und die Slowakei schickten diplomatische Vertreter Rußlands in ihre Heimat zurück. In Prag wird sogar vermutet, daß die Hälfte des russischen Botschaftspersonals Tätigkeiten ausübe, die „mit dem diplomatischen Status nicht zu vereinbaren“ seien.

Die Liste der Ausweisungen von russischem Botschaftspersonal aus den genannten ehemaligen Ostblockstaaten sowie Polen und Bulgarien ist beachtenswert. Aber auch in Deutschland gibt es zahlreiche Verdachtsmomente für russische Spionagetätigkeiten.

Inwieweit es jedoch wirklich immer gleich Spionage ist oder die Nerven der zu Sowjetzeiten durch Spionage stark geschädigten ehemaligen Ostblockstaaten nur blank liegen, ist schwer zu beurteilen. Der Kreml jedenfalls leugnet und spricht sogar von Anbiederungsversuchen der Betrofffenen an die EU. **R. B.**

Fällt Spanien auseinander?

Premier Zapatero gewährt den Vertretern der Basken und Katalanen gefährlich viel Macht

Während Europa politisch und wirtschaftlich zusammenwächst, fürchten besorgte Spanier, daß ihr Land den entgegengesetzten Weg geht und am Ende sogar auseinanderfällt. Grund: Die Unabhängigkeitsforderungen einiger Regionen nehmen trotz (oder wegen?) wachsender Kompromißbereitschaft der Madrider Zentralregierung seit Monaten an Heftigkeit zu. Vor allem das Baskenland und Katalonien bringen ihre Autonomieansprüche immer drastischer vor. Sie fühlen sich als eigenständige Nationen, denen jedoch die Selbständigkeit fehle – so sehen es zumindest ihre politischen Vertreter.

Seit dem 14. März hat eine neue Regierung unter dem Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero das Zepter in der Hand und zeigt sich zunehmend empfänglicher für die Ansinnen der Regionalisten. Die sanfte Linie steht im krassen Gegensatz zu der des ehemaligen Ministerpräsidenten Aznar von der konservativen Volkspartei PP, der die Politik der „harten Hand" vorzog. Seine Anhänger hielten dies für den einzigen Weg, das Königreich zusammenzuhalten. Kritiker indes warfen ihm vor, durch seine mangelnde Dialogbereitschaft die Regionalisten erst richtig aufgestachelt zu haben.

Zapatero hat mit dem Kurs seines Vorgängers radikal gebrochen. Er sucht den „Dialog", hält die „harte Hand" für eine Sackgasse. Doch Zapatero hat noch einen weiteren, sehr eigennützigen Anlaß zur Kooperation: Ihm fehlt die absolute Mehrheit im Parlament, weshalb er auf die Unterstützung der kleinen regionalistischen Parteien angewiesen ist, um als Regierung, handlungsfähig zu bleiben.

Hierbei stellt sich der frischgebackene Premier vor allem mit den katalanischen Sozialisten gut, die ihm vor vier Jahren mit ihren Stimmen trotz seines Außenseiterstatus zum Vorsitz der spanischen sozialistischen Partei (PSOE) verholfen und somit den Weg in das Amt des Premierministers geebnet haben.

Pascual Maragall, der sozialistische Ministerpräsident Kataloniens, ließ kürzlich verlauten, daß Spanien sich einer Zukunft öffne, die es erlaube, ohne „Denkverbote" über neue politische Wege nachzudenken. Zu deutsch: Alles ist möglich. Auf

Die Forderungen werden immer dreister

seiner Pressekonferenz am 21. Juli in Madrid nach einem Gespräch mit Zapatero schürte Maragall Ängste vor einer Abspaltung seiner Heimat, indem er tönte, daß Katalonien „ein Staat ist, wie ein Staat betrachtet werden will und wie ein Staat handeln wird". Diese extremen Äußerungen verursachen sogar vielen Parteifreunden Magenschmerzen.

Zapateros Gesprächsbereitschaft, seine höflichen Umgangsformen, mit denen er um Zusammenarbeit wirbt, werden von den einen als ein Neuanfang, von den anderen hingegen als Anfang vom Ende des Königreichs Spanien gesehen. Per Salamitaktik werde die Einheit des Landes unterhöhlt mit dem Ziel, sie schließlich ganz zu zerstören, so die Skeptiker.

Als sichtbares Beispiel für die wahren Ziele der Regionalisten erscheint den entmachteten Konservativen insbesondere der Plan Ibarretxe, den der gleichnamige baskische Ministerpräsident vergangenes Jahr ins Spiel gebracht hat. Nach diesem Plan sollen die Basken mittels eines Referendums entscheiden, ob sie eine Abspaltung von Spanien wollen. Aznar verbot nicht nur das Referendum, er ließ auch gleich ein Gesetz auflegen, wonach sogar das Abhalten bloßer Meinungsumfragen, die verfassungsrelevante Themen berühren, mit fünf Jahren Gefängnis bestraft würde. Damit war Ibarretxe matt gesetzt.

Nun indes berichtet die Tageszeitung *El País* von einer Neuauflage dieses Vorhabens mit einem Ibarretxe, der sich diesmal mehr Chancen für die Durchsetzung seiner Ziele ausrechnet. Würde es zu ernsthaften Verhandlungen über den „Plan Ibarretxe" kommen, wäre automatisch auch Frankreich mit seinem baskischen Süden, der ja zu der neuen Nation gehören soll, betroffen. Dies könnte zu Spannungen in der Europäische Union führen.

Schritt für Schritt, so scheint es zumindest, kommen die Regionalisten ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit näher. Immer neue Anträge werden aufs Tapet gebracht. Das Boot Spanien steuert in gefährliche Gefilde. Kapitän Zapatero versucht es mit einer Strategie abhängig machender Geschenke. In Madrid versprach er Maragall, die nationale Aufsichtsbehörde für Telekommunikation CMT aus der Hauptstadt in die katalanische Metropole Barcelona zu verlegen. Die Verlagerung weiterer Staatsinstitutionen, die bislang alle in Madrid konzentriert sind, in Provinzhauptstädte soll folgen. Auf diese Weise werden so Zapateros Kalkül, die Regionen ihre Zugehörigkeit zu Spanien auch als sehr handfesten materiellen Vorteil erfahren, denn selbstverständlich zögen diese Einrichtungen mit ihren reizvollen Arbeitsplätzen und der Kaufkraft ihrer Mitarbeiter sofort wieder ab, wenn sich ihre neue Heimatprovinz vom Gesamtstaat trennen sollte.

Ob die Taktik aufgeht, kann nur gemutmaßt werden. Kataloniens Maragall machte am 21. Juli jedenfalls unmißverständlich klar, daß die Verlagerung der CMT „weder die einzige noch die letzte" Forderung gewesen sei. So hatte man sich bereits wochenlang intensiv mit dem Plan befaßt, eine eigene katalanischen Fußballnationalmannschaft aufzustellen. Nach lauten Protesten schmort die Idee bis auf weiteres still vor sich hin. Vom Tisch ist sie nicht, und ihre Symbolkraft wird von niemandem unterschätzt.

Auch die baskische Regierung hat ständig Neues im Köcher: Nach und nach werden ihre Forderungen nach einer leichteren Haft für die Eta-Terroristen umgesetzt. Hatte man sie früher in Strafanstalten weit von ihrer Heimatregion untergebracht, überlegt Madrid auf baskisches Drängen hin, sie ins Baskenland zurückkehren zu lassen, was zwar für ihre Familienmitglieder schön, aber auch für ihre Terrororganisation von großem Vorteil wäre. Beschlossene Sache ist bisher die universitäre Weiterbildung der Eta-Sträflinge.

Wohin steuert Zapatero, fragt sich das Land. Wieviel wird er sich noch abringen lassen, um die Unterstützung der Regionalisten nicht zu verlieren, wie viele Versprechen muß er noch erfüllen, auf wie viele Kompromisse noch eingehen? Napoleon riet der Nachwelt einst: „Der beste Weg seine Versprechen zu halten, ist niemals welche zu geben." Doch versprochen hat der sympathische spanische Premier schon eine ganze Menge. Und jedes Verprechen zieht neue Begehrlichkeiten nach sich, wie die unvermindert harte Sprache von Kataloniens Maragall am 21. Juli in Madrid verriet. **A. Gaul / H. H.**

Gefährlicher Verbündeter: *Zapatero (r.) mit dem katalanischen Sozialisten Pascual Maragall* Foto: Reuters

Skandal im Priesterseminar

Zwischen Verfehlungen, Mutmaßungen und Intrigen

Die Affäre rund um das Priesterseminar in der niederösterreichischen Hauptstadt St. Pölten kommt nicht nur jenen gelegen, die beruflich für das Füllen des Sommerlochs zuständig sind: Viel mehr noch scheint das für alle zu gelten, die den St. Pöltener Diözesanbischof Kurt Krenn von allem Anfang an im Visier hatten und sich nun fast am Ziel ihrer Wünsche sehen.

Aus den kontroversen Aussagen die Fakten herauszufiltern, ist nicht einfach. Fest steht, daß bereits im vorigen Herbst, wenige Tage nach dem Selbstmord eines Seminaristen, auf dem allgemein zugänglichen Gemeinschaftscomputer des Seminars pornographisches Material gefunden wurde, worauf der „Regens", der Leiter des Seminars, Anzeige erstattete und Bischof Krenn die Sicherheitsdirektion informierte. Anfang Juli bezichtigte ein Ex-Seminarist den Regens der Homosexualität, und ein Magazin veröffentlichte Bilder, die den „Subregens", den Stellvertreter, zusammen mit Seminaristen zeigen. Die gewiß unschicklichen Bilder können als Hinweis auf homosexuelle Beziehungen gedeutet werden – aber genauso dem Übermut während einer Feier entsprungen sein. Regens und Subregens traten jedenfalls ohne Schuldbekenntnis von ihren Ämtern zurück.

Die Polizei beschlagnahmte auch mehrere Privatcomputer von Seminaristen. Auf einem davon wurde kinderpornographisches Material gefunden, weshalb gegen den Besitzer, einen mittlerweile ausgeschlossenen Polen, Anklage erhoben wird. Alle anderen Vorwürfe sind strafrechtlich irrelevant und werden daher kaum einwandfrei nachzuweisen, aber auch nicht zu widerlegen sein. Denn der Besitz von sonstiger Pornographie ist ebensowenig verboten wie Homosexualität unter Erwachsenen.

Bei Wertung der Vorkommnisse muß man die Rahmenbedingungen mit einbeziehen: Das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) hatte zahlreiche Änderungen gebracht, von denen aber meist nur die deutlich sichtbaren größere Aufmerksamkeit erhielten, etwa „Volksaltar", Ministrantinnen, Handkommunion, „modernes" Liedgut und Wegfall von Fastengeboten. Bei vielen Gläubigen entstand so der Eindruck, daß nun

Sexaffäre oder hohe Kirchenpolitik?

ohnehin fast alles erlaubt sei. Doch die Liberalisierung wird keineswegs von allen religiösen Menschen positiv gesehen und konnte den Mitgliederschwund nicht bremsen, eher im Gegenteil. Papst Johannes Paul II. begann daher gegenzusteuern, weshalb unter den von ihm ausgewählten Bischöfen und Kardinälen die „Konservativen" klar in der Mehrheit sind. Dementsprechend heftig werden sie von den „Liberalen" innerhalb und außerhalb der Kirche angefeindet.

Der aus dem nördlichen Oberösterreich stammende Bischof Krenn ist ein Konservativer und bekam dies schon bei seiner Bischofsweihe 1987 zu spüren: Auf dem kurzen Weg vom Erzbischöflichen Palais zum Stephansdom mußte der bisherige Regensburger Theologieprofessor in vollem Ornat über Demonstranten steigen, die sich ihm in den Weg gelegt hatten. Auch bei seiner Bestellung zum Diözesanbischof von St. Pölten kam es zu Protestaktionen.

Bischof Krenn erwies sich als eloquenter Diskussionsredner, befleißigte sich aber zuweilen einer ruppigen Ausdrucksweise, wie man sie eher bei einem Dorfpfarrer erwartet. Er ließ keine Kontroverse aus und trat in manches für ihn aufgestellte Fettnäpfchen. Und sein wenig attraktives Äußeres machte ihn zum Objekt gehässiger Karikaturen. Besonders heftig kritisiert wurden seine Personalentscheidungen. Dazu kommt, daß in das St. Pöltener Seminar Kandidaten aufgenommen wurden, die andernorts abgelehnt worden waren. Es ist allerdings nicht bekannt, wie viele Seminaristen dies betrifft, und ebensowenig, aus welchen Gründen man sie abgelehnt hatte: Waren es charakterliche Mängel? Oder eine zu konservative Grundhaltung?

Bischof Krenn verteidigt die zurückgetretenen Leiter des Priesterseminars, so wie er dem wegen pädophiler Vorwürfe zurückgetretenen früheren Wiener Erzbischof Kardinal Groër bis zuletzt die Treue gehalten hatte. Treibt ihn wissende Überzeugung oder fahrlässige Gutgläubigkeit oder Vertuschungsabsicht?

Die weitere Entwicklung wird primär davon abhängen, was der vom Vatikan bestellte und mit allen Vollmachten ausgestattete „Visitator", der Vorarlberger Oberhirte Klaus Küng, bei seinen Ermittlungen herausfindet. Auch Küng ist zwar ein angefeindeter Konservativer, doch an seiner persönlichen Integrität und alemannischen Gründlichkeit wagt niemand zu zweifeln. **RGK**

Blair in der Klemme

EU-Referendum bewußt nach Parlamentswahl

Daß Tony Blair und seine Labour Party die im Frühjahr kommenden Jahres anstehenden Unterhauswahlen gewinnen wird, ist für den Sprecher der britischen Botschaft in Paris so gut wie eine Selbstverständlichkeit. Diese Sicherheit begründet der Diplomat damit, daß die Engländer ihren Premier nicht nach seiner durchaus umstrittenen Haltung zum Irakkrieg, sondern nach der positiven Bilanz seiner Wirtschaftspolitik beurteilten. Auch dürfte für ihn von Vorteil sein, daß der geplante Volksentscheid zur EU-Verfassung erst für Ende 2006 angesetzt ist, so daß, selbst wenn die in Großbritannien stark vertretenen EU-Kritiker sich durchsetzen würden, dies nicht mehr wahlentscheidend sein könnte. Sollte die EU-Verfassung in England abgelehnt werden, hätte dies zwar möglicherweise Tony Blairs Rücktritt zur Folge, aber sein Schatzkanzler Gordon Brown würde als Nachfolger dafür Sorge tragen, daß die Regierungsmacht weiter in den Händen Labours bliebe.

Obwohl der Volksentscheid zur EU-Verfassung erst eineinhalb Jahre nach den Unterhauswahlen stattfinden soll, sei davon auszugehen, daß diese und die britische Europapolitik Wahlkampfthema würden. So hätten viele Engländer den Eindruck, daß sie von Brüssel übervorteilt würden. Da in der Bevölkerung schon jetzt der Eindruck vorherrsche, zu viel an die EU zu zahlen, dürfte die von der EU-Kommission vorgesehene Streichung des in den 80er Jahren von Margaret Thatcher ausgehandelten Britenrabatts die Gemüter noch zusätzlich erhitzen. Kaum einer glaube, daß London genug Einfluß habe, um die Streichung noch zu verhindern, was die englischen EU-Politiker allerdings nicht unwidersprochen hinnehmen könnten. So sei davon auszugehen, daß es beim nächsten EU-Gipfel zu harten Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und den übrigen EU-Staaten kommen werde, da die englische Regierung innenpolitisch ihr Gesicht wahren müsse. Da das Vereinigte Königreich aber auch ein offenes Zerwürfnis mit der EU vermeiden wolle, wäre ein Kompromiß denkbar, in dem der Finanzrabatt gegen eine für Großbritannien günstige Neuverhandlung über den EU-Agrarhaushalt aufgegeben würde. England hätte somit ein ihm am Herzen liegendes Anliegen endlich durchgesetzt, und in der Summe würden so dem britischen Steuerzahler keine Mehrbelastungen aufgebürdet werden.

Auf die Frage, ob das Königreich aus der EU austreten würde, falls die im Land stark vertretenen EU-Kritiker sich beim Volksentscheid zur EU-Verfassung durchsetzen könnten, wehrte der Botschaftssprecher ab. Es sei nicht englische EU-Politik, sich aus Europa ganz zurückzuziehen. Sollten nicht alle 25 Mitgliedsstaaten die EU-Verfassung ratifizieren, dann müsse die EU nach neuen gemeinsam gangbaren Wegen suchen.

Die Entscheidung für Jose Manuel Barroso als neuen EU-Kommissionspräsidenten wird von London gutgeheißen. Sollte Barroso sich jedoch über seine Kompetenzen hinweg in britische Interessen einmischen, bestünden von englischer Seite her keinerlei Hemmungen, ihm seine Grenzen aufzuzeigen, denn für Großbritannien sei es stets wichtig gewesen, seine ureigensten Angelegenheiten von der EU unangetastet zu lassen. **P. C./ R. B.**

Schon heute an das Übermorgen denken

Sachsens Ministerpräsident Georg MILBRADT über Fehler und Chancen des stagnierenden »Aufbau Ost« / Teil III

Die Länder sollten ihre Ausgaben für überregionale Infrastruktur dringend besser aufeinander abstimmen. So müssen der Kapazitätsausbau der Hochschulen über die Ländergrenzen hinweg stärker koordiniert und Infrastrukturen besser vernetzt werden. So ist der Planung von öffentlichen Investitionen zwingend eine Folgekostenrechnung und eine langfristige Bedarfsplanung zugrunde zu legen.

Der Bund hat für 2005 bis 2019 Solidarpaktmittel in Höhe von 156 Milliarden Euro zugesagt. Davon ist ein Drittel – der sogenannte „Korb 2" mit 51 Milliarden Euro – bis heute nicht präzisiert. Ungeklärt sind sowohl die inhaltliche Abgrenzung der hinzuzurechnenden Zuweisungen des Bundes an die Länder, als auch die jährliche Verteilung über die Laufzeit des Solidarpaktes bis 2019. Bis zum Beginn des Solidarpaktes II am 1. Januar 2005 sind es aber nur noch einige Monate.

Bis spätestens Ende 2004 muß der Bund einen verbindlichen Programmrahmen und die jährlichen Beträge für den „Korb 2" festlegen. Bund und Länder sollten gemeinsam einen Katalog der Förderziele und geeigneter Maßnahmen vereinbaren, die in einer Neuauflage des Investitionsförderungsgesetzes gesetzlich geregelt werden.

Falls die Föderalismuskommission die Mischfinanzierungen entflechtet, sind die aufbaubedingten Zuweisungen an die neuen Länder zusätzlich in den gesetzlich zu fixierenden „Korb 2" zu überführen.

Bund und alte Länder vollbringen mit den Milliardentransfers seit der Wiedervereinigung eine große solidarische Leistung. Die neuen Länder – einschließlich ihrer Gemeinden – haben daher auch die Pflicht, die Solidarpaktmittel für die vereinbarten Zwecke zu verwenden. Dabei handelt es sich um den Abbau des Infrastrukturdefizits als teilungsbedingte Sonderlast und um den Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft. Die zweckgerechte Verwendung ist nach klar definierten Kriterien jährlich zu überprüfen, möglichst durch neutrale Sachverständige außerhalb der Politik.



Die Platte wird „platt gemacht": *Im Rahmen des Projektes „Stadtumbau Ost" wird unter anderem überflüssiger Wohnraum bewußt vernichtet.* Foto: pa

Um eine sachgerechte Verwendung zu gewährleisten, ist – zumindest bei einem Teil der Mittel des „Korb 2" – ein erfolgsabhängiger Verteilungsmechanismus zu finden, der die Eigenverantwortung der Länder und ihrer Gemeinden sowie den Wettbewerb stärkt.

Aber die Solidarpaktmittel können nur dann für den Aufbau eingesetzt werden, wenn die ostdeutschen Länder bei ihren laufenden Ausgaben kürzen. Notwendig sind vor allem Einschnitte bei den Personalausgaben, die in den Länderhaushalten einen zentralen Kostenblock ausmachen. Hier ist ein Stellenabbau erforderlich, denn in den ostdeutschen Flächenländern lagen im Jahre 2002 die Pro-Kopf-Ausgaben für die aktiv Beschäftigten (1.003 Euro) um 10,8 Prozent über denen der alten Flächenländer (905 Euro) – trotz eines niedrigeren Besoldungsniveaus. Der Stellenabbau kann dann moderater ausfallen, wenn die Tarifangleichung zeitlich deutlich gestreckt wird. Dabei ist gleichzeitig eine größere Lohnspreizung erforderlich, um es auch dem öffentlichen Bereich in den neuen Ländern zu ermöglichen, hochqualifiziertes Personal zu halten und anzuwerben.

Die ostdeutschen Länder sind bislang auf Grund der Transferzahlungen finanziell besser ausgestattet als die westdeutschen Länder. Vielen Bürgern, aber auch Politikern in Ostdeutschland ist das nicht bewußt. Infolge dessen sehen viele diese Transferzahlungen als selbstverständlich und zeitlich unbefristet an. Tatsache ist jedoch, daß diese Transferzahlungen deutlich zurückgehen werden: Die Solidarpaktmittel werden bis zum Jahre 2019 abgeschmolzen. Die Steuereinnahmen der ostdeutschen Länder und Kommunen werden vom Bevölkerungsrückgang ebenso negativ berührt, wie die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, die kopfbezogen sind. Deshalb müssen rasch Konzepte entwickelt werden, wie die öffentlichen Haushalte an die sinkenden Transferleistungen und geringere Einnahmen infolge der Bevölkerungsverluste angepaßt werden können. Alle öffentlichen Ausgaben müssen hierzu auf den Prüfstand gestellt werden. Da die Haushalte der Länder in hohem Maße von den Personalausgaben bestimmt werden, führt an einem Stellenabbau, Teilzeitregelungen und einer eigenständigen Tarifpolitik in Verbindung mit differenzierteren Lohnstrukturen kein Weg vorbei.

Im Falle der Renten sieht der Einigungsvertrag vor, daß die ostdeutschen Länder dem Bund einen Teil der Rentenansprüche aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR erstatten. Die Details regelt das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Diese Verpflichtung beruht allerdings auf einer völligen Fehleinschätzung des Ausmaßes der Verbindlichkeiten und insbesondere der nachfolgenden Auslegung der AAÜG-Tatbestände durch die Gerichte. Von 1991 bis 2003 stiegen die Ausgaben allein in Sachsen für beide Versorgungssysteme von rund 86 Millionen Euro auf rund 694 Millionen Euro, das heißt auf mehr als das Achtfache. Die neuen Länder insgesamt müssen bereits 25 Prozent der empfangenen Solidarpaktmittel für diese Sonderlasten aufwenden. Diese Mittel fehlen den neuen Ländern beim wichtigen Infrastrukturaufbau!

Hier hat der Bundeskanzler im Vermittlungsausschuß im Dezember 2003 zugesagt, die Erstattungen der ostdeutschen Länder für die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme ab 2005 zu begrenzen. Es wird vorgeschlagen, daß der Länderanteil auf 15 Prozent der jährlichen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) beschränkt wird. Im Gegenzug verpflichten sich die neuen Länder zu höheren Investitionsausgaben sowie dazu, die Hälfte der „frei" werdenden Mittel ihren Kommunen für dringend nötige Investitionen und zur Finanzierung des Programms „Stadtumbau Ost" zu geben.

Mit dem Programm „Stadtumbau Ost" hat sich der Bund eines besonders drängenden Problems Ostdeutschlands angenommen. Wegen der schrumpfenden Bevölkerung wird der Städtebau in Ostdeutschland voraussichtlich für einen längeren Zeitraum besondere Herausforderungen zu bewältigen haben. Der großflächige Abriß von Wohnungsbeständen zur Reduzierung der Überkapazitäten ist dabei nur ein erster Schritt. Parallel muß künftig der Rückbau der technischen Infrastrukturen (vor allem Wasser/Abwasser) unterstützt werden.

Ein wichtiges Werkzeug zur Begleitung des Stadtumbaus ist die Altschuldenhilfeverordnung des Bundes. Sie entlastet die Wohnungsunternehmen von staatlichen Schulden, die sie vor der Wiedervereinigung für Gebäude aufnehmen mußten, die sie jetzt abreißen. Bis zum 31. Dezember 2003 konnten Entschuldungsanträge gestellt werden. Nach Ablauf der Frist steht nun allerdings fest, daß die vom Bund für seinen Finanzierungsanteil bereitgestellten Mittel nicht ausreichen werden, um allen fristgemäß gestellten Anträgen, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, auch entsprechen zu können.

Die Förderung im Rahmen des „Stadtumbaus Ost" muß fortgeführt werden. Der Bund sollte eine einmal begonnene Politik konsequent zu Ende führen und die für den Vollzug der Altschuldenhilfeverordnung notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. **(Fortsetzung folgt)**



Georg Milbradt wurde am 23. Februar 1945 in Eslohe/Sauerland geboren, aufgewachsen ist er in Dortmund, wo die Familie, die aus Wongrowitz in der Nähe von Posen stammt, nach Kriegswirren und Flucht schließlich landete. 1964 machte er in Dortmund sein Abitur. Im selben Jahr begann er ein Studium der Fächer Volkswirtschaft, Jura und Mathematik an der Universität Münster, welches er 1968 mit dem Diplom als Volkswirt und der Note „sehr gut" abschloß. 1973 promovierte er zum Dr. rer. pol. „summa cum laude". 1980 erhielt er die Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaft. In den Jahren 1983 bis 1990 war er als Finanzdezernent der Stadt Münster tätig. Von November 1990 bis Februar 2001 war er sächsischer Staatsminister der Finanzen. 1973 wurde er Mitglied in der CDU, und 1991 wurde er in den Landesvorstand, im November 1999 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der sächsischen Christdemokraten gewählt. Im September 2001 wurde er dann Landesvorsitzender der Sachsen-CDU. Seit dem 18. April 2002 hat Georg Milbradt das Amt des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen inne. ■

»Ich kam mir wie verzaubert vor«

Esther Knorr-Anders zeichnet ein Lebensbild der Roman- und Reiseschriftstellerin Fanny Lewald aus Königsberg

Zwei Bildnisse Fanny Lewalds sind des längeren Ansehens wert. Das eine zeigt sie als junges, bildhübsches Mädchen, dunkelhaarig, wache Augen, die Haltung scheu, schutzbedürftig anmutend. Das andere Bild stellt die gealterte Frau vor Augen, schneeweiße Lockenpracht, Anflug eines spöttischen Lächelns, selbstbewußt die Pose: Fanny Lewald, anerkannte Schriftstellerin, unentwegte Verfechterin der Emanzipation der Frauen aus guten und anderen Häusern. Zwischen beiden Bildnissen liegt – wie sollte es anders sein – eine turbulente Lebensgeschichte.

Geboren wurde Fanny am 24. März 1811 in Königsberg/Pr. Sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits entstammte sie wohlhabenden, angesehenen jüdischen Familien. Ihr Vater David Markus, der nach dem Judenedikt von 1812, in dem Freizügigkeit den jüdischen Bürgern versprochen wurde, den Familiennamen Markus in Lewald umwandeln ließ, betrieb im alten Stadtviertel Kneiphof ein Bank- und Speditionsgeschäft. Schicksalsschläge blieben nicht aus. Nach dem verheerenden Stadtbrand anno 1811 mußte der Betrieb aufgegeben werden. Vater Lewald richtete einen florierenden Weinhandel ein. Das Zusammenleben von Christen und Juden in Königsberg war – wie überall – nicht gänzlich problemlos. Bezeichnenderweise gab es kaum Schwierigkeiten in der Intellektuellen-Schicht, im engeren Bekanntenkreis ohnehin nicht. Aber es gab noch die Straße und die Straßenkinder.

„Daß wir Juden waren, und daß es schlimm sei, ein Jude zu sein, darüber war ich aber mit fünf, sechs Jahren, noch ehe ich in die Schule gebrachte, vollkommen im Klaren. So hübsch wir in unseren seidenen Pelzchen auch angezogen waren, und so gut unsere stattliche Kinderfrau uns auch spazieren führte, so erlebten wir es doch manchmal, daß ganz zerlumpte, schmutzige Kinder uns im Tone des Schimpfens ‚Jud' nachriefen", schreibt Fanny Lewald in ihrer 1861/62 erstmals veröffentlichten Autobiographie „Meine Lebensgeschichte", der bleibende Bedeutung sicher ist.

In Königsberg besuchte Fanny die geschätzte Ulrichsche Privatschule. Sie war eine vorzügliche Schülerin. Während einer Prüfung sagte Konsistorialrat Gustav Friedrich Dinter zu ihr: „Nu! Dein Kopf hätt auch besser auf nem Jungen gesessen! Wenn du aber nur einmal eine brave Frau wirst, so ist's auch gut." Damit drückte Dinter ungewollt die ganze Zwiespältigkeit zeitgenössischer Mädchenerziehung aus. Wären begabte weibliche Kinder als Jungen geboren worden, dann hätte ihnen die Welt offengestanden, die Mädchen aber sollten nähen, häkeln, kochen lernen und möglichst schnell heiraten, um den Geldbeutel der Eltern zu entlasten. Mit 25 Jahren galten Frauen als alt, als „unverkäufliche Ware", wie Fanny Lewald es mit Bitternis ausdrückte.

In großbürgerlichen Kreisen, zu denen die Lewalds zählten, war es den Töchtern strikt verwehrt, einen Beruf zu ergreifen: „Gegen dieses Elend, das nicht wegzuleugnen ist, gibt es nur ein Mittel – die Emanzipation der Frauen zu Arbeit und Erwerb", bekundete Fanny. Sie wußte, wovon sie sprach. Auch sie litt im Elternhaus. David Lewald übte seine Vaterrolle in krasser Form autoritär aus. Zwar ermöglichte er seinen sechs Töchtern und zwei Söhnen beste Schulausbildung, doch sonst galt sein Wille und Wort, so auch in der Entscheidung der Religionszugehörigkeit: „Es bleibt wie ich gesagt habe. Wenn ich die Söhne Christen werden lasse, mache ich sie zu freien Herren über ihre Zukunft. Sie können jeden Beruf wählen, der ihnen ansteht, sie treten als Gleichberechtigte in das Staatsleben ein, können sich mit Jüdinnen oder Christinnen verheiraten, wie sie wollen; und glauben tut zuletzt jeder vernünftige Mensch, was ihn gut dünkt. Frauenzimmer aber, die weder ihren Beruf noch ihren Mann wählen können, bleiben am besten in den Verhältnissen, in denen sie geboren sind, und wenn die Neigung eines Christen einmal auf eine Jüdin fällt, so kann man dann überlegen was man tun will. Für mich und die Mutter paßt es mir nicht, uns taufen zu lassen." Fannys Wunsch aber war es gewesen, Christin zu werden. Zum ersten Mal entfremdete sie sich der Familie, das aber wollte der Vater nicht. Geraume Zeit später gab er ihr die Erlaubnis, ebenfalls zum Christentum überzutreten. Und so geschah es. Die erhoffte religiöse Heimat fand sie jedoch nicht. Sie mußte erkennen, daß jedwedes Dogma ihrer Psyche fremd blieb.

Problematisch gestaltete sich die Vater-Tochter-Beziehung, als Fanny zu schreiben begann. Vetter August Lewald, Herausgeber der Zeitschrift „Europa, Chronik der gebildeten Welt" hatte ihr Talent in Briefen, die sie ihm schrieb, entdeckt. Er bat sie, ihm einen Text über die Krönungsfeier Friedrich Wilhelms IV. in Königsberg zu liefern. Es war ihr erster Erfolg. Hierzu ein Intermezzo: Von ihrem Honorar kaufte sie von einer Königsberger Wursthändlerin eine frische, noch heiße und deshalb stark duftende Majoran-Leberwurst. Mit diesem stolzen Erwerb, der ihrer Familie bezeugen sollte, daß Fanny „reich" geworden war, näherte sie sich dem Pregel und der Krämerbrücke. Dort aber gab es streunende Hunde, die ganze Meute umjaulte sie, folgte ihr. Erst auf dem Steindamm gelang Fanny das Entkommen. Sie vergaß den Wurstkauf nie.

August Lewald riet dem Vater ernsthaft, der Tochter keine Hindernisse in den Weg zu bauen und ihr uneingeschränkt das Schreiben zu gestatten. Darauf ging der Vater ein, wohl auch in Anbetracht der Tatsache, daß Fanny mit den Honoraren dermaleinst für ihren Lebensunterhalt eigenständig aufkommen könne. Allerdings machte er den Vorbehalt, daß Fannys literarische Erzeugnisse anonym erscheinen müßten. Trotzdem notiert sie: „Ich kam mir wie in einem Märchen, wie verzaubert vor, denn es dünkte mir, als sei mir die Herrschaft über die Welt geschenkt, als brauchte sie nur den Zauberstab, die Feder in die Hand zu nehmen, um für mich und andere Welten, Menschen, Ereignisse und Schicksale aus dem Nichts hervorzuzaubern."

So kam es, daß Fanny mit den Erstlings-Romanen „Clementine" und „Jenny" zur viel gelesenen Schriftstellerin wurde – nur wußte niemand, wer die Schreiberin war. Wieder trat August Lewald auf den Plan und redete ihr zu, ihren Namen nicht länger zu verheimlichen. Der Vater gab sein Plazet. Fannys Weg in die noble Gesellschaft war frei. Die nunmehr 33jährige wurde zur blendenden Gestalt in Berlin und seiner illustren Kreise, wo Fanny – erneut mit Erlaubnis des Vaters – Wohnung bezogen hatte. Henriette Herz, Therese von Bacheracht, Karl August Varnhagen von Ense, Theodor Mundt und viele andere Geistesgrößen zählten zu ihren engen Freunden.

Den Vater hatte Fanny bereits auf Reisen durch Deutschland begleiten dürfen. Nun reist sie allein; ihr Weg führt sie auch nach Breslau. Dort wird sie Heinrich Simon wiedersehen, ihre langjährige, unvergessene Jugendliebe. Elf Jahre sind verstrichen, seit sie den Brief erhielt, in dem er ihr gestand, eine andere zu lieben; Freundschaft auf Lebenszeit bot er Fanny an. Sie vermerkte: „Und wie er sich mir zum Freunde angelobt, so habe auch ich ihm das gleiche Versprechen wiedergegeben, und auch ich habe mein Wort redlich gehalten, bis an sein Lebensende und darüber hinaus." Jetzt stehen sich in Breslau der berühmte Rechtsgelehrte und die berühmte Schriftstellerin gegenüber und erkennen, daß Freundschaft – über alle Liebe hinaus – Beständigkeit hat...



Fanny Lewald: *Die Schriftstellerin engagierte sich auch für die Rechte der Frauen.* Foto: Archiv

Anno 1855 heiratete Fanny mit 44 Jahren den Kulturhistoriker Adolf Stahr, den sie während einer Italienreise kennengelernt hatte. Das Ehepaar war reisefreudig. Frankreich, England, Schottland waren ihre Ziele. Nach dem Tod ihres Mannes 1876 lebte Fanny längere Zeit in Rom. Ihr letzter Roman „Die Familie Darner" schildert das Leben in Königsberg in den Jahren 1807 bis 1810. Dieses Werk wurde 1925 als „geschichtlicher Heimatroman" noch einmal neu verlegt und geriet – die Zeitläufte wollten es so – in das Maschenwerk der Kritik, die bei Fanny Lewald „kalten Rationalismus" und „jüdische Rhetorik" entdeckte.

Auf der Höhe ihres Ruhmes genoß Fanny Lewald durch ihre sozialpolitischen Schriften den Ruf, überzeugte Demokratin und Anwältin eines zukünftigen Frauenideals, nämlich der eigenverantwortlichen Frau, zu sein. Sie selbst äußerte dazu: „Manchem Mädchen, das jetzt unangefochten seinen Weg gehen kann, habe ich ihn mit nicht immer angenehmen Erfahrungen und manchem mich ermüdenden Axtschlag bahnen geholfen."

Einschlägiger Lexika ist zu entnehmen, daß Fanny Lewald am 5. August 1889 in Dresden starb. Weitere Quellen halten als Beerdigungsort Wiesbaden fest, wo sie häufig mit ihrem Mann zur Kur weilte. Beide sind auf dem „Alten Friedhof", einstigem Prominentenfriedhof an der Platter Straße, beigesetzt. Noch heute erhebt sich der schwarze, hohe Grabstein an der Mauer. Ringsum Schweigen.

In Nachrufen zu Fanny Lewalds Tod findet sich Julius Rodenbergs in der *Deutschen Rundschau* veröffentlichte, erstaunliche Feststellung, sie sei ein „hingebendes Weib und aufopfernde Gefährtin ihres Mannes gewesen"; Ludwig Geiger verstieg sich in „Gefühltes und Gedachtes" zu der Behauptung: „Sie fügte sich dem Mann, und erkannte durch Dienen seine Superiorität an." Fanny Lewald konnte sich nicht mehr äußern. ■



Die Realität zeigen

Sponsoren für Bilddokumentation über Ostpreußen gesucht

Seit über einem Jahrzehnt reist der Architekt Christian Papendick nach Ostpreußen, allein oder als Reiseführer einer Gruppe. Während dieser Besuche im nördlichen Ostpreußen entstanden unzählige Fotografien von meisterhafter Brillanz. Kirchen und Herrenhäuser, Gutshäuser, Burgen und Bauten bedeutender Architekten wie Hans Scharoun oder Erich Mendelsohn, und immer wieder die unverwechselbare Landschaft mit den Menschen, die heute dort leben, hat der Königsberger mit der Kamera festgehalten. Vieles ist verfallen, nur noch vage ist die einstige Schönheit zu erkennen wie etwa auf dem nebenstehenden Foto, das die Turmruine der Ordenskirche von Gr. Engelau zeigt. Heute befindet sich dort ein Panzerschießplatz ... „Ich zeige meine Heimat wie sie ist", so Christian Papendick in einem Gespräch mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. „Ich beschönige nichts, ich beweine nichts, ich dokumentiere die Realität. Das ist es, was ich für mein Land tun kann – die Menschen aufmerksam machen auf das Schicksal meiner Heimat." So plant Papendick nun nach seinem Buch über die Kurische Nehrung einen weiteren Bildband mit Fotos aus den Jahren 1992 bis 2004 unter dem Titel **„Der Norden Ostpreußens – Land zwischen Zerfall und Hoffnung"** herauszugeben.

Für dieses Vorhaben sucht nun der aus der Elchniederung stammende Alfred Berg, wie Papendick Architekt, Sponsoren, um den Druck dieser überaus wertvollen Bilddokumentation zu ermöglichen. Berg ist überzeugt: „Es ist Punkt zwölf, nicht mehr fünf Minuten vor zwölf. Wenn wir uns nicht engagieren, wer dann?" Wer mithelfen möchte, daß dieses notwendige Buch erscheinen kann, wende sich bitte direkt an Alfred Berg (Am Riesel 17 a, 29549 Bad Bevensen, Telefon 0 58 21/ 20 00 oder Fax 0 58 21/ 22 44). os

Vom Swieznik und Kaubuk in Masuren

Von Johannes Herrmann

Der Glaube an gute und böse Geister im Hause, im Viehstall, im Kornfeld, im Sumpf, Wasser und Brunnen, der Glaube an Menschen mit bösen und guten Augen und anderes mehr wird in Masuren wohl nicht weniger verbreitet gewesen sein als in anderen Landschaften, und darüber ist ja schon sehr viel gesagt und geschrieben worden. Auch die „smora", dieses undefinierbare Ungeheuer, das sich in der Nacht auf Leib und Brustkasten legte und den Schlafenden zu ersticken drohte, wenn er sich zu sehr befressen hatte, wird vielleicht nur unter anderem Namen (Mare) in anderen Landschaften bekannt und gefürchtet gewesen sein. Ob der „Swieznik" ein böser Geist war, der nur in Masuren sein Unwesen trieb, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls wurde er wirklich und „Wahrhaftigen Gott!" so oft gesehen, daß man mit Elmsfeuer und so nicht dagegen anzukommen vermochte.

Unser Dienstmädchen – so durfte man ja damals die Hausgehilfin nennen – war eines Nachmittags zum Einkauf nach Janow gegangen. Es wurde dunkel, und unsere Karline kam nicht zurück. Mein Vater ging mit mir auf die Suche, wir riefen nach ihr. Keine Antwort. Im Morgengrauen erschien sie dann mit wirrem Blick und zerzaustem Haar und konnte vorerst nichts sagen als immer wieder „Der Swieznik! – Der Swieznik!" Und als sie sich schließlich einigermaßen beruhigt hatte, erzählte sie, daß der Swieznik, gerade als sie am Wiesenrand vorbeiging, durch die Luft auf sie zugebraust kam und sie gerade noch Zeit hatte, sich in einer Heukepse zu verkriechen, und dann hätte sie ihn zischend und jaulend über sich gehört – wahrhaftigen Gott! Und als es dann anfing hell zu werden, da war er fort, und sie sei nach Hause gerannt! – Und dabei war unsere Karline eine robuste Marjell mit gesundem Nervenkostüm, und wenn sie „Wahrhaftigen Gott" sagte, dann war es ein heiliger Schwur, da war nichts daran zu rütteln!

„Kaubuk", dieser böse Geist, der es vor allem auf Kinder abgesehen hatte, hielt sich versteckt auf der Lucht zwischen altem Gerümpel auf. Ich habe ihn selbst als kleiner Junge einmal gesehen! Wie so oft kramte ich in dem mich sehr interessierenden Raritätenhaufen herum, als er plötzlich aus dem Wirrwarr heraushuschte und über die freie Bodenfläche tanzte. In panischem Schreck ergriff ich einen Bienenuntersatz und warf diesen, laut aufschreiend, auf den Kaubuk. Meine Mutter kam auch sofort die Treppe heraufgestürmt. Sie glaubte, es sei mir etwas passiert. Ich zeigte nur auf das Brett und grölte: „Unter dem Brett ist der Kaubuk!" Meine Mutter hob das Brett auf, und darunter lag eine Feder, die wahrscheinlich durch die Zugluft über den Boden geweht worden war. Sie zerknüllte die Feder in ihrer Hand, nahm mich auf den Arm, trug mich hinunter in die Küche und warf den „Kaubuk" in die Herdflamme. So, nun war der böse Kaubuk verbrannt, und ich brauchte ihn nicht mehr zu fürchten.

Aber der Kaubuk trieb auch im großen Roggenfeld sein Unwesen und nahm Kinder mit, die sich beim Kornblumenpflücken in das Kornfeld hineinwagten. Dann mußten sie dort elend verhungern, weil sie nimmer aus dem dichten Getreidefeld herausfanden. Wurde das Korn nach der Reife gemäht, so huschte der Kaubuk immer vor den Schnittern her. Bevor durch den letzten Schnitt die letzten Halme fielen, wickelte der Vorschnitter die Halmspitzen zu einen festen Knoten zusammen, damit der Kaubuk nicht entrinnen konnte. Dann fielen mit dem letzten Schnitt die letzten Halme – und der Kaubuk war tot.

Über Sitten und Bräuche in Masuren bei kirchlichen Feiern und Festen, bei familiären Ereignissen (Geburt, Taufe, Hochzeit, Sterbefall) ist ja schon viel und erschöpfend berichtet worden; die Frage: „Warum tut man dieses oder jenes?" wurde aber selten plausibel beantwortet. „Das tut man so!" – Aus! – Da starb 1911 die Frau des Bauern Nemak aus Lykusen, Kreis Neidenburg. Die Trauerfeier im Hause hielt traditionsgemäß wie in fast allen Dörfern der Ortslehrer. Vor dem linken Vorderrad des Bretterwagens, auf dem der Sarg zum Friedhof gefahren werden soll, steht eine irdene Schüssel mit Seifenwasser, mit dem die Verstorbene vor dem Einsargen gewaschen worden war. Der Sarg wird auf den Wagen gestellt, die Pferde ziehen an, und das Rad knirscht über die geborstene Schüssel hinweg. Auf meine leise Frage: „Warum ...?" die Antwort: „Das tut man so."

Über den Sinn von Erntebräuchen erhielt ich allerdings plausible Auskunft. Die aus den vollsten Ähren gewundene und mit bunten Blumen geschmückte Erntekrone wurde mit dem letzten Erntewagen von den Schnittern und Binderinnen in feierlicher Prozession singend auf den Bauernhof gebracht und nach rituellem Zwiegespräch zwischen dem Vorschnitter und dem Bauern im Rahmen der Eingangstür zum Wohnhaus an einen Haken gehängt. Jeder, der nun in das Haus oder aus diesem hinaus gehen wollte, war somit gezwungen, in gebeugter Haltung unter der Erntekrone durchzugehen. „Beuge dich vor dem Segen Gottes, der dir eine reiche Ernte geschenkt hat!" Nach dem Erntefest wurde dann die Erntekrone in der „Guten Stube" aufgehängt und blieb dort, bis der Getreidedrusch begann. Dann wurde die Erntekrone auf der Mitte der Tenne zuerst ausgedroschen und ihr Korn in einem besonderen Säckchen bis zur neuen Aussaat aufbewahrt und mit den ersten Würfen vom Bauern ausgesät. Wenn nun auch das Saatgut gewechselt wurde: Immer wurde dem Bauern etwas altes Saatgut anvertraut, das auf diesem Boden gewachsen war und geerntet wurde. „So lange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte!"

Wenn die Zeremonie der Übergabe der Erntekrone an den Bauern beendet und alle Sprüche hergesagt waren, wenn auch der Choral „Nun danket alle Gott" verklungen war, dann ging erst der richtige „Plon" los! Man hat vergeblich nach der Deutung dieses Wortes gesucht; ich meine, es könnte vielleicht von dem Wort „polach", begießen, abgeleitet sein. Denn schließlich war dieses ja der Höhepunkt des ganzen Erntefestes! Es war mehr als ein lustiges Schauspiel, wenn Burschen und Mädel sich gegenseitig ganze Eimer voll Wasser über die Köpfe gossen! Die Marjellen quietschten und hielten sich quasi die Hände schützend über den Kopf; aber sie hatten es mit dem Fortlaufen durchaus nicht sehr eilig, besonders die heiratsfähigen und heiratslustigen! Wer wenig Wasser abbekam, hatte wenig Aussicht, vor der nächsten Ernte zu heiraten! Und wenn man sich auch jung verheiratete und sich kinderlose Männer und Frauen bei diesem gegenseitigen Begießen eifrigst beteiligten, so lassen sich ihre Gedanken und Hoffnungen dabei leicht deuten: Der Acker braucht Wasser, braucht Regen, wenn er Frucht tragen soll. Beim ersten Regen im Mai gingen Eltern und Kinder nach draußen, um sich tüchtig beregnen zu lassen; denn „Mairegen ist Gottessegen! Maienregen gibt Lebenskraft!" (Frieda Jung).

Nun war ja das Heiraten, namentlich bei den Bauern, nicht immer eigene Angelegenheit der jungen Menschen, die einander mochten. Die beiderseitigen Eltern hatten vielmehr in den meisten Fällen das erste und letzte Wort. Sie bedienten sich in der Regel eines Mittelsmannes, der sein Gewerbe sehr gut verstand, die wirtschaftlichen Vorbedingungen geschickt erforschte und ein ebenso ganz „zufälliges" Treffen der Elternpaare inszenierte. Hierzu bot sich immer eine gute Gelegenheit an Markttagen. Der Herbstmarkt in Willenburg wurde bei uns in Roggen einfach „Hochzeitsmarkt" genannt, bei dem die Eltern ganz unter sich die wirtschaftlichen Verhältnisse besprachen und die Mitgift abmachten. Dann durften – wieder so ganz zufällig – die Zusammengefreiten hinzukommen und, wenn soweit alles glatt ging, wurde der „Bekuck" der Höfe vereinbart.

Aber manchmal ging eben nicht alles glatt, auch wenn die jungen Leutchen sich vorher schon kannten und auch gerne mochten. Gegenseitige Zuneigung oder Liebe – nun ja, das waren wohl angenehme Zutaten; ausschlaggebend waren aber, namentlich bei den Bauern, die wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht zuletzt aber die strotzende Gesundheit der Erkorenen, die eine Gewähr dafür bot, daß sie dem Hof viele gesunde Kinder schenkte. So gesehen, fand man es deswegen in der Ordnung, daß die Verlobte schon vor der Hochzeit mit ihrem Zukünftigen zusammenlebte und der Termin der Hochzeit erst dann festgelegt wurde, wenn begründete Aussicht auf Nachkommenschaft bestand (Nattatsch, Kreis Neidenburg).

Nur am Rande sei erwähnt, daß ich als Standesbeamter in Kurken unzählige Geburten und sehr viele Eheschließungen registriert habe, in dieser Zeit aber (1917 bis 1925) keine Ehescheidung vorgekommen ist. ■

In Auszügen entnommen Band 25 der Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung „Die Masuren. Aus ihrer Welt, von ihrem Schicksal in Geschichte und Geschichten" von Alfred Cammann, N.G. Elwert Verlag, Marburg, 275 Seiten, gebunden, 34 Euro



Schönes Masuren: *Partie am Juno-See im Kreis Sensburg* Foto: Erwin Goerke

Ein Kindersommer

Von Christel Bethke

Kind, Kind, was soll aus dir bloß werden", schüttelt die Mutter bedenklich den Kopf, als sie ihre Tochter auf dem Apfelbaum entdeckt hat, wo diese natürlich wieder liest. Dabei hatte das Mädchen gedacht, es sei unsichtbar wie der Kalif, der sich mit seinem Vertrauten unter sein Volk mischt, um zu hören, was über ihn gedacht wird. Was über das Kind gedacht wird, hört es jeden Tag. Pech gehabt, nun muß es herunter von seiner Zuflucht und es versteckt das Buch schnell unter der Schürze.

Es war noch gar nicht so lange her, daß es die Welt der Bücher entdeckt hatte, seitdem war es wie besessen davon. Das sollte sich halten, sehr zum Leidwesen der Familie. Welche Vorstellungen hatte die Mutter – oder überhaupt die Familie – von der Zukunft des Kindes? Es blieb eine Träumerin. Zu nichts zu gebrauchen, und es wollte einfach nicht begreifen, worum es ging im Leben. Ja, worum ging es denn? Man hätte das Kind ja aufklären können. Doch vielleicht reichten die eigenen Worte dafür nicht aus? Man bestellte seine Felder, seine Gärten, hütete seine Tiere und vermehrte sie auf natürliche Art und Weise ohne Erklärung für das heranwachsende Kind. „Frag nicht soviel", wurde abgewehrt, wenn das Kind drängte.

„Du mußt nicht alles glauben, was man dir erzählt", war auch solch eine Weisheit der Erwachsenen, die nicht gerade ermutigend wirkte. Was denn nun – war die Erde wirklich rund und wenn ja, wie verhielt es sich mit dem vielen Wasser in den großen Ozeanen, von denen es gelesen hatte – auf einer Kugel? Oder war die Erde doch nur eine Scheibe und man ging und ging von Horizont zu Horizont ohne Ende? Also doch rund?

Gerade war elektrisches Licht in die Häuser gelegt worden und Onkel Erich besaß sogar ein Telefon! Wunder über Wunder geschahen. Wenn man das Ohr an einen Telefonmast legte, konnte man Stimmen vernehmen, oder war es nur das große Summen des Sommers, der brütend über dem Land lag? Die Nesselvorhänge vor den Fenstern halfen nur wenig gegen die Hitze. Das Feuer im Küchenherd mußte so niedrig wie möglich gehalten werden, mußte aber weiter brennen, weil ja gekocht werden mußte. Der Fliegenfänger hing schwarz von der Decke und das Geräusch der sterbenden Fliegen erfüllte die Küche.

Tiere hüten, das Liegen im Kraut, den Himmel andenken, den ziehenden Wolken nachsehen. Wohin die zu hütenden Tiere zogen, vergaß die Träumerin ...

Der Gang zum See, zur Badeanstalt. Aber erst Brot ins Netz und Limonade aus Brausepulver, mit Wasser aufgegossen. Welch eine Farbe, dieses Grün, dieser Waldmeistergeschmack, den das Kind eigentlich gar nicht so gut fand. Aber die Farbe hatte es ihm angetan. Brot und Schmalz waren naturbelassen und fetteten ohne Plastikfolie durch das Papier. Welch eine Kombination: Schmalzbrot und Waldmeisterbrause! Dieses Prickeln im Mund. Vorfreude kommt auf dem langen Weg zur Badeanstalt auf, vorbei an Lojewskis Herrenhaus direkt über dem See. Sollte das womöglich aus einem werden, Herrin in solch einem Schloß? Nicht übel, dann hätte man Personal und viel Zeit zum Lesen. Ob man heute Kantor Brehm wieder zu sehen bekam, wie er auf dem Rücken liegend im Wasser die Zeitung liest? Sein dicker Bauch würde ihn tragen, erzählten die größeren Kinder. Ob das stimmt? – Gedankengänge einer alten Frau, der immer noch der brütende, summende Sommer im Sinn ist und die Frage „Kind, was soll aus dir bloß werden?"

Ob Kantor Brehm die Zeitung auf dem Rücken liegend im See las?

Was ist denn nun aus dem Kind geworden? Nicht viel. Kein Haus gebaut, keinen Baum gepflanzt, in den sich Kinder vor der Welt flüchten können. Nichts davon. Wäre „mehr" aus dem Kind geworden ohne Krieg und ohne Flucht? Wer will das beurteilen. Die Zweifler sind schon lange tot und viel hat sich verändert. Ist es nicht genug, wenn der Sommer immer noch groß ist und seine Erinnerungen mit sich bringt? Auch das gibt es noch: auf dem Rücken liegend im nahen See den Wolken nachsehen, die wohin ziehen? Kind, du mußt nicht soviel fragen ... ■

Zu neuen Ufern

Zur Kulturgeschichte des Reisens

Für nur kurze Zeit war das größte Kreuzfahrtschiff der Welt zu Gast in Hamburg. Doch die Herzen aller Fernwehsüchtigen schlugen höher. Luxus pur hatte dieses 345 Meter lange und 72 Meter hohe Schiff der Superlative seinen 2.600 Passagieren zu bieten. Die Reiselust der Menschen, diese „schönste und unschuldigste aller Leidenschaften" (Moritz Hartmann 1851), ist nahezu ungebrochen – trotz Terror und Teuro. Immer noch zieht es sie in die Ferne, sei es um neue Abenteuer zu suchen, sei es um Ruhe zu finden vor dem Alltag. Nicht immer reisen



Menschen nur zum Vergnügen. Studienreisen, Geschäfts- und Dienstreisen, Fahrten zu Veranstaltungen oder Familienfeiern veranlassen Mann und Frau mit Kind und Kegel die eigenen vier Wände zu verlassen.

Reisen um des Reisens willen gibt es heute kaum noch. Überhaupt: wer hat die Zeit, wie einst Goethe oder Herder, Johanna Schopenhauer oder Johann Friedrich Reichardt für Monate oder Jahre auf Bildungsreise zu gehen? Ganz zu schweigen von den großen Forschern und Entdeckern wie Kolumbus, Marco Polo oder Johann und Reinhold Forster, die mit James Cook um die Welt segelten.

Der Autor Winfried Löschburg ist in seinem 1997 im Verlag Kiepenheuer in Leipzig herausgekommenen Buch **Kleine Kulturgeschichte des Reisens** (192 Seiten mit 92 zum Teil farbigen Abbildungen, gebunden, jetzt bei Komet Verlag GmbH, Köln, zum Sonderpreis von 9,95 Euro) der Entwicklung des Reisens in den Jahrtausenden nachgegangen. In lebendiger Sprache erzählt er von Griechen und Römern, von Pilgern und Missionaren, von Entdeckern und Händlern, die die Welt veränderten, indem sie von dem Gesehenen berichteten und ihre Mitmenschen neugierig machten auf das, was sich hinter dem eigenen Kirchturm verbarg. Ob zu Fuß, zu Pferd, Kutsche, Eisenbahn, Dampfschiff oder Flugzeug – Reisen ist damals wie heute ein kleines (oder großes) Abenteuer. Davon kündet nicht zuletzt auch der Wunsch „Gute Reise", den man dem Abschiednehmenden mit auf den Weg gibt. Möge er heil an- und auch wieder heimkommen. **SiS**

Von nun an

Von Christel Poepke

Von nun an
will ich die Schiffe besteigen,
denen ich bisher
nur nachgewinkt habe,
will Morgen,
Mittag
und Abend
in getrennten Taschen
nach Hause tragen
und
keine Stunde mehr dulden,
die so lang ist,
wie von vorne bis hinten,
denn von nun an
weiß ich,
wieviel ich zu verlieren habe.

Von der Stimme verzaubert

Unvergessene Alexandra: Noch immer sind die Umstände ihres Todes nicht endgültig geklärt

Noch heute sind ihre oft traurigen und sehnsuchtsvollen Lieder und Chansons vielen Menschen gegenwärtig, immer wieder spielen Radiosender ihren zeitlosen Hit „Mein Freund der Baum". Jeder kennt den „Zigeunerjungen" und „Sehnsucht. Das Lied der Taiga". Das melancholische Timbre ihrer Stimme weckt bei ihren Zuhörern verborgene Gefühle. Ihre Texte sind zeitlos, selbst in der heutigen schnellebigen Zeit haben Chansons wie „Was ist das Ziel", „Illusionen" oder „Weißt du noch" einen aktuellen, tieferen Sinn. Am 31. Juli jährt sich zum 35. Mal der Todestag der bei einem Autounfall im schleswig-holsteinischen Tellingstedt verunglückten Schlagersängerin Alexandra.

Alexandra kam am 19. Mai 1942 im memelländischen Heydekrug als Doris Treitz zur Welt. 1944 mußte die Familie aus Ostpreußen fliehen und fand schließlich in Kiel ihren neuen Wohnsitz. Schon als Kind stellte Alexandra ihr musisches Talent unter Beweis, indem sie erfolgreich an Schultheater- und Musikaufführungen teilnahm. Sie war sehr eigenwillig; zielstrebig nutzte sie ihre vielseitigen Talente. Nach der Schulzeit nahm sie eine Ausbildung als Graphikerin auf, die sie aber bald für ein Gesangs- und Schauspielstudium wieder aufgab. Von ihrem ersten selbstverdienten Geld kaufte sie sich eine Gitarre. Dies sollte der Beginn einer großen Karriere sein.

Alexandra tingelte durch Bars und Kneipen, trug eigene Kompositionen und russische Folklore vor, heiratete den 30 Jahre älteren Exil-Russen Nikolaj Nefedov, brachte ihren Sohn Sascha zur Welt, bereiste Amerika und Andalusien, ließ sich nach zwei Jahren Ehe wieder scheiden, um ihren eigenen Weg zu gehen. Der führte sie in das Showgeschäft. Der Hamburger Plattenproduzent Fred Weyrich entdeckte sie schließlich und es begann ein kurze, kometenhafte Karriere. Der Produzent war so begeistert von ihr, daß er gleich eine LP aufnahm, eine absolute Ausnahme zur damaligen Zeit! Im Tonstudio wurden selbstkomponierte und getextete Lieder aufgenommen, die Alexandra selbstbewußt und sicher nur mit der Begleitung ihrer Gitarre vortrug. Diese Lieder wurden Jahre nach ihrem Tod musikalisch unterlegt und veröffentlicht. Lieder wie „Wild ist das Land" und „Es war einmal ein Fischer" weisen in die Richtung, die Alexandra vorhatte einzuschlagen: Sie wollte einmal eine große Chansonsängerin werden mit anspruchsvollen Liedertexten.



Alexandra im Internet: *Große Fangemeinde auch nach dem Tod* Foto: Internet

Doch dazu kam es nicht mehr. Der Unfall auf der B 203 bei Tellingstedt riß sie jäh aus ihrem Leben. Laut Unfallbericht der Polizei soll sie mehrere Halteschilder mißachtet haben und ungebremst auf die Kreuzung in einen Lkw gerast sein. Dennoch gibt es bis heute viele Rätsel um ihren Tod. Alexandra schloß vor ihrer Urlaubsfahrt eine weitere Lebensversicherung ab, machte ihr Testament, fühlte sich bedroht, war mißtrauisch, ängstlich und nervös. Vor dem Unfall hatte sie mit ihrem Auto eine Tankstelle aufgesucht, weil es Probleme mit der Technik gab. Als vor fünf Jahren der Biograph und Regisseur Marc Boettcher die Biographie Alexandras schrieb und die Vorbereitungen für den Film „Alexandra – die Legende einer Sängerin" plante, erhielten er und sein Filmteam Morddrohungen. Die Polizei hat diese mysteriösen Umstände nie aufgeklärt.

Die Fangemeinde hält die Erinnerung an Alexandra mit Treffen am Unfallort und an ihrem Grab auf dem Münchener Westfriedhof wach, in diesem Jahr erstmals mit anschließender Abend-Veranstaltung. Im Februar 2003 wurde der „Alexandra-Freunde Verein e.V." gegründet, der auch von Alexandras Sohn Alexander Nefedov unterstützt wird. Unter den Mitgliedern sind auch einige Fotografen, Bekannte und Freunde, Menschen, die Alexandra noch persönlich gekannt haben. Wer Interesse am Verein hat, kann sich im Internet unter www.alexandra-welt.de oder bei Jochen Behrendt (Kirchheimbolander Straße 20, 67294 Orbis) informieren, der als Schriftführer des Vereins für die Gestaltung der Internetseite verantwortlich ist.

Auf der liebevoll gestalteten Internetseite werden alle verfügbaren Informationen über die Sängerin einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Neben einer Fülle von Bildern, unter anderem aus dem Privatbesitz des Sohnes, erfährt man biographische Details aus dem Leben Alexandras, hat die Möglichkeit, Verbindung zu anderen Vereinsmitgliedern aufzunehmen, auch bietet der Verein eine Tauschbörse an.

Von Marc Boettchers Biographie ist inzwischen eine limitierte Neuauflage mit CD erschienen (Parthas Verlag, Berlin, 220 Seiten, 70 sw Abb., gebunden, 28 Euro). Darüber hinaus ist für den Herbst dieses Jahres die Veröffentlichung von Film- und Interviewmaterial, basierend auf der Dokumentation von Marc Boettcher, geplant.

Manuela Rosenthal-Kappi

Die ganze Familie hilft mit

Mit ihren Bildern unterstützt Ursel Dörr notleidende Menschen im Königsberger Gebiet

Goldgelbe Löwenzahnwiesen, schattige Chausseen unter blütenweißen Wolkenschiffen am tiefblauen Himmel oder knorrige Baumseelen an verschilften Seen sind Markenzeichen der Malerin Ursel Dörr. Sie wurde am 17. März 1944 im ostpreußischen Osterode geboren. Neun Monate war sie alt, als die Familie mit einem der letzten Züge fliehen konnte. „Obwohl ich in Bad Homburg zu Hause bin und mich im Taunus sehr wohl fühle, war das starke Bedürfnis da, nach meinen Wurzeln zu suchen", so die vielseitige Künstlerin. 42 Jahre nach der Flucht besuchte sie Rapatten, einen idyllischen kleinen Ort in Masuren. „Ich empfand sofort den Wunsch, meine Eindrücke in Bilder umzusetzen", sagt sie. Was sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht wußte – Rapatten war der Geburtsort ihres Großvaters. „Er hat mir den Malerpinsel in die Hand gegeben", ist sie heute fest überzeugt.

Ihre Ausbildung begann zunächst mit Einzelunterricht bei Hildegard Zeidler (Steinbach/Taunus). Es folgten Gruppenseminare bei Prof. Ursprung (Städel-Galerie, Frankfurt), Boris Keller und Ann Limnos Margetisch (beide Wien), Heinrich Demel (Friedrichsdorf) und anderen. Studienaufenthalte führten nach Rußland, Litauen, Polen, Österreich. Einzelausstellungen im In- und Ausland folgten. Buchumschläge wurden nach Motiven ihrer Bilder erstellt, unter anderem für die 12. Auflage des Romans „Die Mücke im Bernstein". Ursel Dörr ist Gründungsmitglied der „Künstler-Kolonie Hochtaunus" mit Sitz in Friedrichsdorf-Köppern, einem Regional-Stammtisch des Steinbach-Ensembles Baden-Baden.

Seit mehr als zehn Jahren nun findet stets im August die „Ausstellung im Garten" statt. Dazu öffnet die Familie Dörr ihren privaten Garten in der Saalburgstraße und schafft eine ganz besondere Ausstellungsatmosphäre. Die Bilder, fast allesamt Ostpreußen-Kompositionen, drängen sich nicht auf, sondern fügen sich in die Harmonie der Natur ein, hängen an Bäumen und in Nischen, an Holzstapeln und im großen Kräuterbeet.



Kunst hilft Kindern: *Auf der 11. Ausstellung im Garten (7. / 8. August, 11–19 Uhr, Saalburgstraße 95, 61350 Bad Homburg) zeigt Ursel Dörr eine Auswahl ihrer neuen Bilder. Der Erlös geht an Straßenkinder im Königsberger Gebiet.*

Foto: Wösner-Rafael

Tochter Diana begleitete die Mutter vor zehn Jahren zum ersten Mal nach Ostpreußen, um „mal neugierig alles anzusehen". Das Schicksal der notleidenden Bevölkerung veranlaßte sie, eine private Hilfsinitiative zu gründen. 1994 wurde das „Über alle Grenzen Hilfswerk e. V." gegründet, in dem die gesamte Familie mithilft. Im Laufe von rund zehn Jahren sind über 30 Transporte mit jeweils bis zu 36 Tonnen Hilfsgütern wie Gartengeräte und Gemüsesamen, Möbel und Baumaterialien, Lebensmittel und Kleidung nach Ostpreußen geschickt worden. „Haus und Garten sahen vor jedem Transport aus wie ein Warenlager, es blieben nur noch schmale Durchgänge für die Familie", schmunzelt Ursel Dörr heute über das Engagement der Tochter.

Die Hilfe aus dem Taunus unterstützte rußlanddeutsche Neusiedler aus Kasachstan, Sibirien, Usbekistan im Königsberger Gebiet, bedürftige russische Familien und Rentner, Straßenkinder und Schulspeisung sowie Kinderheime, Krankenhäuser und Altenheime. Verschiedene Nähstuben erhielten ebenfalls Hilfe zur Selbsthilfe. Die dort gefertigten Handarbeiten wurden ebenfalls regelmäßig während der Gartenausstellung in Bad Homburg verkauft. Mit einem Teil der Verkaufserlöse ihrer Bilder unterstützt Ursel Dörr die humanitäre Initiative von Tochter Diana. „Aus Dankbarkeit, die schwere Zeit als Flüchtlingskind so gut überstanden zu haben", sagt sie.

Christel Wösner-Rafael



Keineswegs zum Lachen: *Die freundschaftliche Haltung Schröders gegenüber dem russischen Präsidenten ist an sich etwas Positives, wenn man an die vielen Jahren des Krieges zwischen den Ländern denkt. Doch eine echte Freundschaft muß auch gegenseitige Kritik mit einschließen.*

Schröders Verhalten geht uns an

Betr.: „Putins ‚russisches Roulett'" (Folge 29)

Natürlich wäre es mir lieber, wenn Putin ein russischer Präsident wäre, der sich um demokratisches Verhalten bemühen würde und auch selbst auf dem Wege zu einem Demokraten wäre. Daß das nicht so ist, hören und lesen wir, aber es berührt uns erst zweitrangig. Uns geht aber der deutsche Kanzler etwas an, der die Türkei in die EU holen will, der in der Normandie einen großen Bogen um den größten deutschen Soldatenfriedhof geschlagen und in seiner Rede die Soldaten der Waffen-SS in ihrer Gesamtheit verleumdet hat, und auch der, der sich Putins Freund nennt und ihm alles nachsieht, was ihm kein Demokrat nachsehen darf. Das bestürzt mich und das geht mich etwas an.

Benjamin Andrä, Berlin

Junge Deutsche werden Minderheit

Betr.: „Die Saat einer falschen Politik" (Folge 25)

Die Saat ist aufgegangen, und ihre Halme werden weiter wachsen. Noch in diesem Jahrzehnt sollen in einigen deutschen Großstädten die jungen Deutschen in die Minderheit geraten. Vor allem die Hauptstadt Berlin steht vor diesem Schicksal. Besonders von den Türken werden es immer mehr. Auch wenn man mit vielen netten Türken zu tun hat, bleiben sie doch letztendlich für sich und sind schon ob ihres Glaubens nur beschränkt integrationsfähig.

Der Islam steht nicht mehr vor unserer Tür, er hat bereits Einlaß gefunden, seine Moscheen wachsen in den Himmel. Wer auch immer Berlin regiert hat, hat die Gefahr nicht gesehen, nicht sehen wollen oder sogar die deutsche Bevölkerung im Multikulti untergehen sehen wollen.

Die vielen schlecht oder gar nicht ausgebildeten Jugendlichen bilden den Nährboden für Islamisten und andere Radikale. Sie gefährden unser aller Sicherheit. Ich vermag nicht zu erkennen, daß die deutsche Politik das ändert.

Berthold Ganitz, Berlin

Auch Königsberg gehört zu Europa

Betr. „Mit dem ZDF nach Königsberg" (Folge 21)

Den Artikel des Herrn Papendick habe ich gelesen und mir auch die halbstündige Sendung des ZDF angesehen.

Gut, es gibt wieder eine Bahnverbindung von Berlin nach Königsberg und man bekommt „Kaviar inklusive", wenn man in der 1. Klasse fährt. Und die schönen Frauen gibt es überall. Übrigens soll es die schönsten russischen Mädchen in Königsberg geben. Ist ja auch nicht verwunderlich, denn die Präsidentengattin Ludmilla Putina stammt auch aus dieser Stadt.

Trotzdem möchte ich bei allen positiven Dingen anmerken, daß es nach wie vor einige Hindernisse gibt, die eine spontane Reise nach Königsberg fast ausschließen: Man braucht ein Visum, welches man sich über eine Reisefirma beschaffen kann. Vier bis acht Wochen vorher muß man sich unbedingt schon darum kümmern. Und wenn man ein solches Visum hat, dann darf man aber auch keinesfalls krank werden. Bei Verfall des Papiers ist auch das Geld weg.

Die Fahrten mit Bus und Bahn dauern noch erheblich zu lange, wobei man sich im Zug eher die Füße vertreten kann, was im Bus schlecht möglich ist.

Straßenbahnfahrten in Königsberg sind jedenfalls nicht umsonst. Im August 2001 zahlte ich dafür drei Rubel, Ende September vorigen Jahres waren es schon ganze sieben Rubel. Nun, für uns ist das kein Geld bei einem damaligen Umtauschkurs von 1 Euro zu 33 Rubel.

Und in der Stadt und besonders auf dem Land gibt es erhebliche Armut. Man sieht diese nicht immer sofort, aber man sehe sich einfach mal in den Treppenhäusern und Wohnungen um. Wie primitiv da alles ist, wird man sofort feststellen. Das geht zum Beispiel so weit, daß die Leute in meinem früheren Elternhaus im Kreis Wehlau praktisch nicht heizen können, weil der Schornstein völlig versottet ist. Ich sagte meiner Dolmetscherin: Am besten abreißen. Sie darauf zu mir: In Deutschland ja, in Rußland nicht.

Erfreulich stellt man im Königsberger Gebiet fest, daß es dort mehr Kinder als hier in Deutschland zu geben scheint. Trotz aller Armut schrecken die Russen nicht davor zurück, sich Kinder zuzulegen. Es sind eben andere Wertmaßstäbe, die dort gelten.

Feststellung: Man sollte ab und zu auch ins Königsberger Gebiet reisen. Reisen bildet und auch Königsberg gehört zu Europa.

Siegfried Schneider, Gallun

Ein Gottesbezug würde in den Schmutz gezogen

Betr.: „Gottlos in die Zukunft" (Folge 26)

Nun ist er heraus – und das kurz nach Wahlen mit verdientermaßen beschämend niedriger Beteiligung: der Entwurf für eine „Verfassung" der EU. Von kaum mehr als 100 Nichtgewählten formuliert, fällt er bereits im Festlegen demokratischer Strukturen weit hinter unser provisorisches Grundgesetz zurück – es ist offenbar statt eines Grundlagenabkommens der Bürger ein durch juristische Paragrapheninflation vernebelter Staatsstreich von oben: Auf mehreren 100 Seiten ist nicht mehr die Rede von der Unantastbarkeit der Menschenwürde oder Gewaltenteilung und Gewaltenkontrolle. Statt dessen „... arbeiten die Organe (der EU) loyal zusammen" (Teil I, Art. 18). Das tut jeder Mafia-Clan auch. Berlusconi-Verhältnisse lassen grüßen!

Eine Aufrüstungsverpflichtung zur Teilnahme an weltweit unbegrenzten Militäreinsätzen (selbst präventiver Natur) bei Entzug der Parlamentsentscheidung dazu ist ebenso enthalten wie die Hinneinnahme eines unüberschaubaren Wusts alter Verträge wie zum Beispiel des Euratom-Vertrags von 1957, der die Entwicklung einer mächtigen Kernkraftindustrie vorschreibt (welche Experten zufolge immer auch militärischen Zwecken dient und unvorstellbar schädliche, Krebs und Erbschäden auslösende Stoffe mit einer Halbwertzeit von bis zu 26.000 Jahren erzeugt).

Als Christ bin ich heilfroh, daß in dem vorliegenden „Entwurf von oben" ein Gottesbezug noch nicht vorkommt, der würde ja durch den weiteren Inhalt direkt in den Schmutz gezogen! Aus Wort und Tat von Jesus Christus geht für mich jedenfalls eindeutig hervor, daß das Manipulieren von Menschen zu deren Nachteil und zum eigenen Vorteil für Gott abstoßend ist. Daher sind die wirklichen Christen unter den Abgeordneten der Parteien Europas wohl kaum verpflichtet, diesen Entwurf anzuerkennen. Selbst wenn sie allein kein Veto erreichen, sollte ihr Einfluß groß genug sein, abgesehen vom fehlenden Gottesbezug einer breiten Diskussion auch über die übrigen Mängel zum Durchbruch zu verhelfen und dadurch zu deren Beseitigung entscheidend beizutragen.

Dr. Holger Tubbesing, Kassel

Trotz gefüllter Verpflegungsdepots verhungert

Betr.: „Rheinwiesen? Alles Legende" (Folge 24)

Den GI's wurde also, bevor sie auf die Deutschen losgelassen wurden, eingeprägt, „nett zu den Deutschen zu sein". Diese Art amerikanischer Nettigkeit widerlegt Heinz Heidt, der das Ende des Krieges in diesen Rheinlagern erlebte, mit seinem „Tagebuch einer Kriegsgefangenschaft – 418 Tage im Gewahrsam der US-Army".

Heidt ist allerdings Deutscher, und so dürfte Kellerhoff seine Erlebnisse nicht akzeptieren. Doch auch ein Kanadier, James Bacque, weist mit seinem Buch „Der geplante Tod – Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946", aufgrund gründlicher Recherchen nach, daß nahezu 1.000.000 Deutsche in den Gefangenenlagern der Amerikaner und Franzosen umgekommen sind, und das bei prallgefüllten Verpflegungsdepots! Aber nicht nur die Zahl der Opfer, sondern die Tatsache, daß unter anderem eine gezielte, von General Eisenhower zu verantwortende Politik Schuld an den vielen Todesfällen in Millionenhöhe war, war erschütternd. So der Kanadier James Bacque.

Friedrich Kurreck, Offenbach am Main

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Eine unabhängige Untersuchung

Betr.: Leserbrief „Das Spiel mit den Opferzahlen" (Folge 28)

Das Thema des Leserbriefes „Das Spiel mit den Opferzahlen" halte ich für ein sehr wichtiges. Nachdem, was ich in Zeitungen und Zeitschriften gelesen habe, schwankt die Zahl der im Zweiten Weltkrieg in den KZs umgebrachten Menschen zwischen 2,5 und sechs Millionen. Es müßte doch möglich sein zu ermitteln, ob die Zahl 2,5 oder sechs Millionen wahrscheinlicher ist. Die Deutschen sollten sich das Spiel mit den Opferzahlen nicht länger gefallen lassen und eine unabhängige Untersuchung verlangen. So eine Untersuchung hatte schon der Bundestag Ende der 50er Jahre beschlossen. Sie wurde aber nicht durchgeführt.

Gerhard Wagner, Ratingen



Smarter Gentleman? *Ronald Reagan faszinierte die Menschen nicht nur als Hollywood-schauspieler, sondern auch als US-Präsident. Doch weckte der unlängst Verstorbene keineswegs nur positive Gefühle. Seine politische Arbeit ist durchaus auch zu kritisieren. So stürzte er sein Land in hohe Schulden und sein harter Kurs gegenüber der UdSSR war vielen zu drastisch.*

Fotos (2): Archiv

Klaus von Dohnanyi bricht Tabus

Betr.: „Zivilcourage contra political correctness" (Folge 21)

Über den Nationalsozialismus offen und unbefangen zu sprechen, ist seit 1945 kaum möglich, abgewogene, differenzierende Töne sind selten zu vernehmen. Eine Vielfalt von Aspekten kann beleuchtet werden, ohne sich in einseitigen Schuldzuweisungen zu verlieren. Klaus von Dohnanyi bricht zugleich eine ganze Menge Tabus einfach dadurch, daß er Fakten nennt und Zitate sprechen läßt, die heute immer noch verschwiegen werden.

Manches in der Zeit des Nationalsozialismus ist atemberaubend, ohne daß man dabei an den Holocaust denkt. Die wissenschaftliche und nicht einseitige Auswertung verschiedener nationaler und internationaler Bücher und Dokumente ist ein wichtiges Fundstück zu einem faszinierenden Gesamtbild von lexikalischer Qualität.

Herr von Dohnanyis Dokumentation will offener Meinungsfreiheit und Zivilcourage in bezug auf den Nationalsozialismus den Vorrang geben, aber gleichzeitig spricht er von der Schwere der historischen Schuld der Deutschen. Vielen der aufgeführten Fakten ist zuzustimmen, doch eine gewisse Anzahl bedarf des Widerspruchs.

Helmut Kobialka, Flensburg

Ronald Reagan war ein Glücksfall für Deutschland

Betr.: Leserbrief „Alles nur schöne Fassade" (Folge 28)

Die abfälligen Äußerungen im Leserbrief über Präsident Reagan und den *PAZ*-Artikel in Folge 28 dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Mag man zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten stehen wie man will: Sie ist weitgehend das Verdienst des einstigen US-Präsidenten Ronald Reagan.

Die in den Medien allgemein verbreitete Meinung, es seien die in Leipzig aufgestandenen DDR-Bürger gewesen, bestärkt durch die furchtlose Öffnung der ungarischen Westgrenze, was wiederum nur angesichts der Gewißheit möglich war, daß diesmal die sowjetischen Panzer in den Kasernen bleiben würden, greift zu kurz. Wer hatte denn Gorbatschow so weit gebracht?

Leider kennt hierzulande kaum jemand das Buch Peter Schweizers „Victory", erschienen 1994 in der Atlantic Monthly Press, New York. Es beschreibt detailliert, wie Ronald Reagan an allen Fronten und mit allen erdenklichen Mitteln die Sowjetunion in die Knie zwang: Ein von ihm verhängtes Embargo verhinderte den Bau einer Ölleitung und bescherte der UdSSR Milliardenverluste an Deviseneinnahmen; er unterstützte die Polen bei ihrem Aufstand, er operierte von Pakistan aus gegen das sowjetisch besetzte Afghanistan, er setzte Saudi-Arabien unter Druck in dem Bemühen, die Sowjets in die Zange zu nehmen, schließlich rüstete er mit seinem SDI-Programm die Sowjetunion kaputt. Seine 1987 am Brandenburger Tor ausgerufene Aufforderung „Mr. Gorbatschow, you tear down this Wall!" waren keine leeren Worte. Seine Taten gaben ihm die Gewißheit, daß es zwei Jahre später so weit sein würde.

Ronald Reagan war ein Glücksfall für Deutschland und einer der bedeutendsten Präsidenten, die die USA gehabt haben.

Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung

Sommerfest

Das ostpreußische Sommerfest lockte am 25. Juli unter strahlender masurischer Sonne 1.500 Ostpreußen an den stimmungsvollen historischen Ort Festung Boyen in Lötzen.

Der ausführliche kulturelle Programmteil bot neben dem ortsansässigen Chor „Stimme der Heimat" sowie dem Sänger „BernStein" (Bernd Kruzinna) zahlreiche Tanz-, Kultur- und Gesangsdarbietungen. Junge und ältere Ostpreußen waren vom breiten Angebot und dessen Niveau bis weit nach dem geplanten Ende des Festprogramms angetan.

Eine umfangreiche Berichterstattung erfolgt in der nächsten Ausgabe vom 7. August. **SV**

Privatisierung

In der Republik Polen gibt es ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland Streit um die Privatisierung von Krankenhäusern. In Osterode will der Landkreis 74 Prozent der Aktien der dortigen Klinik veräußern und mit dem Erlös aus dem Verkauf die allernötigsten Investitionen durchführen. Zum Leidwesen der Krankenhausmitarbeiter und des potentiellen Investors schleppen sich die Verkaufsverhandlungen jedoch dahin. Der Chef des Unternehmens Clinique Saint Paul, das ein konkretes Kaufangebot eingereicht hatte, hat angesichts des schleppenden Verlaufs der Verhandlungen mit den Kreisbehörden schon mit deren Abbruch gedroht.

Die Klinikmitarbeiter sind ob dieser Drohung entsetzt, denn sie fürchten um ihre Arbeitsplätze. Es geht um das Schicksal von 300 Personen. Der Nationale Gesundheitsfonds, der in Polen die Funktion einer Krankenversicherung hat, hat bereits mitgeteilt, daß die Vertragssumme zum Ende dieses Jahres um 540.000 Zloty, umgerechnet über 120.000 Euro, gekürzt wird. Möglicherweise wird sogar das Geld für die Gehälter fehlen. Bereits jetzt reichen die Mittel nicht aus für eine adäquate Krankenhauseinrichtung und einen Operationssaal.

Die Krankenhausmitarbeiter sehen die Schuld hierfür bei den Kreisbehörden, denen sie Trägheit vorwerfen. Wenn der Kaufvertrag unterzeichnet worden wäre, so der Vorwurf, wären die Investitionen schon längst getätigt. Ähnlicher Ansicht sind einige der Aufsichtsratsmitglieder der Klinik, die dafür vom Landkreis mit ihrer Abberufung abgestraft wurden. Die gescholtenen Kreisbehörden nennen als Abberufungsgrund eine „eigenmächtig geführte Überaktivität". Die Behörden verschickten jetzt Briefe, denen zufolge das Wohl des Krankenhauses ihnen am Herzen liege und die Verhandlungen mit Clinique Saint Paul kurz vor dem Abschluß stünden. ■

Finanzkrise

Der durch die Krise des koreanischen Automobilherstellers Daewoo in Mitleidenschaft gezogene und deshalb bei den Banken an Bonität verlierende Lycker Auto-Elektronik-Betrieb hat beim polnischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit einen Zuschuß aus dem Fonds für Arbeit für die vorübergehende Beschäftigung von 400 Personen beantragt. ■

Wechselkurse

Letzten Montag war ein polnischer Zloty 22,514 Eurocent wert, ein russischer Rubel 2,841 Cent und ein litauischer Litas 28,962 Cent. Die Angaben erfolgen ohne Gewähr. ■

Delegation aus Plön besuchte Ragnit

Landräte unterzeichneten Partnerschaftsmemorandum / Von Kreisvertreter Hartmut Preuss

Der Kreis Plön beabsichtigt, mit dem Rayon Ragnit, dessen Territorium dem des Kreises Tilsit-Ragnit entspricht, einen Partnerschaftsvertrag abzuschließen.

Obwohl der Kreis Plön 1989 den Patenschaftsvertrag mit der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit mit einer Stimme Mehrheit aufgekündigt hatte, bestanden weiterhin gute Kontakte zur Kreisverwaltung. Bei den letzten Gesprächen Ende letzten und Anfang dieses Jahres wurde uns mitgeteilt, daß die Patenschaft nicht wieder ins Leben gerufen würde, aber die Absicht bestehe, eine Partnerschaft mit dem Rayon Ragnit einzugehen.

Wir konnten den Kreistag von Plön überzeugen, daß sich eine Delegation vor Ort ein Bild vom Zustand machen sollte. Es lag auch eine Einladung zum Stadtfest und dem 715. Jahrestag der Ordensburg Ragnit von dem dortigen Landrat Alexander Melnikow vor. Dieses Fest sollte Ende Mai 2004 in Ragnit stattfinden.

Zwei Tage vorher war es dann soweit. Um 9.40 Uhr hob der Flieger von Hamburg nach Polangen ab. Die Delegation bestand aus sechs Mitgliedern des Kreistages Plön und mir als Kreisvorsitzenden von Tilsit-Ragnit. Delegationsleiter war der Landrat des Kreises Plön, Dr. Volkram Gebel. Die anderen Kreistagsmitglieder waren Wolfgang Reinhardt, Erster Stellvertretender Kreispräsident; Anneliese Schwalbe, CDU-Fraktion, Mitglied des Hauptausschusses; Bernd Biemann, Vorsitzender der SPD-Fraktion; Dr. Klaus Thies, Vorsitzender der FWG-Fraktion, und der Schulrat Lothar Kamb.

Nach der Ankunft in Ragnit wurden wir durch den Landrat Alexander Melnikow vom Rayon Ragnit und dessen Mitarbeiter empfangen. Bei den ersten Unterredungen wurde deutlich, wie viel Bedeutung die russische Seite diesem Besuch beimißt, und auch bei den abendlichen Gesprächen kam immer wieder zum Ausdruck, wie wichtig es wäre, einen Partnerschaftsvertrag abzuschließen. Dr. Gebel sagte, die Reise erfolge nicht nur wegen der historischen Verbindungen – viele Ostpreußen hätten in Schleswig-Holstein und besonders im Kreis Plön nach dem Zweiten Weltkrieg Zuflucht und eine neue Heimat gefunden –, sondern auch, um nach der EU-Osterweiterung mit dem Königsberger Gebiet gute nachbarliche Beziehungen zu pflegen.

> Jetzt liegt die Entscheidung beim Kreistag in Plön

In weiteren Gesprächen mit dem Landrat Alexander Melnikow stellte die Delegation aus Plön nicht nur Verständnis für die Heimatvertriebenen fest, sondern auch den Willen der russischen Offiziellen, am sehr schlechten Zustand der hinterlassenen Häuser und Kulturdenkmäler aus der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg etwas zu ändern. Allerdings gäbe es im gesamten Oblast keine Ziegelei.

Das Ergebnis der Reise: Es kam ein Memorandum zustande, in dem mögliche Ziele einer Partnerschaft formuliert wurden. Jetzt muß der Kreistag in Plön entscheiden. Die Beratungen sollen nach den Sommerferien aufgenommen werden.

Am zweiten Reisetag wurde eine Besichtigungsfahrt nach Königsberg unternommen. Die Route führte über Kraupischken, wo auch das vom örtlichen Schulleiter Juri Userzow eingerichtete Museum mit seinen interessanten Exponaten aus der Zeit vor und nach der Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee besucht wurde. Nach der Stadtbesichtigung und einem Besuch in der evangelischen Kirche in Königsberg hatten wir einen Termin in der Duma des Königsberger Gebietes. Empfangen wurden wir von dem Sprecher des Parlaments, Vladimir Nikitin. Die Gespräche dauerten rund eine Stunde. Nikitin erläuterte die Schwierigkeiten im mittleren Ostpreußen. Wir konnten Fragen stellen, auch zur jetzigen Situation der Exklave nach dem Beitritt der unmittelbaren Nachbarn in die EU. Bei allen Fragen bekamen wir die Antwort, die Entscheidungen würden in Moskau getroffen.



Unterzeichnung des Partnerschaftsmemorandums: *Die Landräte von Plön und Ragnit, Dr. Volkram Gebel (2. von links) und Alexander Melnikow (2. von rechts)* Foto: Preuss

Am darauffolgenden Tag begannen das Stadtfest und die Feierlichkeiten zur 715-Jahrfeier Ordensburg Ragnit. Zum Beginn wurde ein Bildnis vom Zaren Peter dem Großen, das an der Burgmauer angebracht ist, feierlich enthüllt und eingeweiht.

Danach folgte ein farbenprächtiger Umzug durch die Stadt mit allen Delegationen und Bürgern zum Stadion. Der deutsche Generalkonsul in Königsberg, Dr. Cornelius Sommer, und der litauische Konsul nahmen an den Feierlichkeiten teil. Es folgten Festansprachen. Zu den Rednern gehörten unter anderem Dr. Cornelius Sommer, Landrat Dr. Volkram Gebel und ich, mit Übergabe eines Geschenks. Das vielfältige Programm mit farbenprächtiger Folklore und Ritterspielen zeigte das ungeheuer reiche kulturelle Leben in dem Rayon Ragnit.

Am Rande der Feiern hatte ich die Gelegenheit, mit dem Generalkonsul Dr. Sommer ein längeres Gespräch zu führen. Er hat mir zugesagt, beim Kinder- und Jugendaustausch bei der Visumbeschaffung behilflich zu sein. Am Abend, zum Abschluß der Feiern, fand an der Burgruine ein großes Feuerwerk statt.

Am anderen Tag reiste die Delegation aus Plön Richtung Bundesrepublik Deutschland ab. Die Delegationsteilnehmer waren von der Offenheit der russischen Gesprächsteilnehmer überrascht und waren sich einig, daß man die Verbindung nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch wegen künftiger Entwicklungen nicht abbrechen sollte. ■

Ein Provisorium nimmt Formen an

Das bundesdeutsche Generalkonsulat in Königsberg bereitet sich auf den Normalbetrieb vor



Dr. Cornelius Sommer: *Deutschlands erster Generalkonsul in Königsberg ist in seinen provisorischen Amtsräumen per Telefon unter der Nummer 0 07 01 12 32 69 23 und per E-Mail über die Adresse L@kali.auswaertiges-amt.de erreichbar.*

Foto: Neuman

Das Problem der Unterbringung des bundesdeutschen Konsulats in Königsberg ist nach wie vor ungeklärt. Noch immer amtiert der aus Breslau stammende Generalkonsul Dr. Cornelius Sommer in einer umfunktionierten Suite des Gästhauses Albertina, Demjana-Bednogo-Straße 13 a, im Norden der Pregelmetropole. Zwar verlief die schwierige Suche nach einem geeigneten Objekt inzwischen positiv und auch die Zustimmung des Auswärtigen Amtes liegt inzwischen vor, doch fehlt noch die Genehmigung aus Moskau. Mit seiner Hauptaufgabe, der Ausstellung der Visa, hat das Generalkonsulat, wenn auch vorerst sehr eingeschränkt, inzwischen begonnen. Vorher hatten Visa bei der deutschen Botschaft im etwa 1.200 Kilometer entfernten Moskau beantragt werden müssen. Einzelheiten über die Vorausetzungen für den Erhalt eines deutschen Visums finden sich im Interenet unter der Adresse www.deutschebotschaft-moskau.ru.

> Eine geeignete Unterkunft ist gefunden

Welche Bedeutung das Auswärtige Amt seiner neuen konsularischen Vertretung beimißt, ist am vorgesehenen Personal zu erkennen. Sobald das neue Gebäude bezogen und eingerichtet ist, soll der Konsularbetrieb in vollem Umfang seine Arbeit aufnehmen. Dafür stehen sechs bis sieben Personen in Berlin bereit. Außerdem wird noch einmal die selbe Anzahl an russischen Mitarbeitern benötigt. Die Personalfrage betrachtet Sommer nicht als Problem, da für diese Aufgaben hoch qualifizierte Bewerber zur Verfügung stünden. Im deutschen Generalkonsulat zu arbeiten ist für viele Russen ein sehr begehrter Job.

Seine vordringlichen Aufgaben sieht der Konsul in der Intensivierung und Koordinierung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kontakte. Insbesondere die akademischen und wirtschaftlichen Kontakte, beispielsweise zur Königsberger Universität und zu den bundesdeutschen Partnerstädten Berlin-Lichtenberg, Bremerhaven, Duisburg, Kiel und Rostock möchte er fördern. **Marianne Neuman**

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

über einen Brief habe ich mich ganz besonders gefreut. Wir hatten unserer langjährigen Leserin **Sylvia Maria Pauli** zu ihrem 90. Geburtstag gratuliert, weil sie unserm Ostpreußen als Heimat ihrer mütterlichen Vorfahren und der ihres Mannes so verbunden ist. Zuerst kam ein offizielles Dankeschön – dreisprachig, denn ihre Familie ist über viele Länder und Erdteile verstreut – und dann ein sehr persönliches, sehr herzliches, in dem Frau Pauli ihrer Freude über unseren Glückwunsch zum Ausdruck brachte. Empfand sie den schon als Geschenk, so erhielt sie noch ein weiteres, unverhofftes, denn aufgrund der Veröffentlichung meldete sich ein ehemaliger lieber Bekannter von ihr, zu dem leider der Kontakt abgebrochen war. Er war der Leiter einer ihrer ersten Reisen gewesen, dessen Führungen ihr sehr angesprochen hatten. Der Glückwunsch dieses Lesers hat sie natürlich mit besonderem Dank erfüllt, und sie brachte dies in bewegten Worten zum Ausdruck. Ja, so können immer wieder alte Verbindungen durch unsere Ostpreußische Familie gefestigt und neue geknüpft werden.

Ob als erfüllte Wünsche, ob als wichtige oder auch vage Hinweise – unsere Familie spurt. Das konnte auch **Sieglinde Naumann** aus Bochum feststellen, deren Buchwünsche ich unserer Leserschaft übermittelte. Ich lasse sie selber berichten: „Mit dieser Resonanz hatte ich nicht gerechnet! Ich bin gerührt und begeistert über die vielen Anrufe mit Tips und Buchangeboten. Eine Dame aus Aachen bot sich sogar an, ‚Die Burg im Osten‘ für mich zu kopieren. Dieses Buch von Wilhelm Kotzde bekam ich sogar geschenkt. Alle meine Wünsche wurden erfüllt! Ich habe die Bücher schon hier und noch dazu von Ernst Wichert ‚Der große Kurfürst‘ und zweimal ‚Der Bürgermeister von Thorn‘, wovon ich einen Band meiner Cousine schenken werde. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen und bei allen, die mir helfen wollten und geholfen haben!“

Unsere Familie findet auch Orte, die nicht in ihrer ostpreußischen Heimat liegen! **Felicitas Dreyer** hatte für eine Bekannte nach dem Ort „Kappe“ gefragt, sie meinte als geborene Königsbergerin, die Ostpreußische Familie bringe eben alles fertig – hat sie auch, denn es kamen neun Zuschriften mit präzisen Angaben, auch Kopien von alten Landkarten. Allerdings gibt es drei Orte dieses Namens, wobei es sich bei dem gesuchten um Kappe im Kreis Deutsch Krone, unweit von Schneidemühl, handeln dürfte, von den heutigen Bewohnern Kepa genannt, wie **Erich Kibbat** mitteilte. Klarheit wird eine Ortsbeschreibung erbringen, denn eine Leserin hat früher dort gewohnt. Die Bekannte ist nur im Augenblick in Urlaub, aber Frau Dreyer wollte uns doch gleich über den Erfolg informieren. Und jetzt kommt's: Dieses Kappe liegt ausgerechnet zwischen zwei Orten, die – ebenfalls in Folge 25 – **Jutta Seifert** suchte: Rose und Klein-Mühle. Ich hatte ja auch schon nachgeforscht, und in Ostpreußen ein Rose im Kreis Insterburg und Kleine Mühle bei Lyck entdeckt, was mir auch **Hans-Georg Baltrusch** mit seinen präzisen Angaben bestätigte, aber im Kreis Deutsch Krone liegen Rose und Kleinmühle dicht zusammen, wie der Kartenausschnitt beweist, den **Klaus J. Schwittay** seinen Informationen beilegte. So dürfte Frau Seifert jetzt die bisher nicht gefundenen Orte ihrer Vorfahren richtig einordnen können.

Auch in Sachen „Steinke“ tut sich etwas. **Gisela Scholz** bemüht sich sehr, dem in der Heimat verbliebenen **Helmut Steinke** zu helfen, der heute Stanislaw Stankiewicz heißt und nach seiner Familie sucht, von der er als Zehnjähriger in den Kriegswirren getrennt wurde. Frau Scholz bekam etliche Zuschriften, aber bisher war anscheinend nichts Konkretes darunter. Doch nun scheint sich doch eine begehbare Spur abzuzeichnen, denn unser Landsmann **Frank** Steinke stieß bei seiner Verwandtensuche auf den Namen des Vaters von Helmut Steinke, den dieser mit **Heinrich** Steinke angibt. Ein Reichsbahn-Amtmann dieses Namens lebte in den 20er Jahren im Kirchspiel Pobethen. Das Todesjahr wird mir 1945 angegeben. Hier wird weitergeforscht werden, wir bleiben am Ball.

Für **Erika Hanff** hatten wir nach ihren Königsberger Verwandten, der Familie **Baß** aus der Kaporner Straße Nr. 17 c in Ratshof, geforscht, aber leider kam es bisher zu keinem nennenswerten Erfolg. Ein vager Hinweis kam von einem Landsmann aus Kobbelbude, wo auch die Großeltern des Baß-Sohnes **Lothar** lebten. Zu denen sei ein Junge gekommen, zu Fuß aus Litauen, wo er Arbeit gesucht hätte. Das könnte die Vermutung von Frau Hanff bestätigen. Was man wohl sagen kann!

Hoffnung und Enttäuschung liegen manchmal dicht beieinander. So ergeht es auch **Brunhilde Steinig**, die – weil alle Familienpapiere verloren gingen – nicht einmal weiß, wo ihr Vater geboren wurde und wo die Großeltern herkamen. Die Nachforschung wird erschwert, weil keine genauen Ortsangaben vorliegen oder die genannten Gemeinden namentlich mehrfach in Ostpreußen vorkamen, vor allem die alten bis 1938. Immerhin gab es Zuschriften. Ein Landsmann aus dem Kreis Gumbinnen konnte ihr einige Angaben machen, auch **Gertrud Bischof** gab ihr einen Hinweis, der allerdings auch nichts erbrachte. „Keine verwandtschaftlichen Beziehungen, oder es kann sich niemand so recht erinnern wie ich“, resümiert Frau Steinig. Bei ihr ging es um den Familiennamen **Schlaugat** – und dieser interessierte auch Frau Bischof, denn sie sucht seit langem gezielt nach den Schwestern **Ruth** und **Elli** Schlaugat. Beide waren nach dem Kriegs-Sowchos 141, dem berüchtigten Lager in Brakupönen, Kreis Gumbinnen verschleppt worden. Im Herbst 1948 kamen sie mit dem letzten Transport der Überlebenden in das Quarantänelager Pirna, anschließend nach Meißen. Ruth und Elli dürften vor 1930 geboren sein und durch Heirat heute einen anderen Namen tragen. Im Namen der ehemaligen Leidensgefährtinnen bittet Frau Bischof um Hinweise, denn alljährlich findet ein Treffen der damals internierten jungen Menschen – heute alle über 70! – im Raum Sachsen statt. Also: Wer weiß etwas von Ruth und Elli Schlaugat? (Gertrud Bischof, Freiherr-von-Stein-Straße 31 in 91126 Schwabach.)

Axel Michaelis besitzt einen Fund, der ihn zu einer Anfrage an unsere Ostpreußische Familie veranlaßt. Es handelt sich um eine in Estland gefundene Erkennungsmarke aus dem Ersten Weltkrieg. Auf dieser ist „Freistaat Graudenz“ vermerkt. War das vielleicht ein Freikorps, das damals im Baltikum gekämpft hat? Wann, wo und von wem wurde es gebildet? Herr Michaelis ist trotz intensiver Nachforschung noch nirgends fündig geworden. Aber vielleicht jetzt! (Axel Michaelis, Cremsahler Weg 1 in 24232 Dobersdorf, Telefon 0 43 03 / 2 88.)

Zum Abschluß nun noch ein kleiner Suchwunsch! Erinnerungen an seine Heimat kann **Lothar Wicht** nicht haben, denn er kam 1944 in Allenstein zur Welt, aber die Wurzeln seiner Familie (Wicht/**Leibundguth**) liegen dort wie die der Familie seiner Frau (**Schator**/**Steffen**) in Guttstadt/Heilsberg/Peterswalde. Nun spricht der Schwager von Herrn Wicht immer begeistert von einer alten LP, auf der die ostpreußische Schauspielerin Marion Lindt Weihnachtsgeschichten erzählt, umrahmt von alten Weihnachtsliedern. Leider ist die Platte seit Jahren verschwunden, aber vielleicht existiert irgendwo noch ein Exemplar, mit dem Herr Wicht seinem Schwager zum 70. Geburtstag eine Freude machen kann? (Lothar Wicht, Dudenrother Straße 14 in 59439 Holzwickede, Telefon 0 23 01 / 39 16, Fax 0 23 01 / 39 17.)

Eure

Ruth Geede

Alte Hausmittel gesucht

Schwören Sie auch auf Zwiebelhonig, wenn der Hustenreiz Sie plagt? Alten Hausmitteln kommt heute wieder eine verstärkte Aufmerksamkeit zu. In vielen Familien wurden sie von Generation zu Generation weiter getragen – bis heute, wenngleich sie durch die Medikamentenflut weitgehend zurückgedrängt wurden. Aber in Zeiten knapper Kassen und vor dem Hintergrund der Gesundheitsreform will man sich auf bewährte Hausmittel, mit denen man Erkrankungen vorbeugen oder schon im Anfangsstadium erfolgreich bekämpfen kann, wieder besinnen. „Aus Erfahrung gesund – alte Hausmittel neu entdeckt“ heißt deshalb eine Aktion, die unter dem Motto „Wissen bewahren“ von der DSL (Deutsche Seniorenliga) German Seniors gemeinsam mit dem BKK-Landesverband Nordrhein-Westfalen gestartet wurde. Die unter der Schirmherrschaft der nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerin Birgit Fischer stehende DSL-Initiative will vor allem ältere Bürger anregen, ihr Erfahrungswissen, erprobte Rezepte und Tips für sanfte Wege zu mehr Gesundheit und Wohlbefinden weiterzugeben. Und da ist natürlich auch die ostpreußische Seniorengeneration gefragt, denn gerade in unserer Heimat ist das Wissen über die Heilkräfte der Natur groß. Diese Kenntnisse und Erfahrungen haben sich immer bewährt, vor allem in der Nachkriegszeit, als es keine Medikamente gab oder diese nicht verfügbar waren. Wer an dieser Aktion teilnehmen möchte, reiche bitte bis zum 1. Oktober 2004 seine Rezepte und Ratschläge zum Thema „Hausmittel“ bei der DSL ein. Das Ergebnis wird eine Buchveröffentlichung sein, in der nach fachlicher Prüfung 50 ausgewählte Rezepte erscheinen. Näheres bei der DSL German Seniors 164 in 53175 Bonn, im Internet unter www.atlantis-city.de/hausmittel, oder beim BKK-Landesverband NW, Kronprinzenstraße 6 in 45128 Essen (www.bkk-nrw.de/hausmittel). ■

Polyglott

Allenstein wird als erste Stadt der Republik Polen eine Sommerdienststelle der Polizei einrichten, in der die Beamten außer polnisch auch deutsch und englisch sprechen. Die polyglotten Polizisten werden in der Altstadt patrouillieren. Ihnen werden Studenten der Universität von Ermland und Masuren behilflich sein.

In einem Polizeizelt werden Ausländer sich erkundigen können, wie man Diebstahl vorbeugen kann und wie man, wenn er denn doch passiert ist, korrekt Anzeige erstattet. Die Ordnungshüter werden auch über die Sehenswürdigkeiten der Stadt Auskunft geben können. Bei der Sommerdienststelle wird man sich auch informieren können, was man tun muß, um selber Polizist zu werden.

Der stellvertretende Chef der Allensteiner Polizei, Arkadiusz Kowal, weist darauf hin, daß die in den anderen Kommissariaten arbeitenden Polizeibeamten auch die Hilfe von Studenten in Anspruch nehmen können, wenn beispielsweise ein bestohlener Deutscher bei ihnen erscheint. Der diensthabende Polizeioffizier holt in diesem Falle mit einem Streifenwagen einen Dolmetscher, der es ermöglicht, sich mit dem Ausländer zu verständigen. ■

50 Milliarden

In Allenstein haben Stadtpräsidenten, Bürgermeister und Landräte aus dem südlichen Ostpreußen über den Landesentwicklungsplan für die Jahre 2007 bis 2013 diskutiert. Dieser Plan ist notwendig für die Verteilung der fast 50 Milliarden Euro, welche die Republik Polen in diesem Zeitraum von der EU erhalten wird. Laut der polnischen Unterstaatsekretärin im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Andrzej Rynski ist noch ungeklärt, wie das Geld auf die Regionen verteilt wird. Der Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, die bis zum Ende des Jahres 182 Millionen Euro aus den Fonds der Europäischen Union erhalten wird, hat bereits angekündigt, er werde beantragen, daß der entscheidende Faktor bei der Verteilung der Mittel die Höhe der Arbeitslosigkeit und nicht die Einwohnerzahl sei. Ansonsten werde seine Woiwodschaft nicht viel von dem Geldsegen haben. ■

Supermarkt

In Heilsberg gehen die Geschäftsinhaber gegen die Eröffnung eines zweiten Supermarktes auf die Barrikaden. Die Händler haben Unterschriften gegen den Supermarktbau gesammelt und im Rathaus abgegeben. Die Kaufleute fordern, daß ihre Interessen im Bebauungsplan für das Zentrum berücksichtigt werden und in der Innenstadt keine Fläche für ein derartiges Projekt ausgewiesen wird. Jerzy Gadomski, der Vorsitzende des örtlichen Unternehmerverbandes rechtfertigt den Protest damit, daß ein weiterer Laden der geplanten Größenordnung das Ende des Einzelhandels in der Innenstadt bedeuten würde. ■

Familienurlaub

Der Ermländisch-Masurische Landfrauenverband bietet auf zirka 40 landwirtschaftlichen Betrieben rund um Allenstein Urlaub auf dem Bauernhof an. Die Landfrauen gehören der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen an. Familien können zu günstigen Konditionen geruhsame Ferien verbringen und dabei ins Gespräch mit den heimatverbliebenen Ostpreußen kommen. Nähere Informationen im Internet unter www.ostpreussen-info.de. **BK**

Wir gratulieren...

zum 98. Geburtstag

Artschwager, Frieda, geb. Pfeiffenberger, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Königsberger Straße 17, 49565 Bramsche, am 5. August

Losch, Frieda, geb. Zysk, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Hohes Feld 31, 45701 Herten, am 1. August

Raudszus, Meta, geb. Hellwich, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Goethestraße 35, 55270 Ober-Olm, am 4. August

zum 97. Geburtstag

Bonk, Auguste, geb. Bolezinski, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Meisenstraße 33, 59457 Werl, am 4. August

Demenus, Emma, geb. Janz, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, jetzt Schulstraße 79, 22869 Schenefeld, am 2. August

Mlodoson, Otto, aus Friedberg, Kreis Treuburg, jetzt Ellenriederstraße 21, 78462 Konstanz, am 4. August

zum 96. Geburtstag

Truskat, Anna, geb. Leber, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Romain-Rolland-Straße 1, 51109 Köln, am 5. August

zum 95. Geburtstag

Bismark, Friedrich, aus Locken, jetzt Alten- und Pflegeheim Ahltener Straße, 31275 Lehrte, am 6. August

Mirbach, Fritz, aus Kaunonen, Kreis Schloßberg, jetzt Poststraße 4, 04910 Elsterwerda, am 4. August

Podufal, Max, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, jetzt Waldmühlenstraße 11, 23611 Sereetz, am 7. August

Rauh, Margarete, geb. Farin, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, jetzt Corinthstraße 16, 42719 Solingen, am 3. August

zum 94. Geburtstag

Meyer, Martha, geb. Symanzik, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Herzog-Julius-Straße 93, 38667 Bad Harzburg, am 2. August

zum 93. Geburtstag

Alexander, Gertrud, geb. Abel, aus Lyck, jetzt Charlottenstraße 29, 71691 Freiberg, am 4. August

Blaß, Hedwig, geb. Maschlanka, aus Gneist, Kreis Lötzen, jetzt Hermann-Löns-Weg 9, 27356 Rotenburg/Wümme, am 5. August

Senz, Grete, geb. Saldik, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Puchenheimer Straße 9 b, 82194 Gröbenzell, am 3. August

zum 92. Geburtstag

Bussulat, Emma, geb. Reuter (bei Lubojanski), aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, jetzt Berliner Straße 19, 55294 Bodenheim, am 6. August

Falkenhof, Käte, geb. Sabotzki, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Winterstraße 35, 21614 Buxtehude, am 2. August

Gentz, Lina, geb. Pallat, aus Ortelsburg, jetzt Zweibrücker Straße 12 a, 13583 Berlin, am 1. August

Hasenpusch, Elsa, geb. Pauly, aus Tapiau, Wasserstraße, Kreis Wehlau, jetzt Mühlenweg 2, 21509 Glinde, am 3. August

Lange, Gustav, aus Lotinenhof, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Oderstraße 15 a (bei Anita Albacht), 49393 Lohne, am 23. Juli

Liedtke, Herta, geb. Will, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt In den Horstwiesen 11, 31226 Peine, am 5. August

May, Otto, aus Ortelsburg, jetzt Bergisch Born 136, 42897 Remscheid, am 7. August

Mielich, Anna, geb. Schäfer, aus Ragen bei Ballethen, Kreis Angerapp, jetzt Friedländer Landstraße 5, 17389 Anklam, am 1. August

zum 91. Geburtstag

Dautzenberg, Inge, aus Lyck, jetzt Gutenbergstraße 12, 53498 Bad Breisig, am 7. August

Krüger, Ella, geb. Weitschies, aus Schalteck, Kreis Elchniederung, jetzt Veilchenstraße 22–24, Haus am Bürgerpark, 49088 Osnabrück, am 5. August

Zimmermann, Frieda, geb. Templin, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Hainholz 58, 22453 Hamburg, am 4. August

zum 90. Geburtstag

Certa, Maria, aus Tilsit-Ragnit, jetzt Lindenallee 8, 23714 Bad Malente-Gremsmühlen, am 3. August

Fischer, Herta, geb. Wilhelm, aus Lyck, jetzt Virchowstraße 109, Gerhard-Tersteegen-Haus, 47805 Krefeld, am 4. August

Glismann, Lotte, geb. Meding, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Heinrich-Helbing-Straße 32, 22177 Hamburg, am 8. August

Knochen, Waltraut, geb. Heym, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Beim Herbsthof 15, Luise-Wetzel-Stift, 72076 Tübingen, am 4. August

Matzick, Martha, geb. Knoll, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 113, 63486 Bruchköbel, am 6. August

Nagel, Gerda, geb. Gruber, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Grevenbroicher Weg 70, 40547 Düsseldorf, am 4. August

Plaga, Waltraut, geb. Wagner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 51, jetzt Sprengerstraße 15, 29223 Selle, am 5. August

Schulz, Johannes, aus Königsberg-Kalthof und Elbing, jetzt Herderstraße 8, 50127 Bergheim, am 5. August

zum 85. Geburtstag

Alzuhn, Dr. med. Edith, aus Lyck und Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt In den Ellern 9, 32760 Detmold, am 7. August

Bartlick, Alfred, aus Talken, Kreis Lötzen, jetzt Marienbader Weg 22, 38640 Goslar, am 2. August

Borchardt, Manfred, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 138, jetzt Juifenstraße 2, 83661 Lenggries, am 5. August

Curioni, Edith, geb. Worat, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Mittelstraße 7, 41836 Hückelhoven, am 4. August

Fischer, Frieda Erna, geb. Radziwill, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Leerßer Straße 50 a, 28857 Syke, am 2. August

Kaminski, Margarete, geb. Kaminski, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt Stüffeleck 1, 22359 Hamburg, am 3. August

Mallunat, Edith, geb. Pliquett, aus Angerhöh, Kreis Gumbinnen, jetzt Ziegelgarten 15, 35274 Kirchhain, am 6. August

Willuhn, Alfred, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Richard-Wagner-Straße 4, 50181 Bedburg, am 7. August

zum 80. Geburtstag

Bieber, Kurt, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Morgenstraße 3, 29410 Salzwedel, am 6. August

Braun, Christel, geb. Braun, aus Königsberg, Hinterroßgarten 40, jetzt Am Sooren 2, 22149 Hamburg, am 19. Juli

Brause, Elsbeth, geb. Zemke, aus Langenau, Kreis Rosenberg/Marienburg, jetzt Lange Straße 14, 26160 Bad Zwischenahn, am 7. August

Diebel, Hildegard, geb. Jopp, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Weyerstraße 57, 42697 Solingen, am 6. August

Dombrowski, Helmut, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Finkenstraße 16, 47509 Rheurdt, am 8. August

Drippe, Waltraud, geb. Wiecorek, aus Ortelsburg, jetzt Katarienenstraße 9, 06886 Wittenberg, am 5. August

Erhard, Wolfgang, aus Moterau, Kreis Wehlau, jetzt Ringenhausen 4, 88263 Horgenzell, am 3. August

Galla, Ruth, geb. Fornason, aus Giesen, Kreis Lyck, jetzt Jaminstraße 3, 91052 Erlangen, am 6. August

Gerhard, Heide, aus Rudau, Kreis Samland, jetzt Cadolzburger Straße 1, 90513 Zirndorf, am 18. Juli

Glania, Willi, aus Mertenau, Kreis Lötzen, jetzt Heckertstraße 83, 44807 Bochum, am 1. August

Gröchel, Rudi, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Alte Dorfstraße 10, 18196 Hohen-Schwarfs, am 7. August

Grunewald, Kläre, geb. Gutzeit, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Auf der Wann 6, 35398 Gießen, am 7. August

Grygo, Paul, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Im Hasener 41, 44532 Lünen, am 3. August

Hoffmann, Alfred, aus Malissen, Kreis Ebenrode, jetzt Sölder Straße 62, 59439 Holzwickede, am 8. August

Kallies, Herta, geb. Moewius, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, jetzt Fackenburger Allee 16 a, 23554 Lübeck, am 6. August

Keller, Erika, geb. Ollech, aus Kukuswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Breslauer Straße 25, 29633 Munster, am 3. August

Koch, Waltraud, geb. Tutas, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Stendaler Straße 15, 06132 Halle/Saale, am 8. August

Krause, Lotti, geb. Klekottka, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Usedomer Straße 1, 25832 Tönning, am 7. August

Kübler, Marta, geb. Ewert, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dorfstraße 11, 18196 Lieblingshof, am 29. Juli

Matzik, Heinz, aus Lötzen, jetzt Steigerplatz 3, 73431 Aalen, am 8. August

Müller, Christel, aus Lyck, jetzt Kölnische Straße 114 a, 34119 Kassel, am 5. August

Oberüber, Gertrud, geb. Pohl, aus Bonschen, jetzt Hühnerworth 14, Haus J, 29683 Fallingbostel, am 3. August

Schnabel, Elfriede, geb. Burdenski, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Lärchenweg 4, 57392 Schmallenberg, am 3. August

Schrader, Hilda, geb. Stich, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 23, 49846 Hoogstede, am 7. August

Stullich, Susanne, geb. Zans, aus Andreken, Kreis Lyck, jetzt Bergmühle 81, 45356 Essen, am 7. August

Wilhelm, Hildegard, geb. Koch, aus Nemmersdorf-Kaimelswerder, Kreis Gumbinnen, jetzt Pommernstraße 11, 21680 Stade, am 6. August

Woop, Elisabeth, geb. Woop, aus Bahnhof Neuendorf-Nerfken, Kreis Heilsberg, jetzt Mozartstraße 1, 39590 Tangermünde, am 7. August

Ziesmer, Hildegard, geb. Paroppa, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Burgstraße 15, 79346 Endingen, am 3. August

Zimmermann, Lydia, geb. Bernokat, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Treuburger Straße 6, 29525 Uelzen, am 4. August

zur Diamantenen Hochzeit

Bautzmann, Otto, aus Stettin, und Frau Eva, geb. Bieber, aus Gumbinnen, Königstraße 33, jetzt Alter Hellweg 7, 59494 Soest, am 2. August

Hoffmann, Fritz G., aus Elbing, Kleiststraße 12, und Frau Gisela, geb. Balzer, aus Zinten, Jahnstraße 18, jetzt Pumpstraße 7, 30559 Hannover-Anderten, am 28. Juli

Klein, Horst, aus Königsberg, Hagenstraße 8, und Frau Edeltraut, geb. Kühn, aus Königsberg-Ponarth, Barbarastraße 36, jetzt Kurfürstendeich 60, 21037 Hamburg, am 4. August

zur Goldenen Hochzeit

Ciesla, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, und Frau Betti, geb. Bierer, aus Wola an der Weichsel, jetzt Freiherr-vom-Stein-Straße 41, 33175 Bad Lippspringe, am 6. August

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** S. Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 26. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

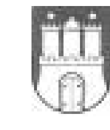
Telefon	**(040) 41 40 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 41 40 08-32
Fax Redaktion	(040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen

HAMBURG

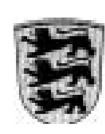


Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridsun, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Freitag, 17. September, 8.30 Uhr, Fahrt der Landesgruppe zum „Ostpreußentreffen Mecklenburg-Vorpommern" nach Rostock. Die Abfahrt erfolgt ab Dammtor / Moorweide (8.30 Uhr) mit dem Bus. Es geht über Ribnitz-Dammgarten zur Besichtigung des Bernsteinmuseums (nicht im Preis enthalten) weiter über Warnemünde zur Übernachtung nach Rostock. Übernachtung einschließlich Busfahrt, Halbpension, im Doppelzimmer pro Peron 95 Euro (Einzelzimmer 105 Euro). Anmeldungen bis zum 31. Juli bei W. Bridszun, Telefon und Fax 6 93 35 20 oder Hartmut Klingbeutel, Telefon 44 49 93. Einzahlungen auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen, Konto: 9 605 201, BLZ: 200 100 20 (Postbank Hamburg). – Jeden 1. Mittwoch im Monat, von 15 bis 17 Uhr, wird im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2, der Raum Nr. 13 für Interessierte geöffnet sein.

BADEN-WÜRTTEMBERG



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Bad Reichenhall – Nach der Begrüßung der Gäste und Landsleute erwähnte Max Richard Hoffmann die markantesten Juli-Gedenktage. Es folgte eine Rückschau auf den Ausflug zur Landesgartenschau und ein Nachruf für die verstorbene Irma Frick. Dann ging Hoffmann kurz auf die derzeitige Situation in Polen ein. Die chaotischen Verhältnisse in Polen werden der EU noch viel zu schaffen machen: eine labile Regierung, 20 Prozent Arbeitslosigkeit und nur 20 Prozent der Wähler waren bei der Europawahl. Das alles sind keine rosigen Aussichten für die Zukunft. Dann begann Hoffmann mit dem Vortrag „Woher stammt unser Bundespräsident Horst Köhler?" Das unsagbare Leid der größten Flucht und Vertreibung aller Zeiten begann mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939. Gleich nach Kriegsbeginn konnte man die Ergebnisse spüren. Tausende Baltendeutsche mußten ihre angestammte Heimat verlassen. Davon kamen viele in den Warthegau. Später folgten andere „Umsiedelungen" von Volksdeutschen. Horst Köhler wurde am 22. Februar 1943 in Heidenstein, früher Slierbieszow, Kreis Samosch im Distrikt Lublin geboren. Nach der letzten polnischen Teilung 1794/95 hieß dieses Gebiet Südpreußen, mit der Hauptstadt Warschau. Die Eltern Köhlers waren Bauern aus Bessarabien, eine fruchtbare Landschaft zwischen dem Schwarzen Meer und der unteren Donau. Der neue Staat Moldawien ist fast identisch mit Bessarabien, das bis 1812 türkisch, bis 1918 russisch, dann rumänisch, ab Juni 1940 sowjetisch, ab 1941 rumänisch und ab 1944 wieder sowjetisch war. Aber nur die Staatsangehörigkeiten wechselten, die Volkszugehörigkeit blieb deutsch. Das wird stets verwechselt. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Deutschen in Bessarabien unter den russischen Behörden zu leiden, wie auch andere Volksdeutsche in Polen. Die Eltern Köhlers, beide Jahrgang 1904, mußten ihre Heimat verlassen, nach dem am 26. Juni 1940 sowjetische Truppen gemäß Hitler-Stalin-Pakt das Land besetzten. Von den über 93.000 Bessarabiendeutschen kamen 43.000 nach Danzig in Westpreußen und 41.000 in den Warthegau. Leider waren die Köhlers nicht dabei, sonst wäre unser Bundespräsident jetzt geborener Westpreuße oder Warthegauer. Mutter Köhler kam mit ihren Kindern und anderen Familienmitgliedern nach Heidenstein, wo unser Bundespräsident geboren wurde. Im Januar 1945 be-

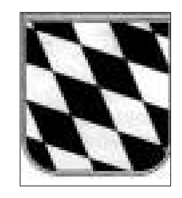
Landsmannschaftliche Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

gann die große Flucht aus dem Osten. Die Köhlers kamen über Litzmannstadt bis ins Leipziger Land und 1953 gelang ihnen die letzte Flucht in den Westen. Zusammenfassend kann gesagt werden: Unser jetziger Bundespräsident ist ein geborener Volksdeutscher mit deutschen Eltern aus Bessarabien. In Stuttgart gibt es das Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien, wo man Näheres über die Herkunft erfahren kann. Hoffmann bedankte sich für die Aufmerksamkeit und das große Interesse und lud alle zum nächsten Treffen am 8. September ein.

Lahr – Donnerstag, 5. August, Treffen der Gruppe zum monatlichen Stammtisch in der Krone, Dinglinger-Hauptstraße 4.

Ulm – Sonnabend, 14. August, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den Ulmer Stuben.

BAYERN



Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

Weiden – Im Garten der Familie Uschald trafen sich Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft zu einem ungezwungenen und fröhlichen Gartenfest. Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit begrüßte die Anwesenden und dankte für den zahlreichen Besuch. Er bedankte sich besonders bei den Gastgebern und allen, die zum Gelingen der Feier beigetragen haben. So überraschten Anita Uschald, die Kassiererin Ingrid Uschald und Adolf Uschald sowie Anita Putz und Hilde Wendt mit schmackhaftem Gebäck. Als Kaffeekocherin betätigte sich die Kulturwartin Renate Poweleit, während Adolf Uschald der Hauptverantwortliche für die Grillspezialitäten war. Für Abwechslung zwischen den kulinarischen Gängen sorgten Josef Bäumler und Ingrid Uschald mit lustigen, aber besinnlichen Wortbeiträgen. Für die musikalische Umrahmung sorgte Karl Weiß.

Hörfunk und Fernsehen

Sonntag, 1. August, 9.20 Uhr, WDR5: „Alte und neue Heimat – Das Elend der Roma in der Slowakei“ von Christoph Scheffer.

Montag, 2. August, 21.45 Uhr, ARD: „Der Erste Weltkrieg – Gashölle Ypern“, Dokumentation in fünf Teilen, 2. Teil.

Montag, 2. August, 22.40 Uhr, Arte: „Afrika unter der Pickelhaube“, Themenabend über die deutsche koloniale Vergangenheit.

Mittwoch, 4. August, 21.45 Uhr, ARD: „Der Erste Weltkrieg – Alptraum Verdun“, Dokumentation in fünf Teilen, 3. Teil.

Mittwoch, 4. August, 20.45 Uhr, Arte: „Trauma Versailles“, Dokumentation über die Bedeutung des Versailler Vertrages.

Donnerstag, 5. August, 16 Uhr, NB-Radio: „Deutsche Heimatvertriebene und ihre Nachkommen sprechen über ihr persönliches Schicksal“.

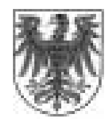
Donnerstag, 5 August, 22.15 Uhr, N24: „In die Heimat“, Dokumentation über die Flucht von vier Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg.

Freitag, 6. August, 20.15 Uhr, 3 sat: „Ich bin ein Herero-Deutscher“, Dokumentation über die Kolonialgeschichte in Namibia.

Freitag, 6. August, 20.15 Uhr, WDR: „Helmut Kohl – ein deutscher Kanzler“ (2/2).

Freitag, 6. August, 23 Uhr, WDR: „Protokoll einer Katastrophe – Das Hindenburg-Desaster“, Dokumentation über das Luftschiffsunglück von 1937.

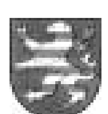
BRANDENBURG



Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Brandenburg a.d. Havel – Donnerstag, 12. August, 14 Uhr, landsmannschaftlicher Nachmittag für die Deutschen aus dem Weichsel-Warthegebiet in der Heimatstube, Kurstraße 17.

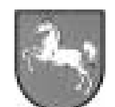
HESSEN



Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung konnte die Vorsitzende Anneliese Franz wieder zahlreiche Gruppenmitglieder begrüßen. Nach dem Kaffeetrinken, bei dem schon lebhaft plachandert und die ersten Ferienerlebnisse ausgetauscht wurden, hielt sie dann ihr Referat über die Geschichte Pommerns, das sie anläßlich eines Seminars in Stolp im August halten wird.

NIEDERSACHSEN



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Hannover – Sonntag, 8. August, Fahrt ins Blaue. Die Wasser- und Landtour beginnt um 8 Uhr am Burgdorfer Schützenplatz, 8.30 Uhr von Lehrte, Burgdorferstraße gegenüber Plus oder 9 Uhr vom ZOB Hannover, Bussteig 3. – Sonnabend, 28 August, Fahrt des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen, Landesverband Niedersachsen, nach Göttingen. Stadtführung und Kaffeetrinken zum Preis von 26 Euro. Für Kinder von Alleinerziehenden bis 14 Jahre in Begleitung Erwachsener ist die Fahrt kostenlos. – Sonntag, 12. September, Fahrt nach Uslar im Weserbergland mit Führung durch den Schmetterlingspark und Kaffeetrinken. Abfahrten: 9 Uhr Burgdorfer Schützenplatz, 9.30 Uhr von Lehrte Burgdorferstraße gegenüber Plus oder 10 Uhr vom ZOB Hannover Bussteig 3. – Sonnabend, 18. September, Fahrt zur Hengstparade nach Celle. Überdachte Sitzplätze zum Preis von 39 Euro pro Person. Auch hier haben Kinder von Alleinerziehenden die Busfahrt frei. Abfahrt um 11.50 Uhr vom Schützenplatz Lehrte. Anmeldung für die Fahrt bis 31. Juli. Es sind noch Plätze frei. Auch Nichtmitglieder sind bei uns herzlich willkommen. Anmeldungen zu allen Fahrten bei der Vorsitzenden und Reiseleiterin Christine Gaweronski, Telefon (0 51 36) 43 84.

Oldenburg – Der zweite Ausflug der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen in Oldenburg in diesem Jahr führte zum „Museum und Park Kalkriese“ bei Osnabrück, dem Ort der Varusschlacht zwischen Römern und Germanen. Knapp 40 Mitglieder und Gäste waren der Einladung gefolgt, und sie wurden reichlich belohnt. Die Führung durch den Park und das Museum wurde allen Wünschen gerecht: Wer weniger laufen wollte, nahm sich das Museum vor, in dem sitzend alle Exponate aus den Grabungen des Schlachtfeldes erläutert wurden, verbunden mit den vielen Fragen, die heute noch mit dem Fundort verbunden sind. Eine ausführliche Erläuterung der römischen Germanenpolitik und über das Erscheinungsbild der Germanen um die Zeitenwende vermittelt interessierten Laien einen guten Einblick in die Szene jener Zeit. Die andere Gruppe ließ sich durch den Park führen, der einen Teil des Schlachtfeldes darstellt und an verschiedenen Stellen Rekonstruktionen der Topographie bietet. Die sehr angenehme Führung verstand es, auch Laien ohne historische Vorbildung eine verständliche, aber dennoch den gewonnenen Erkenntnissen gerechte Schilderung der mutmaßlichen Ereignisse der Varusschlacht im Jahr 9 n. Chr. zu bieten. Beide Führungen schlossen den Rundblick vom 40 Meter hohen Turm ein, der dem Besucher einen Eindruck vom Gelände und schon vor dem Rundgang die erste geschichtliche Vorstellung beschert. Das Wetter meinte es gut: Während des Museumsbesuches blieb die Gruppe von Regen verschont. Jeder konnte sich im Anschluß an die Führung weitere Teile des Museums auf eigene Faust anschauen, Erläuterungstafeln lassen niemanden im unklaren über das Geschehen. Den herrlichen Kuchen mit duftendem Kaffee genossen die Teilnehmer nach den Mühen des Museumsbesuches im benachbarten Restaurant. Der Regen auf der Rückfahrt konnte die angenehmen Erlebnisse des Nachmittags nicht mehr nehmen, eventuelle Trübsal wurde durch Singen von Volksliedern vertrieben. Im August macht die Frauengruppe Sommerpause Zu den nächsten Versammlungen ab September wird rechtzeitig eingeladen.

Osnabrück – Mittwoch, 25. August, Jahresausflug der Frauengruppe nach Papenburg. Die Abfahrt erfolgt um 8 Uhr ab Kollegienwall. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldungen nehmen Marianne Regier, Telefon 1 41 26, und Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51, entgegen.

Quakenbrück-Bersenbrück – Die Gruppe hat von nun an wieder eine Vorsitzende, nach dem Helmut Kramer, der Nachfolger von Fredi Jost, nach dreijähriger Amtsführung 1999 verstarb. Lange konnte die Gruppe in ihren Reihen keinen Nachfolger finden, so daß die anfallenden Aufgaben und Tätigkeiten von den einzelnen Vorstandsmitgliedern übernommen wurden, um so die Gruppe aufrechtzuerhalten. In der Jahreshauptversammlung begrüßte die noch stellvertretende Vorsitzende Lieselotte Ulmer die Mitglieder und Gäste recht herzlich und war sehr erfreut über das große Interesse an dieser Veranstaltung. Ewald Frost berichtete ausführlich über die Vorstandsarbeit, Begegnungen und Veranstaltungen im Jahr 2003. In der Totenehrung erinnerte Frost an die vielen Toten durch Flucht und Vertreibung und in der Gruppe. Stellvertretend für alle nannte er die 2003 Verstorbenen aus den eigenen Reihen wie Käthe Tiegs, Ester Tallarek, Gerhard Conrad und Max Rohde. Das Zentrum gegen Vertreibungen ist ein wichtiges Anliegen in der Erinnerungskultur, wie auch die Pflege des ostdeutschen Kulturerbes und verdient die ganze Unterstützung. Die gegenwärtige Kampagne in Polen und Tschechien gegen das geplante Zentrum gegen Vertreibungen zeigt wie scher sich diese beiden Ländern noch mit der Hinterlassenschaft von Erinnerung, Krieg und Vertreibung tun. Das Recht der Deutschen nach vielen Schuldbeteuerungen, auch ihrer eigenen Opfer zu gedenken, wird als unzumutbar und als Angriff gesehen. Wenn wir mit unseren östlichen Nachbarn in einer freien Union europäischer Völker zusammen leben wollen und seit dem 1. Mai 2004 müssen, dann ist dies nur zukunftsfähig auf der Grundlage der Klarheit und Wahrheit. Im weiteren Verlauf gab die Kassiererin Elfriede Kröning den Rechenschaftsbericht preis, der vorher von Rosemarie Huslage und Walter Ickert geprüft worden war und ohne Beanstandungen genehmigt wurde, und somit konnten auf Antrag die Schatzmeisterin und folgend der alte Vorstand einstimmig entlastet werden. Im Anschluß erfolgten Neuwahlen des gesamten Vorstands. Ewald Frost wurde als Wahlleiter bestimmt, der sich zunächst für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit im Vorstand bedankte und war hocherfreut über die Zusage, daß sich Lieselotte Ulmer bereit erklärte, sich für den Ersten Vorsitz zur Wahl zu stellen. Einstimmig gewählt, nahm sie die Wahl an. Ewald Frost wurde stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer, Elfriede Kröning Schatzmeisterin, Hanna Rasokat, Irma Oder und Helmut Gilde wurden in ihren Ämtern bestätigt. Gerhard Bronowski schied aus dem Vorstand aus, da ein Wohnungswechsel bevorsteht. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank für seine Hilfsbereitschaft und Anregungen zum Wohle der Heimat. Ursula Conrad wurde neu in den Vorstand gewählt. Ein Plachanderstündchen mit Kaffee und Kuchen löste schnell die Anspannung der durchgeführten Regularien auf. Danach folgten von der Ostpreußischen Frauengruppe aufgeführt, das wohl von Agnes Miegel bekannteste Nachkriegsgedicht „Es war ein Land ...“ sowie weitere Gedichte und Lebensläufe. In diesem Zusammenhang wurde auch beschlossen, eine Busfahrt nach Bad Nenndorf zu organisieren, wo Agnes Miegel von 1946 bis 1964 gelebt und gearbeitet hat. Termin und Programm der Fahrt werden den Mitgliedern und Interessenten über die Tageszeitung mitgeteilt. Abschließend bedankte sich die nun Erste Vorsitzende Lieselotte Ulmer für die gute Zusammenarbeit und wünschte, daß sich noch viele Vertriebene der Gruppe anschließen.

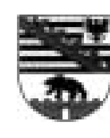
NORDRHEIN-WESTFALEN



Vors.: Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Unna – Mittwoch, 4. August, Jahresausflug nach Bonn ins „Haus der Geschichte“ und anschließend Fahrt nach Rüdesheim. Die Abfahrt erfolgt um 8.30 Uhr in Unna an den Haltestellen „Evangelisches Krankenhaus“ und „Busbahnhof“. Rückkehr gegen 20 Uhr. Kosten: 20 Euro für Mitglieder und 25 Euro für Nichtmitglieder. Darin sind enthalten: Busfahrt und Eintrittsgelder. Ferner wird zum Kaffeetrinken eingeladen. Die Kosten für das Mittagessen müssen selbst getragen werden. Anmeldungen und Auskünfte bei Dr. Bärbel Beutner, Telefon (0 23 03) 1 40 17.

SACHSEN-ANHALT



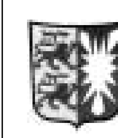
Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Donnerstag, 12. August, Halbtagesfahrt nach Stangerode/Alterode.

Magdeburg – Dienstag, 10. August, 13 Uhr, Treffen der Handarbeitsgruppe Stickerchen in der Immermannstraße 19.

Osterburg – Sonntag, 1. August, 14 Uhr, Sommerfest um den Büttnerhof und die herrliche Parkanlage. Neben Gesang, Blasmusik und Plausch wird auch Kaffe und Kuchen sowie Gegrilltes angeboten.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

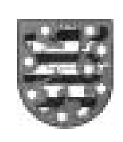


Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Von 65 Mitgliedern und Gästen wurde Edmund Ferner, der Landeskulturreferent, mit großem Beifall begrüßt. Mit seinem Vortrag „Die Hugenotten – französische Glaubensflüchtlinge in Preußen-Brandenburg unter besonderer Berücksichtigung von Ostpreußen. Ein Beispiel preußischer Toleranz“ hatte er vielen einen besonderen Wunsch erfüllt. Preußen, insbesondere Ostpreußen, ist ohne diesen Abschnitt kaum denkbar. Im 16. Jahrhundert war die katholische Kirche starker Kritik ausgesetzt. Luther und später Calvin begründeten eine neue christliche Glaubensrichtung, den Protestantismus. Das französische Königshaus wollte den Aufstieg des Protestantismus unter allen Umständen verhindern. Mit dem Beginn der Reformation waren die Anhänger der Hugenotten in Frankreich scharfen Repressionen ausgesetzt. Auf Betreiben des Kardinals Charles von Lothringen erließ König Heinrich II. im Juni 1559 das Edikt von Ecounen. Das Ziel dieses amtlichen Erlasses war, das „infame lutherische Gesindel“ auszutilgen. Von da ab begann ein jahrzehntelanger Feldzug gegen die Hugenotten. Schon der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte 1661 in Brandenburg-Preußen die Grenzen seines Landes für die Glaubensflüchtlinge geöffnet. Mit dem Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685 ermöglichte er die Aufnahme der verfolgten Glaubensflüchtlinge. Die Hugenotten bereicherten dann auch ihre neue Heimat mit französischer Lebensart. Sie wurden zu treuen und dankbaren Preußen. Ihre Familiennamen sind bis heute erhalten, wie zum Beispiel de Nun (Jean de Nun war der erste Seidenfabrikant in Preußen), Couvian (der erste Hutfabrikant), Brunotte, Ganguin, Guillaume, Chevalier oder Toussaint.

Uetersen – Freitag, 6. August, 15 Uhr, Zusammenkunft in Moorrege im „Bienenmuseum“. Der Vorsitzende des Imkervereins wird eine Führung vornehmen. Anschließend gibt es eine Kaffeetafel in der Gaststätte Himmelsbarg in Moorrege.

THÜRINGEN



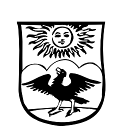
Vors.: Gerd Luschnat, Schleusinger Straße 101, 98714 Stützerbach, Tel. (0 36 77) 84 02 31

Landesgruppe – Der Vorstand der Landesgruppe trat am 13. Juli in Gotha zusammen. Dabei standen auch Projekte für das Jahr 2005 zur Debatte. Das Gründungsjubiläum Königsbergs, aber vor allem auch den Untergang Königsbergs vor 60 Jahren möchten die Ostpreußen in Thüringen zum Anlaß nehmen, diese Stadt und ihre Opfer in den Mittelpunkt ihrer Arbeit im Jahr 2005 zu stellen. Deshalb plant der Vorstand für den 9. April einen Gedenkgottesdienst in Rudolstadt und hofft, dafür auch den Heinrich-Albert-Chor Lobenstein gewinnen zu können. Frau Ritter stellte in dem Zusammenhang auch ein sehr interessantes Projekt zur Erhaltung und Pflege der ostpreußischen Kultur vor. Sie erwähnte, daß der Dichter Joseph Freiherr von Eichendorff von 1824 bis 1831 als Oberpräsidialrat in Königsberg wirkte und in dieser Zeit unter anderem die bekannte Novelle „Aus dem Leben eines Taugenichts“ und die Tragödie „Der letzte Held von Marienburg“ entstand. Während seiner Königsberger Zeit wohnte der Dichter in dem repräsentativen Gebäude des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität unweit des Steindamms in der Langen Reihe 4. Daran erinnert seit dem 150. Geburtstag des Dichters eine am Haus angebrachte Gedenktafel. Im Krieg wurde die Fassade des Hauses, in dem der Dichter damals wohnte, zerstört. Die in zwei Teile zerbrochene marmorne Tafel konnte aus dem Kriegsschutt geborgen werden. Das Bildnis des Dichters im Halbrelief ist leider sehr stark beschädigt. Die reichen Vorkommen an Travertin in Thüringen und die hier vorhandenen Fachleute bieten aber die Gewähr, daß diese wertvolle Gedenktafel nachgebildet werden könnte. Frau Ritter meint hierzu: „Mit dem Anbringen einer Gedenktafel für Joseph Freiherr von Eichendorff in Königsberg würden wir auch die Arbeit der Fachlehrer für Deutsche Sprache an den Schulen im Königsberger Gebiet unterstützen. Eichendorffs Gedichte, durch Schubert und Schumann vertont, dringen wegen ihres Volksliedcharakters tief in die Gefühlswelt ein.“ ■

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ANGERAPP (DARKEHMEN)



Kreisvertreter: Fritz Pauluhn, Osterbruchweg 3, 30966 Hemmingen, Telefon und Fax (0 51 01) 29 34

Historischer Festumzug zum 1.100-Jubiläum in unserer Patenstadt Mettmann – Das bunte Jubiläumsprogramm begann mit dem 31. Dezember 2003. Ein Festmagazin zum Stadtjubiläum, 194 Seiten stark, begleitet den Interessenten durch das Jubiläumsjahr. Angerapp ist auch beschrieben auf drei Seiten mit alten Aufnahmen, insgesamt sehr schön gestaltet unter dem Titel „Vom Dorf zur Kreisstadt Darkehmen". In jeder Woche gibt es Veranstaltungen. Eine davon war das Angerapper Heimattreffen auf dem 50 Jahre Patenschaft mit circa 300 Heimatfreunden gefeiert wurde. Der Festumzug mit klingendem Spiel des „Mettmanner Spielmannszugs 1954" wurde von Wagen und Fußgruppen. Die Grupe der Angerapper hatte ihren Platz im Festzug unter „Europa kommt zusammen". Für unsere Kreisgemeinschaft zogen leider nur neun Angerapper mit. Wir haben uns bemüht, unsere Heimatgeschichte durch Kostüme darzustellen. Sie sollten an die Kultur, die Anfänge der Landwirtschaft sowie die Einwanderer, Kolonisten aus Salzburg, Schweiz und Frankreich erinnern. Alle wurden mit fröhlichem Beifall belohnt. Den Festumzug gestalteten 1.200 Mettmanner und Freunde. Mit Beginn des Festzuges fing es dann auch leider an zu regnen, aber die mehreren tausend Menschen hielten tapfer durch.

BRAUNSBERG



Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Telefon (0 22 41) 31 13 95, Fax (0 22 41) 31 10 80, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Telefon (02 51) 4 92 60 51

5. Begegnungstreffen vom 26. Juni bis 6. Juli in der Heimat – Am 26. Juni fuhren 175 Personen in vier Bussen aus ganz Deutschland nach Ostpreußen. Die Kreisgemeinschaft Braunsberg hatte die elftägige Reise vorbereitet. Die vier Busse ab Bremen, Sankt Augustin, Köln und München trafen am Abend gemeinsam in Posen ein, wo alle Teilnehmer im großen Hotel „Polonez" übernachteten. Sonntag morgen ging es weiter Richtung Thorn zu einem Stadtbummel. Der Weg führte weiter über Strasburg und Osterode nach Allenstein. Dort wurde unsere Gruppe an der Herz-Jesu-Kirche erwartet, wo wir gemeinsamen mit den Deutschen vor Ort einen Gottesdienst feierten. Kaplan Andrè Schmeier und unser Pfarrer Josef Tenhumberg gestalteten die Heilige Messe. Der Chor der deutschen Volksgruppe brachte einige Lieder unaufgefordert zum Vortrag. Anschließend setzten wir die Reise nach Nikolaiken fort. Die folgenden Tage waren den Sehenswürdigkeiten in Masuren gewidmet: Ernst-Wiechert-Haus, Staken auf der Kruttinna, Pilipponenkloster Eckertsdorf, Heiligelinde und eine Dampferfahrt auf den Masurischen Seen standen auf dem Programm. Es ging Richtung Allenstein, dort wurde ein Stopp eingelegt, um das Deutsche Haus der Deutschen in Allenstein zu besuchen. Eine Kaffeetafel erwartete uns, und die Zweite Vorsitzende, Frau Renate Barzewski, berichtete über die Tätigkeiten vor Ort. Die Reise führt weiter über Guttstadt, Wormditt, Mehlsack nach Braunsberg. Alle Busse fuhren an der Katharinenkirche vor, wo wir vom Bürgermeister Henryk Mrozinski und Mitgliedern des Rates begrüßt wurden. Der nächste Tag begann mit der Führung durch den Frauenburger Dom mit Orgelkonzert. Von dort gingen wir zu unserem Gedenkstein, wo ein Kranz der KG Braunsberg niedergelegt wurde und der vielen Hafftoten von 1945 gedacht wurde. Später wurde ein Blumengebinde mit Schleife den Fluten des Frischen Haffs übergeben. Ein Schiff brachte uns weiter nach Kahlberg. Der folgende Tag führte uns zur Oberlandkanalfahrt und zur Besichtigung der Marienburg. Der Sonnabend stand zur freien Verfügung. Er wurde vielseitig zum Besuch der Heimatorte genutzt. Am Abend war bereits Abschlußabend, ein Tag verfrüht, weil der letzte Tag dem Gottesdienst mit Erzbischof Dr. Edmund Piszcz in der St. Katharinenkirche und dem Begegnungstag „Im Pflaumengrund" vorbehalten war. Ein vielseitiges kulturelles Programm wurde dargeboten, an dem auch viele Bewohner Braunsbergs teilnahmen. Die Feuerwehr brachte auch wieder ihren Beitrag. Die Erbsensuppe für alle kam bei allen gut an, 500 Portionen wurden verzehrt. Der folgende Tag führte uns mit Stopp nach Danzig, dann über Stolpe nach Stettin zur letzten Übernachtung. Der letzte Tag führte uns reibungslos über die Grenze zurück zu den Abfahrtsorten. Der Besuch in Braunsberg und Umgebung hat auch wieder die Verbindung zu den Deutschen vor Ort und den heutigen Bewohnern, den Polen, neu belebt und vertieft. Dank an die fürsorglichen Reiseleiter in den vier Bussen an allen elf Tagen.

HEILIGENBEIL



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Einladung Mitgliederversammlung / Kreistagssitzung – Unsere diesjährige Mitgliederversammlung findet wieder gemeinsam mit der Kreistagssitzung anläßlich des Kreistreffens 2004 in Burgdorf statt. Termin: Sonnabend, 11. September, 12.30 Uhr, Ort: Burgdorf, Sorgenser Straße 31, im Saal des „Haus der Jugend". Es ist dasselbe Gebäude wie das „Veranstaltungszentrum" am Stadion, in dem unser gesamtes Kreistreffen erstmals abgehalten werden wird. Einzelheiten darüber finden Sie ausführlich im diesjährigen Heimatblattes Folge 49. An die eingeschriebenen Mitglieder der Kreisgemeinschaft und unsere gewählten Kreistagsmitglieder werden die schriftliche Einladung und die Tagesordnung Anfang August durch den Kreisvertreter versandt werden.

Konfirmationsjubiläen – Wir möchten in diesem Jahr am Kreistreffen in Burgdorf mit den Konfirmanden aus den Jahren 1933/34, l938/39, 1943/44 und 1953/54 ihre Konfirmationsjubiläen feiern. Das sind 70 Jahre (Gnadenkonfirmation), 65 Jahre (Eiserne Konfirmation), 60 Jahre (Diamantene Konfirmation) und 50 Jahre (Goldene Konfirmation). Aus allen Kirchspielen des Kreises Heiligenbeil. Wir feiern Ihr Konfirmationsjubiläum am Sonntag, den 12. September, 14 Uhr, in der St. Pankratiuskirche am Spittaplatz in Burgdorf. Wenn Sie daran teilnehmen möchten, sollte Ihre Anmeldung bis spätestens 10. August bei Ihrem Kirchspielvertreter oder bei Ldm. Konrad Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60, sein. Denn Sie sollen ja für Ihr Konfirmationsjubiläum einen Konfirmationsbrief erhalten. Mit Ihrer Teilnahme rechnen Ihre damaligen Mitkonfirmanden!

Sondertreffen Gemeinde Schwengels – Das Sondertreffen der Gemeinde Schwengels findet nicht mehr wie angekündigt in der Schützenkate-Sorgensen statt. Dort hat der Wirt gewechselt, und Renovierungsarbeiten werden durchgeführt. Der neue Veranstaltungsort des Treffens am 11. September, 11 Uhr, ist nun das Schützenheim Burgdorf, An der Bleiche 7, Burgdorf. Rückfragen bitte an die Ortsvertreterin Eleonore Kath, Telefon (0 33 91) 50 16 62, richten.

GUMBINNEN



Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein/Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73

51. Bundestreffen der Gumbinner und Salzburger – Das Bundestreffen findet am 11. und 12. September wieder in der Gesamtschule Stieghorst in der Patenstadt Bielefeld, Detmolder Straße / Am Wortkamp 3, statt. Autofahrer, die über die Autobahn A2 anreisen, wird die Abfahrt Bielefeld-Zentrum empfohlen. Dann über die B66 / Detmolder Straße Richtung Bielefeld, 5. Ampel rechts. Wer mit der Bahn anreist sollte vom Hauptbahnhof Bielefeld mit der Straßenbahnlinie 3 in Richtung „Stieghorst" bis zur Haltestelle „Gesamtschule Stieghorst" fahren. Der Saal wird um 9 Uhr geöffnet. Um 10 Uhr beginnt die 11. Kreisversammlung, zu der alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Gumbinnen eingeladen sind. Nach dem Mittagessen um 12.30 Uhr, stehen ab 13.30 Uhr Räume für Gruppentreffen zur Verfügung. Um 15 Uhr ist geplant, daß die „Leineweber Trachtengruppe" der BTG Bielefeld auftritt. Für die Mitglieder des Salzburger Vereins beginnt um 15 Uhr im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 3 (zehn Minuten Fußweg) eine Mitgliederversammlung. Um 16.30 Uhr treffen sich die Bezirks- und Stadtvertreter zu einem Arbeitsgespräch. Nach dem Abendessen, 18 Uhr, findet sich Zeit für ein gemütliches Beisammensein. Am Sonntag, 12. September, beginnt nach der Saalöffnung, 9 Uhr, um 10 Uhr der Festakt „50 Jahre Patenschaft Bielefeld-Gumbinnen". Dem Mittagessen, 12.30 Uhr, schließen sich noch einige Stunden gemütliches Beisammenseins an. Gegen 16 Uhr wird die Veranstaltung beendet sein. Programmänderungen vorbehalten. Hinweise: Eine Delegation aus Gusew/Gumbinnen wird erwartet. Speisen und Getränke werden in der Schule angeboten. Ein Informationsstand (mit Verkauf) ist vorhanden. Quartierbestellungen werden beim Gumbinner Vertragshotel Brenner Hotel Diekmann, Otto-Brenner-Straße 135, 33607 Bielefeld, Telefon (05 21) 2 99 90, Fax (05 21) 2 99 92 20, unter dem Stichwort „Gumbinnen", empfohlen. Alternative Hotelwünsche über die Tourist-information, Am Bahnhof 5, 33607 Bielefeld, Telefon (05 21) 17 88 44, möglich.

Einladung zur 11. Kreisversammlung der Kreisgemeinschaft Gumbinnen e. V. – Alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Gumbinnen e. V. werden zu der am 11. September, 10 Uhr, in der Gesamtschule Stieghorst, Detmolder Straße / Am Wortkamp 3, 33605 Bielefeld, stattfindenden 11. Kreisversammlung eingeladen. Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung; 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlußfähigkeit; 3. Genehmigung der Tagesordnung; 4. Genehmigung der Niederschrift vom 13. September 2003, HB 103, S. 16 und 17; 5) Berichte des Vorstandes für das Jahr 2003: a) des Vorsitzenden, b) der Schatzmeisterin, Haupt- und Nothilfekonto, c) des Schatzmeisters Heimatbriefkonto (Dittchenspende); 6. Bericht des Kassenprüfers; 7. Aussprache über die Berichte; 8. Entlastung des Vorstandes; 9. Satzungsänderung; 10. Festlegung der Sachbereiche für die Beiräte; 11. Wahlen des geschäftsführenden Vorstandes (Paragraph 12): a) des Vorsitzenden, b) des Stellvertreters, c) des Schriftführers, d) der Ersten Schatzmeisterin, e) des Schriftleiters Gumbinner Heimatbrief; 12. Wahlen der Beiräte (Paragraph 11) für acht Sachbereiche; 13. Wahlen für die Kassenprüfung (Paragraph 14), Kassenprüfer und zwei Vertreter; 14. Wahlen für den Vorstand der Stiftung Gumbinnen, drei Mitglieder; 15. Verschiedenes; 16. Schlußwort. Anträge sind laut Satzung mindestens acht Tage vor der Kreisversammlung dem Vorstand schriftlich zuzuleiten. Gezeichnet Eckard Steiner, Vorsitzender.

Treffen der Klasse 4K (1944) der Mittelschule Gumbinnen – Auch dieses Jahr trafen sich die ehemaligen Klassenkameraden mit ihren Ehefrauen zu einem dreitägigen gemütlichen Zusammensein. Diesmal hatten Klassenkamerad Heinz Kostropitsch und seine Frau Waltraud die Organisation übernommen. Sie hatten das Ostseebad Nienhagen ausgewählt und für extra gutes Wetter gesorgt. Allerdings war es jahreszeitlich bedingt mit einem Bad in den Meeresfluten noch nicht so das richtige. Dafür bot der Strand aber gute Gelegenheit zu Spaziergängen und zum Reinigen der Lungen mit Meeresluft. Leider wird der Kreis der Ehemaligen, die die teils sehr weite Anfahrt noch auf sich nehmen können, immer kleiner. Um so größer ist die Wiedersehensfreude derer, die noch kommen können. So waren diesmal Günther Papke, Edwin Ohlendorf, Günther Lehmann, Heinz Kostropitsch, Herbert Pfelzer, Günther Schlemminger und Erwin Heisrath, meist mit Ehefrauen, angereist. Daß sich diesmal 13 Personen versammelten, war kein schlechtes Omen. Das Treffen verlief sehr harmonisch. Gesprächsstoff gab es bei gemütlichen Runden in den Abendstunden reichlich, wobei die Erinnerungen an die gemeinsame Schulzeit nicht zu kurz kamen. Die Tage des Treffens waren wieder erlebnisreich. Heinz Kostropitsch und seine Frau hatten sich viel Mühe gegeben, ein interessantes Programm zusammenzustellen. So ging es am Sonnabend zur Besichtigung des Münsters von Bad Doberan und von da weiter mit der historischen Schmalspurbahn „Molli" nach Kühlungsborn und Heiligendamm. Alle waren redlich müde, als sie am Spätnachmittag wieder in Nienhagen ankamen. Trotzdem war es nach Mitternacht, ehe die gemütliche Plauderrunde endete. Das Sommertagsprogramm begann mit einer mehrstündigen Schiffsrundfahrt von Warnemünde nach Rostock und zurück. So waren die Tage des Treffens wie im Flug vorbei. Der Klassensprecher Günther Papke bedankte sich abschließend bei dem Ehepaar Kostropitsch für sein Engagement, das die beiden für die Vorbereitung des Treffens aufgewandt hatten, und sprach die Hoffnung aus, daß alle im nächsten Jahr wieder dabeisein werden, auch die, die in diesem Jahr verhindert waren. Das nächste Treffen soll in Thüringen stattfinden, wo das Ehepaar Heisrath die Vorbereitungen treffen will.

LABIAU



Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Str. 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Tel. (0 48 53) 5 62, Fax (0 48 53) 7 01. Geschäftsstelle: Hildegard Knutti, Telefon (04 81) 6 24 85, Lessingstraße 51, 25746 Heide

Einladung zum Hauptkreistreffen am 11. und 12. September 2004 in der Stadthalle in Ottendorf/Niederelbe im Patenkreis Landkreis Cuxhaven – Die Stadthalle ist an beiden Tagen ab circa 8.30 Uhr geöffnet. Programm am 11. September: 13 Uhr Eröffnung der Bilderausstellungen in der Turnhalle der Grundschule: Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war; 14 Uhr Eröffnung der neuen Ausstellung im Torhaus: Forst und Jagd im Kreis Labiau; 20 Uhr Gemütlicher Abend Musik und Tanz. Es spielt der „Elbe-Musikant" aus Otterndorf, unsere bewährte „Haus-Kapelle"; 12. September: 9.30 Uhr Kranzniederlegung am Gedenkstein Am Großen Specken; 10.30 Uhr Feierstunde in der Stadthalle – Herr Zink zeigt einmalig seine Ausstellung „Labiauer Firmengeschichte" und „Schulen". Herr Frank hat an beiden Tagen das Torhaus mit der Sammlung Labiau geöffnet. Ein Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf, Postkarten, Heimatbrief, Bücherstand, Marzipan, Meschkinnes und vielem mehr wird eingerichtet. Für das leibliche Wohl wird wieder gut gesorgt: Am Sonnabend gibt es Mittagessen nach kleiner Karte, nachmittags Kuchenbüfett, Sonntag ein Mittagsbüfett. Unterlagen gibt es beim Verkehrsbüro der Stadt Otterndorf, 21762 Otterndorf, Telefon (0 47 51) 91 91 31. Am Freitag, 10. September findet um 19 Uhr in der Stadtscheune Otterndorf ein Vortrag zum Kant-Jahr statt, Gast ist der Dozent an der Philosophischen Fakultät Königsberg, Herr Wladimir Gilmanow.

Einladung zum 30. Treffen der Haffdörfer, Labagienen, Rinderorter und Peldßener – Das Treffen kann nicht wie gewohnt stattfinden. Wir laden daher ein zu unserer Jubiläumsfeier am 21. August, 15 Uhr, in Bremerhaven im Puppencafé, Weserstr. 237. Freunde sind herzlich willkommen. Anmeldung bitte unter Telefon (04 71) 3 77 50 bis zum 31. Juli 2004. Auskunft erteilt Gertrud Romeike, Klintstraße 4, 27619 Schiffdorf, Telefon (0 47 06) 93 13 17, Alfred Adebahr, Zur Treppe 1, 27612 Loxstedt, Telefon (0 47 44) 52 58.

Dorftreffen Gerlauken – Am 28. August 2004 in Burgdorf-Ramlingen im Hotel-Restaurant Voltmer, Grüne Allee 12, 31303 Burgdorf-Ramlingen, Telefon (0 50 85) 9 89 10. Informationen und Anmeldung bei: Erich Jakobeit, Immanuel-Kant-Str. 5, 56567 Neuwied, Telefon (0 26 31) 7 40 55.

ORTELSBURG



Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (02 09) 7 20 07, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Telefon (02 31) 37 37 77, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund

Kandidatenliste für die Kreistagswahl im Jahre 2004 – Landbezirk 1, Altkirchen, Klein Jerutten: Charlotte Domsalla, Heinrich-Heine-Str. 2, 45899 Gelsenkirchen; Anna Kilimann, Nobelstr. 13, 33613 Bielefeld; Margret Stobinski, Albert-Kelterbaum-Str.7, 44651 Herne; Landbezirk 2, Deutschheide, Willhelmsthal: Ewald Grzanna, An der Mosel 22, 56841 Traben-Trarbach; Wolfgang Kempka, Auf der Riege 8, 32584 Löhne; Heinz Mosdzien, Im Hole 30, 44791 Bochum; Landbezirk 3, Erben, Rheinswein, Wildenau: Elisabeth Wronowski, Honkenbergstr. 72, 44628 Herne; Landbezirk 4, Farienen, Friedrichshof: Manfred Katzmarzik, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund; Erwin Syska, Südwinkel 18, 30890 Barsinghausen; Landbezirk 5, Fürstenwalde, Lindenort Liebenberg: Erich Rattay, Am Friedhof 11, 49898 Lingen; Reinhold Gralla, Glenderpol 2, 32351 Stemwede; Landbezirk 6, Großalbrechtsort, Groß Dankheim: Christel Sender, Alemannenstr. 14, 45888 Gelsenkirchen; Artur Podscharly, Emanuelstr. 4, 45879 Gelsenkirchen; Landbezirk 7, Großheidenau, Kannwiesen: Dieter Sender, Alemannenstr. 14, 45888 Gelsenkirchen; Kurt Klask, Dortmunder Str. 45, 45711 Datteln; Landbezirk 8, Kobulten, Steinhöhe: Herbert John, Eschenweg 10, 66333 Völklingen; Renate Antoniewski, Kirchenstr. 25, 33161 Hövelhof; Landbezirk 9, Korpellen Schiemanen: Wilhelm Embacher, Kriemhildstr. 8a, 45892 Gelsenkirchen; Willi Makowka, Heistr. 76, 45891 Gelsenkirchen; Landbezirk 10, Lehmanen, Schöndamerau: Helene Deptolla,

Kampf gegen »Frau Gicht«

Bad Pyrmont zeigt Aussellung über seinen wohl berühmtesten Kurgast

Einen Kurschatten wird er kaum gehabt haben, der junge König, der im Mai/Juni 1744 und 1746 in Bad Pyrmont weilte. Die Annehmlichkeiten eines Kurbades aber hat Friedrich der Große (1712–1786) weidlich genossen. Relativ zurückgezogen wohnte der König im Gartenhaus des sogenannten Orthgies'schen Hauses in der Brunnenstraße. Begleitet wurde er beim ersten Mal von etwa 40 Personen – Freunde, Beamte und Musiker. Bei der zweiten Reise waren in seiner Begleitung schon über 100 Mitglieder des Hofstaates. Unter der Obhut des angesehenen Pyrmonter Brunnenarztes Johann Philipp Seip wollte Friedrich vor allem seine schmerzhaften Gichtanfälle und eine weitere Stoffwechselkrankheit, die Porphyrie, lindern. Fett- und eiweißreiche Ernährung führten zu immer wieder auftretenden Koliken und Anfällen. Auch wird die besonders scharfe Kost („so hitzig und so würzhaft, daß es schien, als sei sie in der Hölle gebacken"), die der König überaus schätzte, nicht zur Heilung beigetragen haben. 1759 klagte er schließlich: „Frau Gicht ist nach und nach durch meinen Körper gewandert ... Nur mein Kopf ist verschont geblieben."

Muster an Selbstdisziplin: *Auch bei seiner Kur stand der König schon um vier Uhr morgens auf.* Foto: Archiv

Pyrmonter Brunnen war bei den Hohenzollern bereits seit dem Großen Kurfürsten ein Begriff. Und schon 1740 schrieb Friedrich an den Philosophen Voltaire, mit dem ihn eine Freundschaft verband: „Ich stehe um 4 Uhr auf, trinke bis 8 Uhr Pyrmonter Brunnen, schreibe bis 10 Uhr, lasse bis Mittag Regimenter exerzieren, schreibe bis 17 Uhr und erhole mich des Abends bei guter Gesellschaft." Allein diese wenigen Zeilen lassen erkennen, wie sehr der König im Spannungsfeld zwischen Pflicht und Neigung lebte. Ein Konflikt, mit dem er sich schon zur Jugendzeit auseinandersetzen mußte, man denke nur an die „Affäre Katte". Wie Friedrich der Große den Tag in Bad Pyrmont verbrachte, erfährt man durch äußerst interessante Spitzelberichte der hannoverschen Regierung, die auf Anweisung der Londoner Regierung täglich über die Aktivitäten des prominenten Badegastes informierten, schließlich befand man sich mitten im zweiten Schlesischen Krieg.

Unerhörte Disziplin und Selbstbeherrschung prägten den Charakter Friedrichs. Von Schonung war auch im Alter keine Rede: „Meine Methode, mich einzurichten, bleibt immer dieselbe. Je mehr man sich verwöhnt, desto schwächer und empfindlicher wird der Körper. Mein Metier verlangt Arbeit und Tätigkeit. Mein Körper und Geist müssen sich ihrer Pflicht anbequemen. Es ist nicht nötig, daß ich lebe, aber wohl, daß ich handle, dabei habe ich mich immer sehr wohl befunden." Und: „Ich will bis zum letzten Moment meine Pflicht als König tun!"

Hier der erste Diener seines Staates, da der Flötenspieler von Sanssouci. Eine Ausstellung im Schloß Bad Pyrmont, Schloßstraße 13, 31812 Bad Pyrmont, zeichnet noch bis zum 5. September das Lebensbild des Preußenkönigs zwischen Pflicht und Neigung nach (dienstags bis sonntags 10–17 Uhr, Eintritt 5 Euro). In der ehemaligen barocken Sommerresidenz der Fürsten zu Waldeck und Pyrmont wird nach Zar Peter dem Großen und der Königin Luise nun mit Friedrich dem Großen eines dritten prominenten Kurgastes gedacht. In allen drei Etagen des Schlosses findet man kostbare Exponate aus öffentlichen und privaten Sammlungen, die Einblicke in das private und das öffentliche Leben des Preußenkönigs gestatten. So ist der „Salon des Fürsten" der Familie und der Erziehung zum Regenten gewidmet, während im „Tischbeinsaal" der Freundeskreis vorgestellt und Friedrichs Vorliebe für Philosophie und die Künste hervorgehoben wird.

In einem Kabinett schließlich wird seine Liebe zur Flötenmusik thematisiert. Auch Friedrich als Bauherrn begegnet man, nicht zuletzt durch Architekturskizzen aus seiner Hand. Kostbare Gläser und Porzellane, Silbergeschirr, Tabakdosen und Tabatieren lassen den Lebensstil am Hof erahnen. Natürlich widmet sich ein Raum auch ganz dem Gesundheitszustand des prominenten Kurgastes und dokumentiert seine Krankheiten und seine Beziehung zu den Ärzten. In der dritten Etage schließlich wird das Nachleben des großen Preußenkönigs gewürdigt. Auch hier wird deutlich, wie sehr Friedrich zwischen Pflicht und Neigung gelebt hat.

Zur Ausstellung ist im Rahmen der Monumente-Publikationen der Deutschen Stiftung Denkmalschutz ein Aufsatzband (176 Seiten, zahlreiche zumeist farbige Abbildungen, gebunden, 17,40 Euro) erschienen, in dem versierte Historiker Themen der Ausstellung aufarbeiten. Autoren des äußerst geschmackvoll gestalteten Begleitbandes sind Rainer Falk, Hermann Engel, Hans-Joachim Giersberg, Titus Malms, Arndt Jubal Mehring, Martina Weinland, Jürgen Ziechmann. Eine Fundgrube für alle Freunde der preußischen Geschichte. **Silke Osman**

Verzauberte Zeiten

Dittchenbühne »entführt« Publikum nach Masuren

Freilichtaufführungen in der Dittchenbühne – wegen der großen Nachfrage finden auch in diesem Jahr im Innenhof der Dittchenbühne Elmshorn Freilichtaufführungen der masurischen Komödie „Der Zauberer Gottes" von Paul Fechter statt, gespielt wird am 13., 15., 21. und 22. August jeweils um 19 Uhr. Auch die Natur spielt mit, es wird gebraten und gebacken auf der Bühne. Natürlich muß man sich wie bei jeder Freilichtaufführung den Gegebenheiten entsprechend ausrüsten. Bei Regen kann für ein Euro ein Cape erworben werden. Die Dittchenbühne hat diesmal über 50 Mitwirkende, die auf und hinter der Bühne agieren. Auch Tiere werden im Spiel eingesetzt.

Für alle Freunde der ostpreußischen Mundart gibt es einen Leckerbissen. Der Studiendirektor Dr. Udo Pfahl von der Berufsschule Elmshorn spielt die Hauptrolle, den Rektor Pogorzelski. Neben vielen Gags besitzt diese Komödie aber geistigen Tiefgang und lebt selbstverständlich in erster Linie vom gesprochenem Wort. Um den Autor in diesem Punkt gerecht zu werden, wird das Stück in fast der ganzen Länge der Vorlage gespielt. Der Zuschauer kann sich auf zwei Stunden verzaubertes Ostpreußen des 18. Jahrhunderts freuen.

Die Komödie spielt vor 200 Jahren und schildert die Schwierigkeiten der ländlichen Grenzbewohner Ostpreußens, die trotz jahrhundertelanger Christianisierung immer noch an ihre Götter glauben. Im Mittelpunkt steht das Leben des Michael Pogorzelski, eines masurischen Hütejungen, der Lehrer und später Pfarrer gegen den Willen seines Vorgesetzten wird. Dieser Amtsbruder Pogorzelskis läßt keine Gelegenheit aus, ihm „ein Bein zu stellen". Doch bevor Naujoks ihn aus dem Amt entfernen kann, stirbt Pogorzelski vor Überanstrengung bei der Bergung eines Schlittens aus dem brüchigen Eis eines masurischen Sees.

„Der Zauberer Gottes" sollte 1941 im Königsberger „Neuen Schauspielhaus" zur Aufführung kommen, wurde aber nach der Generalprobe wegen „völkerverbindender Tendenzen" vom Reichsdramaturgen verboten. Erst im Sommer 1992 wurde es durch die Dittchenbühne im selben Haus, dem jetzigen Dramatischen Theater Kaliningrad, mit einer internationalen Besetzung (Litauer, Polen und Deutsche) endlich gezeigt. Karten unter Telefon (0 41 21) 8 97 10. **EB**



Vermittler zwischen den Religionen: *Pogorzelski kennt nicht nur den Christengott.* Foto: Dittchenbühne

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Kurt-Schumacher-Str. 8, 45966 Gladbeck; Gertraud Junker, Duisburger Str. 226, 46535 Dinslaken; Landbezirk 11, Malschöwen, Mensguth, Rummau: Brigitte Seppmann, Bismarckstr. 59, 45888 Gelsenkirchen; Landbezirk 12, Puppen, Ratzeburg: Walter Giese, Am Schönberg 17, 23744 Schönwalde a.B.; Hans-Alfred Plötner, Wiesenweg 4, 23744 Schönwalde a.B.; Landbezirk 13, Rauschken, Gilgenau: Hildegard Junga, Zündhüttchenweg 4, 51373 Leverkusen; Wally Herkenrath, Schützenstr. 123, 41239 Mönchengladbach; Landbezirk 14, Scheufelsdorf, Nareythen: Irene Pichottka, Rainstr. 10, 27711 Osterholz-Scharmbeck; Wahlbezirk 15, Stadt Ortelsburg: Edelfried Baginski, Schweidnitzer Str. 21, 45891 Gelsenkirchen, Wilhelm Glaß, Nürnberger Str. 86, 48529 Nordhorn; Dr. Gerhard Kalwa, Lessingstr. 15, 41564 Kaarst; Helena Hartinger, Eickhoffer Weg 2, 59590 Geseke, Kurt Spriewald, Bühlstr. 38, 34127 Kassel; Wahlbezirk 16, Stadt Passenheim: Brigitte Fellermeier, Friedrich-Ebert-Str. 34, 47799 Krefeld; Siegfried Taday, Wernigeroder Str. 40, 40595 Düsseldorf; Wahlbezirk 17, Stadt Willenberg: Helga Frankiewicz, Schweidnitzer Str. 21, 45891 Gelsenkirchen; Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt; Sachkundige Mitglieder: Willi Becker, Schaefferstr. 44, 44623 Herne; Alfred Denda, Wiethagenweg 42, 44227 Dortmund; Irmgard Denda, Wiethagenweg 42, 44227 Dortmund; Karl Kalinski, Meisenstr. 13, 45968 Gladbeck; Erich Sadlowski, Reiterwinkel 7, 59557 Lippstadt, Manfred Sadlowski, Heilsbachstr. 26, 53123 Bonn.

TILSIT-RAGNIT



Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (02 02) 4 60 02 34, Fax (02 02) 4 96 69 81. Geschäftsstelle: Helmut Pohlmann, Telefon (0 46 24) 45 05 20, Fax (0 46 24) 29 76, Rosenstraße 11, 24848 Kropp

Regionaltreffen der drei ostpreußischen Heimatkreise – Tilsit-Ragnit, Elchniederung und Tilsit-Stadt, am 28. August, 10 Uhr, Seminaris Seehotel, An der Prischheide, 14471 Potsdam, Telefon (03 31) 9 09 09 91, Fax (03 31) 9 09 09 99. Das Hotel ist zu erreichen vom Hauptbahnhof Potsdam mit der Straßenbahn 94 bis Endstation Pirschheide, von da aus bis zum Hotel sind es rund 800 Meter, es steht ein Shuttle-Bus (ab 9 Uhr, Bahnhof–Hotel–Bahnhof) zur Verfügung. Mit dem Auto: Aus dem Norden, von der A 24 kommend, auf die A 10 (Berliner Ring), Abfahrt Potsdam Nord. Aus dem Westen, von der A 2 kommend, auf die A 10, Abfahrt Groß Kreuz. Aus dem Süden und Osten von der A 9, A 13 oder A 12 kommend, auf die A 10, Abfahrt Michendorf. Ab Ortsschild Potsdam werden Sie vom Hotel-Leitsystem (grün) sicher ans Ziel gebracht. Von der B 1 führt eine eigene Zufahrtsstraße direkt zum Hotel. Für Übernachtungen stehen genügend Einzel- und Doppelzimmer im Hotel zur Verfügung. Anmeldung unter Telefon (03 31) 9 09 09 91, Buchungsnummer SP 9947. Weitere Übernachtungsmöglichkeiten sind über PT Potsdam Tourismus GmbH, Am Neuen Markt 11, 14467 Potsdam, Telefon (03 31) 27 55 80, zu erfragen. Das Unternehmen bietet an und organisiert Besichtigungen von Schlössern, Gärten, Parks und Plätzen, von denen es in Potsdam genügend gibt. Wer gerne länger bleiben möchte, sollte diese Gelegenheit wahrnehmen. Am 28. August ab 18 Uhr wird bei schönem Wetter eine rund zweistündige Schiffsfahrt, direkt vom Hotel aus, auf den Havel-Seen angeboten. Wer die Schiffsfahrt mitmachen möchte, sollte sich frühzeitig telefonisch oder schriftlich bei den Kreisvertretern anmelden. Programm: Einlaß ab 9 Uhr, Ende 17 Uhr, kurze Begrüßungsrede der Kreisvertreter, Ansprache des Oberbürgermeisters aus Potsdam, Jann Jakobs, Festrede Frau Rauschenbachs.

Suchanzeigen

ERBEN GESUCHT

Verwandte der Eheleute **Karl TRAKOWSKI und Karoline TRAKOWSKI, geb. Enskat,** welche Ende des 19. Jahrhunderts in Plibischken, Krs. Wehlau, später dann in Hasenberg, Krs. Wehlau, wohnhaft waren.

Meldungen erbeten an
Dipl.-Kfm. Wolfgang Moser
Prinz-Weimar-Straße 7, 76530 Baden-Baden
Tel.: 0 72 21-36 96-14 (Fax: -30)

Bitte Aktenzeichen **WM-1752** angeben.

ERBEN GESUCHT

Verwandte von Karl Hermann **PAHLKE,** geboren im Jahre 1896 als Sohn von Wilhelm **Pahlke** und Luise **Pahlke,** geb. Siebert. Karl Hermann **Pahlke** war mit Anna Anneliese **Pahlke,** geb. **Neuhaus,** geboren im Jahre 1901 verheiratet als Tochter der unverehelichten Maria **Neuhaus.**
Die Familie **Pahlke/Neuhaus** lebte früher einmal in **Königsberg, Minten, Heiligenbeil** sowie **Bartenstein.**
Wer kann etwas über den Verbleib und Angehörige mitteilen?

Meldungen erbeten unter Aktenzeichen RM 1165 an
Dipl.-Kfm. Wolfgang Moser
Prinz-Weimar-Straße 7, 76530 Baden-Baden
Tel.: 0 72 21-36 96-29 oder Fax 0 72 21-36 96 30

Geschäftsanzeigen

Verschiedenes

Familienanzeigen

Wir nehmen Abschied von

Joachim Schmidt

* 19. 2. 1927 in Preußisch Eylau (Windmühlenweg) † 21. 7. 2004 in Mannheim

In stiller Trauer
Irmgard und Ute Schmidt

Alemannenstraße 38, 68259 Mannheim

Leg alles still in Gottes Hände,
das Glück, den Schmerz, die Stunde und das Ende.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem lieben, treusorgenden Vater, Schwiegervater, unserem lieben Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Johann Grün

* 6. 9. 1909 Klein-Baitschen/Ostpreußen † 1. 7. 2004

In stiller Trauer
Gisela Grün, geb. Haß
Gerd-Peter und Heike Grün, geb. Pohl
mit Leona und Carolin
und alle Anverwandten

Sachsenstraße 4, 32120 Hiddenhausen

Ein gutes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.



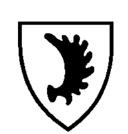
Ursula Orf
geb. Kappe

* 14. 10. 1916 Darkehmen (Angerapp) † 14. 7. 2004 Neuwied

Wir werden sie nie vergessen.

Barbara und Nadine de Viller

Hüllenberger Straße 7, 56567 Neuwied



Aus der Heimat einst vertrieben,
die ich doch so sehr geliebt,
kehr ich heim in ew'gen Frieden,
wo der Herr mir Ruhe gibt.

Irmgard Hoffmann
geb. Karp

Trägerin des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen

* 3. 4. 1926 Eichmedien, Kreis Sensburg † 11. 7. 2004 Bardowick

In Dankbarkeit für ihre Liebe und Fürsorge nehmen wir Abschied
Werner Hoffmann
Regina und Dieter Tödter
mit Dominik
Anette Hoffmann und Karl Meyer
Axel und Susanne Hoffmann
mit Lando, Timo, Marko und Daniel
Susanne und Peter Einhorn
mit Nanti, Juri und Abigail
Kathrin Hoffmann

Max-Eyth-Weg 3, 29574 Ebstorf (Lüneburger Heide)

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 16. Juli 2004, um 14.30 Uhr von der Friedhofskapelle Ebstorf aus statt.

Anstelle freundlich zugedachter Blumen bitten wir um eine Spende für die Landsmannschaft Ostpreußen/Gruppe Ebstorf und das Hospiz St. Marianus, Bardowick bei der Sparkasse Uelzen, Konto-Nr. 88 (BLZ 258 501 10).




In Trauer und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied von

Irmgard Hoffmann

geboren am 3. April 1926 in Eichmedien, Kreis Sensburg
gestorben am 11. Juli 2004 in Bardowick

Die Verstorbene hat die ostpreußische Frauengruppe in Ebstorf ins Leben gerufen und mehr als 30 Jahre lang geleitet. Über ein Jahrzehnt stand Irmgard Hoffmann als Leiterin den ostpreußischen Frauenkreisen in der Bezirksgruppe Lüneburg vor. Die Gründung des Ebstorfer Ostpreußenchores und die Übernahme der Patenschaft für die Gemeinde Eichmedien durch den Flecken Ebstorf gehen maßgeblich auf ihre Initiative zurück.

In Würdigung ihrer Leistungen und ihres lebenslangen Einsatzes für Ostpreußen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Irmgard Hoffmann im Juni 1999 das Goldene Ehrenzeichen verliehen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen
Bernd Hinz, Stellv. Sprecher · Wilhelm v. Gottberg, Sprecher · Dr. Wolfgang Thüne, Stellv. Sprecher

---

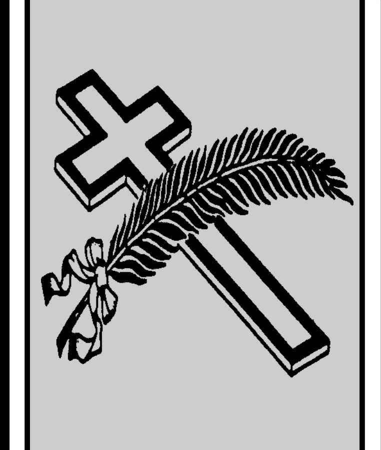
Fern ihrer geliebten Heimat entschlief am 11. Juli 2004 Frau

Irmgard Hoffmann
geb. Karp

aus Eichmedien/Kreis Sensburg
Trägerin des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen

Nach schwerer Zeit am Kriegsende in der Heimat und Vertreibung gehörte sie 1949 zu den Gründungsmitgliedern der LO Gruppe Ebstorf. Sie schuf dort den Ostpreußenchor sowie die Ostpreußische Frauengruppe – und danach – die Ostpreußische Volkstanzgruppe Ebstorf. Dabei verstand sie es – nicht nur ihre Landsleute – für ostpreußisches Kulturgut und Brauchtum zu begeistern. Der Flecken Ebstorf übernahm die Patenschaft für Eichmedien. Über ein Jahrzehnt war Frau Hoffmann Leiterin des Ostpreußischen Frauenarbeitskreises der Bezirksgruppe Lüneburg e.V.
Sie wird uns sehr fehlen.

Landsmannschaft Ostpreußen, Bezirksgruppe Lüneburg e.V.
Manfred Kirrinnis



Fern ihrer geliebten ostpreussischen Heimat verstarb am 27. Juni 2004



Hildegard Herrmann
geb. Klawe
* 7. 4. 1913 in Neidenburg / Ostpr.

In Dankbarkeit:
Christine Sögtrop geb. Herrmann
Gerhard Sögtrop
Holger
Arne und Sandra mit
Anna-Lena und Luisa-Marie

An der Schinnenburg 26
40883 Ratingen-Hösel

Die Seebestattung findet in aller Stille statt.

Termine

Lüneburg – Das Ostpreußische Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 75 99 50, kündigt für August folgende Veranstaltungen an: Noch bis 24. Oktober: „Natur und Jagd in der Malerei“ von Gerhard Löbenberg. Noch bis 29. August ist die Kabinettausstellung „Tabak und Tonpfeifen im südlichen Ostseeraum“ zu sehen.

Braunschweig – Zu dem Thema „Emigriert und vertrieben – Ernst Wiechert überwindet das Zeitalter der Dämonen“ referiert am Mittwoch, 4. August, 16 Uhr, der Direktor des Braunschweiger Landesmuseums im Stadtparkrestaurant, Jasperallee 42.

Bad Pyrmont – Unter Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 25. bis 31. Oktober 2004 im Ostheim in Bad Pyrmont die 50. Werkwoche statt. in den Arbeitsgruppen Musterstricken, Weißstickereien und Kreuzsticken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch wenige Plätze frei. Die Seminargebühr beträgt für *PAZ*-Abonnenten 130 Euro und 175 Euro für Nichtabonnenten bei Vollpension im DZ. EZ stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung (Zuschlag 5,50 Euro pro Nacht). Fahrtkosten werden nicht erstattet. Bei Abschluß eines Jahresabos innerhalb von sechs Monaten wird der Aufpreis erstattet. Anmeldeformulare erhalten Sie bei der LO, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26, Fax (0 40) 41 40 08 48.

Kant in Heppenheim

Königsberg war Thema eines der Motivwagen beim Hessentag 2004

Vielleicht lag es an der starken Ausstrahlung von Kant und dem Dom zu Königsberg, daß der Himmel in einem herrlich hellen Blau erstrahlte, um dem großen Umzug mit den vielen Motivwagen und Musikkapellen beim Hessentag 2004 in Heppenheim an der Bergstraße die sommerlich leichte Atmosphäre zu geben. Unter den vielen Motivwagen waren auch der Philosoph Kant sowie der Dom zu Königsberg vertreten, wie das Bild zeigt. Kant stand in voller Größe gleich vorne auf dem Schlepper, und das große Modell des Doms nahm fast den ganzen Anhänger ein. Dem Verein der Ostseedeutschen in Heppenheim ist dieser schöne Motivwagen zu verdanken. Die Holzteile des Modells kommen aus Ostpreußen, sie wurden von der Schreinerei Seebold in Mauern bei Labiau nach Plänen des Architekt enSchwarz, der ja beim Wiederaufbau des Doms in Königsberg mitgeholfen hat, hergestellt. Nach dem Umzug fand dieses Modell einen Ehrenplatz in der Stadt Heppenheim.

Die Trachtengruppe der Ost- und Westpreußen Bad Vilbel ging dem Motivwagen voran.

Eine besondere Überraschung hatte der Verein auch zur Hand: Eine Baumwolltasche mit dem fünffarbigen Wappen der Stadt Königsberg/Pr. und auf der anderen Seite der Dom zu Königsberg. Auch ein Faltblatt über Kant wurde verteilt. Insgesamt eine herausragende Aktivität, um Ostpreußen dem Publikum näher zu bringen. **H. J. Will**



Brückenschlag über die Ostsee

Ausstelllung zeigte die Geschichte Estlands und die deutsch-estnischen Gemeinsamkeiten

Als kulturellen Brückenschlag „über die Ostsee“ wollte Hilde Michalski eine Ausstellung über die friedliche Revolution Estlands im Ostdeutschen Heimatmuseum Schleswig verstanden wissen. Die Kreisvorsitzende der Vertriebenen begrüßte bei der Eröffnung zahlreiche Besucher, insbesondere den Gastredner Wolfgang Börnsen.

Thema der gezeigten Bild- und Texttafeln, so Börnsen, seien die Ereignisse während der demokratischen Wende in Estland. Die Wanderausstellung wurde ihm als Vorsitzenden der AG Volkskundliche Sammlungen anläßlich eines Besuches von Repräsentanten des Kreises Tartu übergeben. Einer der Höhepunkte der friedlichen Revolution sei ein Sängerfest auf dem Boden des zerstörten Nationalmuseums von 1840 gewesen. Dabei sei die Nationalflagge Blau-Schwarz-Weiß erstmals wieder gezeigt worden, und die Esten hätten friedlich, aber nachdrücklich ihre Freiheit und Unabhängigkeit eingefordert

Börnsen dankte den ehrenamtlich Tätigen des Ostdeutschen Heimatmuseums, daß sie über den neuen Nachbarn an der Ostsee und in der Europäischen Union in Schleswig bildhaft informieren und zugleich zum Besuch des baltischen Landes auffordern wollten. Bei seinen Besuchen in Estland, so der Redner weiter, habe er bei den Menschen Freundlichkeit und Offenheit gespürt und eine „imponierende Europa- und Demokratiebegeisterung“. Es lohne sich, Menschen und Landschaft näher kennenzulernen.

Einen Überblick der Geschichte Estlands und des Baltikums gab Peter v. Somogyi. Das kleine Land mit seinen 1,4 Millionen Einwohner sei über die Jahrhunderte von seinen Nachbarn, Schweden, Dänen, Deutschen, Russen und Polen, beeinflußt worden und habe auch unter deren Politik gelitten. Seit der Zeit der Hanse fühlen sich die Menschen als ein Teil Europas. Eine denkmalspflegerische Leistung sei der Wiederaufbau der historischen Innenstadt von Reval (Tallin) mit seinem Rathaus von 1370 und seinen mittelalterlichen Bürgerhäusern. Seit den ersten freien Wahlen 1990 versuche das Land Anschluß an Europa zu finden. Politisch sei dies mit dem Beitritt zur Europäischen Union gelungen. **Hanns-Peter Arp**

In ungebrochener Liebe zur Heimat

Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen thematsierte die Aufgaben und Ziele der Frauenkreise / Von Edith Baumgart

Mit Gedanken zu dem Spruch „Erst die Fremde lehrt uns, was wir an der Heimat besitzen“ eröffnete die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, die diesjährige Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen. Sie beglück-wünschte Margarete Ritter, Landesfrauenleiterin Thüringen, die vom BdV Thüringen mit der Verleihung der „Nadel in Gold“ ausgezeichnet worden ist. Uta Lüttich führte in ihrer Begrüßung aus, daß in den Frauengruppen ein beständiges Geben und Nehmen stattfindet, in Liebe, Freude und Dankbarkeit. „Die Liebe zur Heimat, die wir bei unseren Zusammenkünften wieder auferstehen lassen, prägt uns tief. Wir verschließen aber auch nicht die Augen davor, wie die Heimat heute ist, wie Polen, Russen und Litauer sie gestaltet haben, und wir helfen nach unseren Möglichkeiten mit Besuchen, Briefen, Paketen und Hilfstransporten, das Leben unserer in der Heimat verbliebenen Landsleute zu erleichtern und ihnen eine kleine Freude mit ‚unserem Überfluß‘ zu machen.“

Uta Lüttich ging dann auf die Osterweiterung der EU am 1. Mai ein – zu den neuen Mitgliedern gehören auch Polen und die baltischen Staaten – auf die Deutschen Vereine, in denen sich die deutsche Volksgruppe zusammengeschlossen hat zur Pflege des kulturellen Erbes der Heimat, zu dem auch die Volkskunst gehört. So werden zur diesjährigen Werkwoche wie-der Landsleute aus Ostpreußen erwartet. Im Jahr 2005 wird die Landsmannschaft Ostpreußen wiederum eine Werkwoche im Haus Kopernikus in Allenstein veranstalten.

Zum Schluß ihrer Ausführungen ging Uta Lüttich auf das Zentrum gegen Vertreibungen ein, dessen Standort nur Berlin sein kann, und auf die Bestrebungen der Stiftung der Deutschen Heimatvertriebenen, den 5. August zum „Nationalen Gedenktag der Vertreibung“ erklären. Am 5. August 1950 wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart verkündet.

Aus den anschließenden Berichten der Landesfrauenleiterinnen sprach eine Vielzahl von Aktivitäten. Es ist wie immer im Leben, an vielen kleinen Orten werden viele kleine Dinge getan, die dem Ansehen der Ostpreußen dienen: Vorträge über bedeutende Persönlichkeiten, Städte und Landschaften, Diskussionsveranstaltungen, die sich mit der Osterweiterung der EU und deren Auswirkungen auf die Heimat befassen, Brauchtum, Marzipanbacken mit Schülern, Volksfeste und Märkte mit Ständen, an denen ostpreußische Spezialitäten angeboten werden, Betreuung von Heimatmuseen, Teilnahme an Trachtenumzügen und, und, und ...

Auf den Spuren der Trakehner: *Die Landfrauenleiterinnen besichtigten auch das erfolgreiche Gestüt in Hämelschenburg.* Foto: Baumgart

Auf der Tagesordnung der diesjährigen Tagung stand auch die Wahl der Bundesvorsitzenden und ihrer Stellvertreterin. Uta Lüttich, Baden-Württemberg, wurde als Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise wiedergewählt und Karla Weyland, Hessen, als ihre Stellvertreterin. Das große Diskussionsthema der Tagung waren „Trachtenhauben“. Auslöser ist die Problematik, daß unsere ostpreußischen Trachtenträgerinnen nicht an Trachtenumzügen teilnehmen dürfen, da das Ostpreußenkleid keine Kopfbedeckung vorsieht. Hierüber wurde eingehend diskutiert. Die Kopfbedeckung soll für alle Frauen und Mädchen tragbar und kleidsam sein, dem Ostpreußenkleid angepaßt, dem Rautenmuster zugeordnet, wobei eine individuelle Gestaltung möglich sein soll. Eine Entscheidung über Stoff, Form und Ausführung, in die auch in der Werkwoche die Werklehrerinnen der Nähstube einbezogen werden sollen, wird im nächsten Jahr getroffen.

Mit aus dem *Ostpreußenblatt* entnommen Worten von Margot Knopke leitete Uta Lüttich zum kulturellen Programm der Arbeitstagung über: „Wir Älteren haben der Jugend einen Reichtum voraus: die Erinnerung. Waren die letzten Erlebnisse in unserer Heimat auch voll Schmerz und Leid, um wie vieles wäre unser Leben ärmer ohne diese Zeit? Denken wir an unsere Heimat, die Kindheit, die Jugendjahre, wie viele Einzelheiten fallen uns dann wieder ein. Die Vielfalt dieser Erinnerungen ist unser Reichtum. Um wie vieles wurde uns die Heimat wertvoller, nachdem wir sie verloren, unwiederbringbar uns all jene Orte der Erinnerung geworden sind. Heimat ist nicht nur Landschaft. Heimat ist, was wir von frühester Kindheit ertastet, in uns aufgenommen ... Man nennt uns die Erlebnisgeneration. Irgendwann aber ist das Erlebte nicht mehr lebendig. Dann wird unsere Erinnerung nur noch in Büchern als Geschichte zu lesen sein ...“

Uta Lüttich stellte in ihrem Vortrag Lovis Corinth, den größten ostpreußischen Maler, geboren 1858 in Tapiau, Kreis Wehlau, vor. Als Porträtmaler, Zeichner, Radierer und Lithograph nimmt Lovis Corinth in der deutschen Malerei einen besonderen Platz ein.

Er war Sohn eines Lohgerbers, studierte an der Königsberger Akademie und ab 1880 bei Defregger in München. Nach vorübergehendem Aufenthalt in Königsberg zog er 1891 nach München und ging 1901 endgültig nach Berlin, wo er seine Malschule eröffnete und seine erste Schülerin, Charlotte Berend, heiratete. Lovis Corinth verstarb im Jahre 1925 in Zandvoort/Holland und ruht auf dem Waldfriedhof in Stahnsdorf bei Berlin.

Marianne Becker, Landesfrauenleiterin Berlin, ließ in ihrem Vortrag „Wo die Rominte fließt“ ein Naturparadies von einmaliger Schönheit, die Rominter Heide, die sich zwischen dem Goldaper- und Wystiter See erstreckt, vor unserem geistigen Auge auferstehen. Sie erwähnte das kaiserliche Jagdschloß, das bis in die 30er Jahre im Besitz der kaiserlichen Familie und bis zum Zweiten Weltkrieg eine Touristenattraktion war. Holzarten und Mischungsverhältnisse der Rominter Heide wechselten je nach Standortgüte. Von alters her ist das Rotwild in der Rominter Heide Standwild gewesen. Die Hirsche trugen als Folge der vorgefundenen reichen Naturäsung, des ausgesprochen kontinentalen Klimas und intensiver winterlicher Sonnenbestrahlung meist starke Geweihe. Aber auch Schwarzwild, Fuchs, Dachs, Iltis, Hase, Schnepfe und Ente trugen dazu bei, eines jeden Jägers Herz höher schlagen zu lassen. Ab 1938 standen Auerochsen in diesem Wildreservat.

Ein Besuch des Trakehnergestüts Hämelschenburg war in die Tagung aufgenommen worden. Die Gruppe wurden von der Züchterin Beate Langels, die die Zucht von ihren Eltern übernommen hat, herzlich empfangen. Wunderschöne Trakehner Hengste und Stuten mit ihren Fohlen wurde vorgeführt, bei vielen Damen wurden Jugenderinnerungen wach. Der Brand, die siebenzackige Elchschaufel auf dem rechten Hinterschenkel, er wurde 1787 eingeführt, macht diese edlen Pferde zu „Brüdern der Elche“. Die Trakehnerzucht blickt auf eine 250jährige Geschichte zurück. Ab 1866 wurden sie als Armeepferde eingesetzt und berühmt. Viel schöner sind sie in Friedenszeiten bei Turnieren, Spring- und Dressurreiten, zu erleben. Seit der Vertreibung erhalten alle Trakehner den doppelten Elchschaufel-Brand. Mit einem Bärenfang-Überraschungsgetränk wurden wir verabschiedet. ■

Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts

Vor 90 Jahren begann mit dem Ersten Weltkrieg das Ende der globalen Vorherrschaft Europas / Von Jan Heitmann

Frühsommer 1914. Nichts deutete auf den bevorstehenden Weltbrand hin. Auf dem Balkan gärte es, aber das beunruhigte niemanden ernstlich, galt die Region doch schon seit langem als Herd lokal begrenzter Krisen. Die europäischen Staaten befanden sich in einer Phase der Hochrüstung, doch das von Bismarck geschaffene Bündnissystem hatte bisher den Frieden in Mitteleuropa garantiert. Auf der Kieler Woche maßen sich die Völker, die sich wenige Wochen später als Todfeinde in einem erbitterten Ringen gegenüberstehen sollten, unter den Augen der Monarchen im sportlichen Wettbewerb. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Freundschaftsbesuch eines Geschwaders der Royal Navy, mit der sich die Kaiserliche Marine in einem stetigen Rüstungswettlauf befand.

Doch am 28. Juni erschütterten die Schüsse Europa, mit denen der serbische Nationalist Gavrilo Princip den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau tötete. Der Weg Europas in den Abgrund begann.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges standen die Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien mit ihren Verbündeten Rumänien und dem Osmanischen Reich den Ententemächten Frankreich und Großbritannien mit ihren Verbündeten Rußland, Serbien und Montenegro gegenüber. Die Bluttat von Sarajevo und die Annahme, daß durch dieses Ereignis der Bündnisfall eingetreten sei, führte in den Hauptstädten Europas zu den Vorgängen, die der Historiker Walther Hubatsch treffend als „die Automatik der Mobilmachungen“ bezeichnet.

»Die Automatik der Mobilmachungen« (Walther Hubatsch)

In Wien drängte das Militär auf einen schnellen Vergeltungsschlag. Der aber würde das mit Serbien verbündete Rußland herausfordern. Deshalb suchte Österreich-Ungarn die Unterstützung Deutschlands. Nach längeren Beratungen erklärten Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Theobald v. Bethmann-Hollweg am 6. Juli die unbedingte Bündnistreue zur Donaumonarchie, obwohl sie hofften, daß sich der Balkankrieg noch lokal lösen ließe. Österreich-Ungarn indes hielt eine militärische Intervention in Serbien für unvermeidlich, wollte es seine Interessen auf dem Balkan durchsetzen. Mit seinem Bündnisversprechen hatte die Reichsleitung dem Nachbarn eine Blankozusage gemacht, wohl wissend, daß sie damit das Risiko der Eskalation zu einem europäischen Konflikt eingegangen war. Andererseits konnte ein schneller Schlag gegen Serbien die Krise auch schnell beenden.

Am 23. Juli forderte Österreich-Ungarn das Königreich Serbien ultimativ auf, die Attentäter und ihre Helfer streng zu bestrafen und alle antiösterreichischen Aktivitäten zu unterbinden. Daraufhin ordnete Serbien zwei Tage später die Mobilmachung an, erkannte die Forderungen aus dem Ultimatum aber dennoch weitgehend an. Wien antwortete mit einer Teilmobilmachung und am 28. Juli mit der Kriegserklärung, der sogleich die Beschießung Belgrads folgte.

Rußland reagierte auf diese Entwicklung, indem es seine Truppen an den Grenzen aufmarschieren ließ. Die Forderung des Deutschen Kaisers nach der Demobilisierung blieb vom Zaren unbeantwortet. Daraufhin erklärte auch Österreich-Ungarn am 31. Juli die Gesamtmobilmachung. Am Nachmittag richtete Wilhelm II. ein letztes Ultimatum an seinen russischen Vetter und forderte Frankreich auf, für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland eine Neutralitätserklärung abzugeben. Als auch diese Noten unbeantwortet blieben und in Frankreich die Mobilmachung angeordnet wurde, erklärte das Deutsche Reich am 1. August Rußland den Krieg. Die Kriegserklärung an Frankreich folgte am 3. August, woraufhin am nächsten Tag deutsche Truppen durch Belgien nach Frankreich marschierten. Diese Neutralitätsverletzung rief nun Großbritannien auf den Plan, dessen scharfe Protestnote einer Kriegserklärung an Deutschland gleichkam. Zwei Tage später schließlich erklärte auch Österreich-Ungarn den Ententemächten und Rußland den Krieg. So eskalierte die Konfrontation der hochgerüsteten Mächte zum Weltkrieg, an dem schließlich 38 Staaten beteiligt waren.

Französische Soldaten marschieren aus Paris zur Front ab: *Wie in den Hauptstädten der anderen kriegführenden Großmächte war auch hier der Jubel in der Bevölkerung groß.* Foto: Archiv

Sowohl die strategische Planung als auch die taktische Kampfführung aller beteiligten Heere gründeten sich auf der Überzeugung, daß die Offensive die der Defensive überlegene Gefechtsart sei und daß die in den ersten Schlachten errungene Entscheidung auch die Entscheidung über den Ausgang des Krieges und die Entscheidung über die zukünftige globale Machtverteilung herbeiführen würde. In dieser Einschätzung folgten die Militärs Clausewitz, der festgestellt hatte, daß ein strategischer Angriff große Risiken berge, nicht selten aber einen Krieg mit einem Schlag entschieden habe. Beide Seiten wollten daher versuchen, die Kriegsentscheidung in einer Angriffsschlacht zu erzwingen.

»Daheim, wenn das Laub fällt« – »over by christmas«

Bei Kriegsbeginn wurde in Deutschland und den anderen kriegführenden Ländern allgemein mit einem kurzen Krieg gerechnet. „Daheim, wenn das Laub fällt“ in Deutschland und „over by Christmas“ in Großbritannien waren die Versprechen, die Militärs und Politiker bar jeden Empfindens für die Realität gegeben hatten. Dies waren aber nicht nur an die Soldaten gerichtete und die Moral hebende Propagandafloskeln, sondern entsprechend waren auch die Planungen für die militärische und wirtschaftliche Kriegführung ausgelegt. Die führenden Militärs beider Seiten gaben sich der Hoffnung hin, in wenigen schnell geführten existentiellen Schlachten die Entscheidung erzwingen und den Gegner niederringen zu können. Diese Annahme sollte sich als fatale Fehleinschätzung erweisen. ■

Hindenburg und die EU-Verfassung

Wie Weimars letzter Reichspräsident zum Schaden Deutschlands instrumentalisiert wird / Von Manuel Ruoff

Wenn, wie unlängst erst wieder aus Anlaß des unwürdigen Geschachers der Parteien um Johannes Raus Nachfolge als Bundespräsident, die Frage aufkommt, ob das Staatsoberhaupt nicht lieber vom Volke gewählt werden solle, kommt auf lang oder kurz das „Totschlagargument“ Paul v. Hindenburg.

Entweder heißt es, daß ein vom Volke gewählter Bundespräsident analog zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik aufgrund seiner direkten demokratischen Legitimation ein mit viel Macht ausgestatteter Präsident sein müsse und der angebliche Mißbrauch dieser Macht durch Hindenburg maßgeblich zum Ende der ersten deutschen Demokratie beigetragen habe. Dabei wird übersehen, daß auch der Sozialdemokrat Friedrich Ebert sich als Reichspräsident des viel geschmähten Notstandsartikels 48 der Weimarer Verfassung bediente, dieser Artikel also so undemokratisch nicht gewesen sein kann.

Hindenburg war bei seiner Wiederwahl als Reichspräsident der gemeinsame Kandidat der SPD sowie der Vorgängerparteien von Union und FDP

Oder es wird argumentiert, daß das Volk mit der Wahl Hindenburgs seine Unfähigkeit zur Wahl eines geeigneten Präsidentschaftskandidaten bewiesen habe. Dabei wird dann gerne verschwiegen, daß Hindenburg bei seiner Wiederwahl 1932 der gemeinsame Kandidat von SPD, Zentrum und Bayerischer Volkspartei sowie Deutscher Staatspartei und Deutscher Volkspartei war und damit von jenen Parteien, die beziehungsweise deren Nachfolger seit 1949 die Wahl des Bundespräsidenten unter sich ausgemacht haben.

Hindenburg wird vor allem vorgeworfen, daß er Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hat. In Demokratien ist es Usus, daß das Staatsoberhaupt den mit der Regierungsbildung beauftragt beziehungsweise – wie in der Bundesrepublik – dem Parlament zur Wahl vorschlägt, hinter dem die meisten Abgeordneten stehen. Am 30. Januar 1933 war das nun einmal Adolf Hitler.

Ferner wird Hindenburg vorgeworfen, daß er nach dem vermeintlich kommunistischen Brandanschlag auf den Reichstag vom 27. Februar 1933 der Umwandlung der Weimarer Republik in das Dritte Reich keinen Widerstand entgegengesetzt habe. Mit diesem Vorwurf sollten wir spätestens seit dem mutmaßlich islamistischen Anschlag auf das Welthandelszentrum vom 11. September 2001 vorsichtig sein. Menschenrechtsorganisationen konstatieren weltweit Einschränkungen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten unter Hinweis auf den Terrorakt, und die US-Regierung hat den Angriff auf die New Yorker Zwillingstürme gar zum Anlaß für zwei Kriege genommen. So wissen wir inzwischen, daß selbst westliche Gesellschaften mit einer langen demokratischen Tradition ihrer Regierung sehr viel, gefährlich viel Spielraum gewähren, wenn sie der Überzeugung sind, daß ein bedrohlicher, gutorganisierter Feind ihres Landes und ihres Lebensstils einen erfolgreichen Anschlag auf eines ihrer Nationalsymbole verübt hat. Das rechtfertigt nicht das Versagen der Reichsorgane, die nach dem Reichstagsbrand der Machtkonzentration bei der Reichsregierung keinen oder zumindest nicht genügend Widerstand entgegensetzten, aber es relativiert deren Schuld. Zudem vollzog sich der Systemwechsel am Ende der Präsidentschaft Hindenburgs in hohem Maße den Gesetzen entsprechend, was in dem von den Nationalsozialisten verwendeten Begriff der „legalen Revolution“ seinen Ausdruck findet. So war es denn auch primär der Geist der Weimarer Verfassung und weniger deren Text, dem die NS-Herrschaft widersprach.

Die ablehnende Haltung der politischen Klasse gegenüber einer Wahl des Präsidenten durch das Volk ist nicht allein mit Paul v. Hindenburg zu erklären. Vielmehr steht das politische Establishment jeder über Parlamentswahlen hinausgehenden Einflußnahme des Volkes auf die Bundespolitik distanziert gegenüber. Gerne suggerieren die etablierten Parteien den Eindruck, daß sie pluralistisch das demokratische Spektrum widerspiegeln und abdecken würden, aber in der Frage der Beteiligung des Volkes an bundespolitisch wichtigen Entscheidungen sieht sich der Wähler einer Einheitsfront gegenüber, aus der einzelne Parteien höchstens dann einmal populistisch ausscheren, wenn sie sicher sein können, daß es wirkungslos bleibt.

Wenn diese Bevormundung des Volkes dazu führt, daß die Politik der Bundesrepublik im Vergleich zu jener der Nachbarstaaten mit plebiszitären, direktdemokratischen Elementen wie Volksabstimmungen stärker von ausländischen und weniger von den Interessen des Staatsvolkes bestimmt wird, dann ist das in den Augen derer, die in Deutschland statt des Volkes entscheiden, nicht etwa eine bedauerliche Begleiterscheinung, sondern vielmehr Sinn und Zweck der sogenannten repräsentativen oder indirekten Form der Demokratie.

Die politische Klasse ist gegen Volksentscheide, da sie Ausländern keine Chance böten, »sich in den nationalen Meinungsbildungsprozeß einzubringen«

So heißt es in dem von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Sammelband „Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?“ in einer Zusammenfassung des Beitrages des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Josef Klein, gegen mehr Plebiszite auf der Bundesebene spreche das stärkere außenpolitische Gewicht Deutschlands. Direktdemokratische Entscheidungen zur Außenpolitik böten weder den Menschen in anderen Staaten und nur sehr bedingt deren Medien die Chance, sich in den nationalen Meinungsbildungsprozeß einzubringen, auch wenn sie davon maßgeblich betroffen wären. Da immer mehr innenpolitische Entscheidungen außenpolitische Auswirkungen hätten, schränke dies die überzeugende Anwendung von Plebisziten auf nationaler Ebene maßgeblich ein.

Es besteht also ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der weitgehenden Entmündigung des Bundesbürgers und der Vernachlässigung seiner Interessen durch die bundesdeutsche Politik.

Häufig wird seitens der etablierten Parteien der Verzicht auf Volksbefragungen mit dem Hinweis auf das Grundgesetz begründet. Dabei verstießen beziehungsweise verstoßen noch heute sie selber gegen den Geist des Grundgesetzes, wenn sie der „für eine Übergangszeit“ bestimmten Bonner Ordnung per Grundgesetzänderung ihren provisorischen Charakter nahmen und dem deutschen Volke das grundgesetzlich verbriefte Recht vorenthalten „in freier Entscheidung“ über seine Verfassung und die Art und den Grad seiner Mitbestimmung zu beschließen. Wenn die politischen Entscheidungsträger jedoch nicht einmal vor einer Mißachtung des Geistes des Grundgesetzes zurückschrecken, um den Status quo zu wahren, besteht kaum Hoffnung, daß sie – beispielsweise in der EU-Verfassungsfrage – freiwillig und ohne Not eine Mitbestimmung des Volkes und damit eine stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen zulassen werden. ■



Köstliche Texte

Phanthsievolle Geschichten nicht nur für Kinder

In den vergangenen Jahren hat man sie immer öfter gesehen und das nicht nur in den USA oder in tropischen Gebieten. Auch Deutschland wurde schon von kleinen Tornados oder Windhosen heimgesucht. Unglaubliche Verwüstungen hinterlassend haben diese Stürme sich über alles hergemacht, das nicht niet- und nagelfest war. Auch Jossi und Tante Ameli glauben ihren Augen nicht zu trauen, als sie plötzlich eine riesige spitze Tüte aus Wolken am Himmel entdecken. Mit dem Huhn Goldi und dem Schaf Wolli werden sie empor geschleudert und erst auf einem kargen Felsen wieder losgelassen. Mit einem Flußpferd und einem Papagei, die ebenfalls von der Windhose aus ihren gewohnten Bahnen gerissen wurden, erleben die vier nun außergewöhnliche Abenteuer, denn es heißt durch den Berg zu wandern, um sich auf der anderen Seite des Gebirges in Sicherheit zu bringen.

Ingrid Cambou hat mit ihrem Kinderbuch „Die Reisenden aus der Windhose“ eine zauberhafte Geschichte geschrieben, die auch Erwachsene in ihren Bann ziehen dürfte. Mit lebendigen Dialogen zeichnet die in Masuren geborene Autorin typische Charaktere, auch wenn sie in einem Tierkörper stecken, etwa das zickige Huhn, das nette Schaf, das sensible Flußpferd ... Als am Ende sogar ein hilfreicher Indianer auftaucht, nimmt die Geschichte ein gutes Ende.

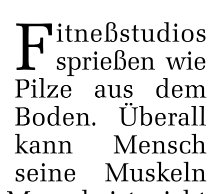
Indianer spielen auch eine herausragende Rolle in „Feuerfeder, der Häuptlingssohn“, einem Buch, das Ingrid Cambou ursprünglich für ihre Söhne geschrieben hat, die unbedingt Indianergeschichten lesen wollten, kaum daß sie in der Schule lesen gelernt hatten. Hier geht es um Freundschaft und Mut, um ein friedliches Leben miteinander. Abenteuer im Alltag erleben auch der Junge Tobi, ein unternehmungslustiger Rabe, ein fröhlicher Sandfloh, Hunde, Katzen und allerlei anderes Getier. Ob in Prosa oder in Versform – Ingrid Cambou sind köstliche Texte aus der Feder geflossen, die nicht nur Kindern Spaß bereiten. **os**

***Ingrid Cambou: „Die Reisenden aus der Windhose“**, 176 Seiten, 8,80 Euro; **„Feuerfeder, der Häuptlingssohn“**, 100 Seiten, 7,80 Euro; **„Tobi, Geschichten um Tobi“**, 199 Seiten, 7,80 Euro; **„Ein Rabe, rabenschwarz und froh, Gedichte für Kinder“**, 111 Seiten, 7,80; alle Bücher enthalten zahlr. Zeichnungen der Autorin und sind im Verlag videel OHG, Niebüll, erschienen.*



Gesund altern

Gymnastiklehrerin stellt spezielle Übungen für ältere Menschen vor



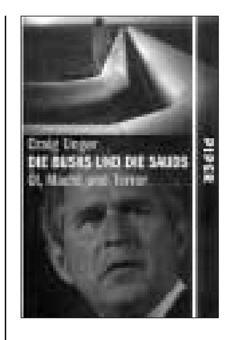
Fitneßstudios sprießen wie Pilze aus dem Boden. Überall kann Mensch seine Muskeln trainieren, doch Mensch ist nicht immer gleich Mensch, denn die meisten Besucher der Studios sind jung. Nur selten verirren sich ältere Menschen in diese Räumlichkeiten, dabei haben es gerade ältere Menschen besonders nötig, sich fit zu halten, denn nur wer, wie die Autorin stets betont, fit ist, hat eine gute Chance auf ein gesundes Altern.

Ilse Buck, bekannte österreichische Gymnastiklehrerin, die schon im dortigen Radio zahlreiche Fitneßsendungen gestaltet hat, hat nun in ihrem Buch „So bleiben Sie länger fit! Gesundheit und Beweglichkeit bis ins hohe Alter“ zahlreiche Sportübungen speziell für Menschen über 60 Jahre aufgeführt.

Zu Beginn nennt sie zahlreiche gesundheitliche Gründe, warum es vor allem im Alter wichtig ist, regelmäßig in Bewegung zu bleiben. Die selbst nicht mehr ganz junge Autorin ist auf zahlreichen farbigen Fotos zu sehen, wie sie die im nebenstehenden, in großer Schrift gedruckten Text erläuterten Übungen vormacht, wobei die Übungen so konzipiert sind, daß man sie auch daheim auf dem Teppich und vom Sessel aus nachmachen kann.

Ilse Bucks ebenfalls im Buch abgedruckten Gesundheitstips sind zwar nicht neu, aber in der Zusammenfassung durchaus sinnvoll. **R. B.**

***Ilse Buck: „So bleiben Sie länger fit! Gesundheit und Beweglichkeit bis ins hohe Alter“**, Überreuter, Wien 2004, laminiert, zahlr. farbige Abb., 152 Seiten, 19,95 Euro*



Verschont!?

Warum ignoriert Bush Saudi-Arabien

Die „Bushs und die Sauds“ ist ein Buch, das die schockierenden Ergebnisse der jahrzehntelangen Recherche Craig Ungers über die mysteriösen Beziehungen der Familie Bush nach Saudi-Arabien offenbart.

Äußerst nüchtern und sachlich schildert der Autor den Grund, warum George W. Bush bei seinem Feldzug gegen „die Achse des Bösen“ ausgerechnet Saudi-Arabien, die Heimat Bin Ladens und vieler „Banker des Terrors“ verschont hat. Die Begründung ist eine ganz einfache, nämlich die Abhängigkeit der USA vom arabischen Öl und die finanziellen Interessen des Bush-Clans an diesen Geschäften. Denn Öl ist und bleibt der Motor der heutigen Weltwirtschaft und Saudi-Arabien liegt mit 35,4 Millionen Tonnen an Rohölvorräten weit vor den anderen, das „Schwarze Gold“ fördernden Ländern wie zum Beispiel der Irak, Kuwait und die Arabischen Emirate.

Teilweise recht akribisch erörtert der Autor die genauen Verhältnisse der Hauptakteure dieser unheilvollen Allianz untereinander. Logisch nachvollziehbar und strukturiert berichtet Unger über den kontinuierlichen Aufstieg von George Bush und auf welchem Wege er zu Macht und Ansehen gelangte. „John Connally war der silberhaarige, redegewandte frühere demokratische Gouverneur von Texas ... In den 70er Jahren hatte jener Connally nur einen ernsthaften Rivalen in Texas: George W. Bush, einem Mann, der ihm an Charisma weit unterlegen war. Connally war in Texas bereits eine lebende Legende. Bush dagegen war ein Yankee aus Connecticut, der sich ständig als guter Texaner beweisen mußte.“

„Die Bushs und die Sauds“ ist ein sehr „männliches“, extrem emotionslos gehaltenes Buch, das dem Leser zu Beginn hilft, sich an die Thematik heranzutasten, um dann voll in die aktuellen Ereignisse einzusteigen und Begründungen für das Geschehene zu finden. „Die gewaltigen Unterschiede zwischen den Amerikanern und den Saudis lagen unter der Oberfläche verborgen. Die US-amerikanischen Piloten der Familie bin Laden gehörten zu den wenigen Amerikanern, die wenigstens einen gewissen Eindruck davon bekamen wie die Saudis in ihrer Heimat lebten. Mitte der 70er Jahre fiel Gerry Auerbach, einem der Piloten, ein großer, schlacksiger, ziemlich mürrischer Junge auf. Er war einer von Salems Halbbrüdern, und der Pilot fragte nach dem Namen des jungen Mannes. Die Antwort lautete ,Das ist Osama. Er betet gerade.‘“

Craig Unger hat sich mit diesem Buch einem äußerst brenzligem Thema zugewandt und enthüllt faszinierende Hintergründe, die das vielleicht bruchstückhafte Wissen des Lesers zu einem soliden Geflecht verknüpfen. **A. Ney**

***Craig Unger: „Die Bushs und die Sauds – Öl, Macht und Terror“**, Piper, München 2004, 359 S., 19,90 Euro*



Da sträuben sich dem Leser die Haare

Werner Maser belegt Irrtümer, Dichtungen und bewußte Fälschungen in der Forschung über Hitler und Stalin

Schon wieder Hitler und Stalin“ – oder auch „Immer noch Hitler und Stalin“ – oder auch „Wie lange noch Hitler und Stalin“ – so oder so ähnlich mag mancher murmeln, wenn er das neueste Werk von Werner Maser in Buchhandlungen sieht. Ist denn mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende dieser beiden Despoten nicht schon alles gesagt und geschrieben, was es dazu auszuführen gibt? Gerade wer so fragt oder denkt, sollte sich das neueste Buch von Maser beschaffen. Auch wenn zu dem, was allein dieser Autor in mehr als zehn umfangreichen und in mehrere Sprachen übersetzten, international vertriebenen und weltweit anerkannten Büchern publiziert hat, nun noch einmal 478 kompakte Druckseiten hinzugekommen sind, macht gerade diese jüngste Arbeit Masers deutlich, daß zu dem Thema Hitler, Stalin, ihr verbrecherisches Wirken und ihre furchtbare Hinterlassenschaft, noch längst nicht alles gesagt und vor allem geschrieben ist.

Wie der Titel schon ausdrückt, hat Maser zu den (auch von ihm verfaßten) bekanntesten Biographien, biographischen Beschreibungen und historischen Betrachtungen nicht einfach nur eine weitere, neue oder auch nur eine erneuerte Betrachtung hinzugefügt. Er hat es sich vielmehr zur Aufgabe gemacht, an Hand der erweiterten Möglichkeiten, die seit der „historischen Wende“ von 1989/90, der fortgeschrittenen Zeit, die das Öffnen bisher verschlossener Archive mit sich brachte sowie der Befragung von Zeitzeugen, die unter den despotischen Verhältnissen des roten Sozialismus sich entweder nicht frei äußern konnten oder lügen mußten, bisherigen Quellen noch einmal nachzugehen und sie auf Stichhaltigkeit abzuklopfen. Elf Seiten umfaßt das bibliographische Register, nicht gezählt die zahlreichen Fußnoten und im Text in Klammern eingefügten Erläuterungen und Zusatzhinweise auf Quellen oder solche, die sich dafür ausgaben, sowie Fotos und Dokumentenkopien, welche der Autor als bisher unveröffentlichte Tatsachenbelege erstmals der Öffentlichkeit vorstellt.

Aber nicht nur das macht den Reiz und vor allem das Gewicht des Buches aus. Seine Forschungen decken vielmehr auf, was viele Autoren, wären sie früher nur exakter, redlicher, wissenschaftlich ernsthafter, ohne ideologische Scheuklappen, weniger dem jeweiligen Zeitgeist und vor allem der Political Correctness folgend – eben einfach nur wissenschaftlich ehrlich – vorgegangen, schon viel früher hätten ermitteln können. Daher trifft der Titel „Fälschung, Dichtung und Wahrheit ...“ durchaus den Kern seines Werkes. Und nicht ohne Grund spricht er deshalb im Vorwort aus, daß „dieses Buch keinen einhelligen Beifall finden wird“, weil der Autor niemanden schont und auch gegenüber sich selber ehrlich genug ist, an wenigen Stellen zuzugeben, daß frühere Aussagen von ihm aus heutiger Sicht ebenfalls gewisser Klarstellungen oder Ergänzungen bedürfen. Aber das sind Marginalien. Dominant sind jene Fakten, die vorgestanzte „Belege“ vielfach hochgelobter Autoren in das Reich der Fabel verweisen.

Maser geht, wie wir das von ihm seit jeher gewohnt sind, akribisch vor. In 41 Kapiteln „grast“ er Hitler von seiner Geburt bis zu dessen unrühmlichen Selbstmord ab. Dabei räumt er gleich zu Anfang mit allen Legenden vom angeblich geborenen Schicklgruber, dem vermeintlich armen Schlucker und minderbemittelten Hilfsarbeiter in Wien, bis hin zu der von Hitler selbst in die Welt gesetzten Lüge vom „Parteimitglied Nummer 7“ durch konkrete Belege und Dokumentenkopien auf. So geht es in den Kapiteln weiter über Schulzeit, familiäres Umfeld, erdichtete und tatsächliche Freundschaften und Bekanntschaften, den Ersten Weltkrieg und seine Soldatenzeit, den Beginn seiner politischen Karriere bis hin zum „Führer und Reichskanzler“. Dies wohlgemerkt nicht als chronologisch gefaßte neue Biographie, sondern dargestellt an Schlüsselereignissen und bisher als „erwiesen“ vorgestanzten Beschreibungen. Es war reizvoll für den Rezensenten, so manches seiner Hitlerbücher aus den Regalen zu nehmen und noch einmal nachzulesen, was auch er bisher für bare Münze genommen hatte. Daher ist das Buch eher als Lexikon denn als biographischen Bericht zu erkennen. Man wird in Zukunft immer wieder auf diesen neuen Maser zurückgreifen, wenn man sich mit Hitler, Stalin und ihrer Zeit beschäftigt.

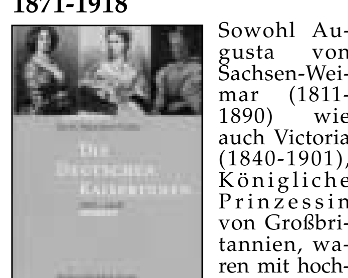
Das betrifft insbesondere die Kapitel über den Zweiten Weltkrieg und die Nennung von Hitler und Stalin im Titel. Auch hier erweist sich Maser wieder als der unbestechliche Historiker wie wir ihn schon aus seinen bisherigen Arbeiten kennen. Für ihn zählen zuerst Fakten, und die müssen belegbar sein und belegt werden. Da nimmt er nicht im mindesten Rücksicht darauf, daß einige besonders „politisch Korrekte“ wahrscheinlich mit der Schimäre kommen werden, hier stelle er die beiden Despoten „auf eine Stufe“, was dem „Herunterspielen der Singularität des Holocaust“ gleichkomme. Maser pflückt bisher genannte Opferzahlen – und zwar sowohl die des braunen wie des roten Totalitarismus – auseinander, deckt viele „Quellen“ als bloße Erfindungen, Spekulationen und bewußt in die Welt gesetzte Lügen auf und stellt dagegen, was inzwischen bewiesen werden kann und wahrscheinlich nie mehr exakt zu beweisen sein wird. Hier reizte es den Rezensenten, Zitate aneinander zu reihen, was jedoch Sinn und Umfang einer Besprechung sprengen würde.

Besonders hervorzuheben ist jedoch Masers wissenschaftliche Auseinandersetzung mit sogenannten Augen- oder Ohrenzeugenberichten und den durch Dokumente belegten Tatsachen. Hier geht es ihm nicht darum, Zeitzeugen generell als unseriös oder gar als Aufschneider, Wichtigtuer oder bewußte Lügner herabzusetzen, obwohl er auch solche mit Belegen überführt. Aber er mahnt alle an, die sich publizistisch mit dem Thema befassen, Aussagen dahingehend zu überprüfen, ob sie durch Dokumente, Tatsachenaufzeichnungen oder welche Belege auch immer Nachprüfungen standhalten. Da sträuben sich dem Leser förmlich die Haare hinsichtlich der Legendenbildungen, Fälschungen, Lügen, teils Übertreibungen, teils Vertuschungen und bewußten politischen Instrumentalisierungen für kurzlebige Zeitgeisteffekte, die sich insbesondere das Fernsehen und die sogenannten „bunten Blätter“ leisten. Das aber ebenfalls nicht als Schimpfkanonaden eines überpenibIen und inzwischen in die Jahre gekommenen Professors, sondern, wie alles in diesem Buch, mit der Aufzählung von Daten und Fakten, die alle für sich sprechen.

Ein bisher unterbelichtetes Kapitel des Themas Hitler wird ebenfalls aufgehellt: Die fast totale Fehlbeurteilung dieser Person wie seiner politischen Ziele vor 1933 durch die publizistische wie literarische Linke. Von Tucholsky über Ossietzky bis zu den Gebrüdern Mann reichen Masers Zitate derer, die Hitler entweder total unterschätzten oder gar in ihm einen „Erneuerer“ des von der „Intelligenzija“ (oftmals wortgleich mit Hitler) verächtlich gemachten „Weimarer Systems“ sahen. Hier sind durchaus Parallelen zur Gegenwart zu erkennen, insbesondere bei Historikern aus dem früheren Sowjetbereich, die sich noch immer nur schwer von der stalinistisch-marxistischen „Geschichtsbetrachtung“ trennen können. Fazit: Dieses Buch ist ein herausragendes Dokument der Zeitgeschichte, dem größtmögliche Verbreitung zu wünschen ist. **Fritz Schenk**

***Werner Maser: „Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin“**, Olzog, München2004, geb., 480 Seiten, 34 Euro*

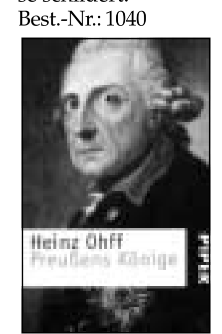
PREUSSISCHER MEDIENDIENST



Karin Feuerstein-Praßer
Die dt. Kaiserinnen 1871-1918
Sowohl Augusta von Sachsen-Weimar (1811-1890) wie auch Victoria (1840-1901), Königliche Prinzessin von Großbritannien, waren mit hochgesteckten Zielen ins nüchtern-militärische Berlin gekommen.
Geb., 262 Seiten
Best.Nr.: 2047 29,90 €



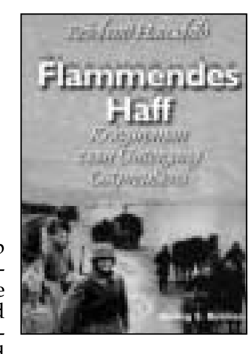
Hans Deichelmann
Ich sah Königsberg sterben
Der Autor arbeitete als Arzt und blieb auch nach der Einkesselung im Frühjahr '45 in Königsberg. Hier verfaßte er sein Tagebuch, das das Leiden und Sterben der zurückgebliebenen Bewohner, den Überlebenskampf und das Warten auf die ersehnte Ausreise schildert. Kart., 288 S.
Best.-Nr.: 1040 15,50 €



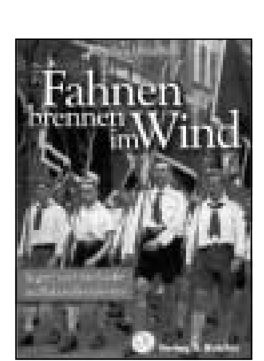
Heinz Ohff
Preußens Könige
Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preußischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld.
TB, 389 Seiten
Best.Nr.: 1806 11,90 €



Karin Feuerstein-Praßer
Die preußischen Königinnen
Das erste Buch über die Gemahlinnen der Hohenzollernkönige. Es war durchaus kein leichtes Schicksal, das die preußischen Königinnen im „Männerstaat" Preußen zu bewältigen hatten. Spätestens mit ihrer Hochzeit mußten sie weitgehend auf Selbstbestimmung verzichten und hatten sich der höfischen Etikette und dem Willen des fürstlichen Gemahls zu unterwerfen.
Geb., 324 Seiten
Best.Nr.: 1699 29,90 €



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Kriegsroman vom Untergang Ostpreußens Kart., 302 S.
Best.-Nr.: 1035 15,50 €



Reinhold Friedrich
Fahnen brennen im Wind
Jugend und ihre Lieder im Nationalsozialismus
Kart., 317 S.
Best.Nr.: 1858 16,95 €



Wolfgang Neugebauer
Geschichte Preußens
Der Band schildert die preußische Geschichte von den mittelalterlich-territorialen Grundlagen bis zur Auflösung des preußischen Staates im Jahr 1947.
Kart., 159 S.
Best.Nr.: 3815 24,90 €



Walter Post
Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges
Ein Grundriß der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbor.
Geb., 671 S.
Best.Nr.: 3630 29,80 €

NEU!

Boom/
Haase-Hindenberg
Der fremde Vater
Der Sohn des Kanzlerspions Guillaume erinnert sich.
Geb., 415 S.
Best.Nr.: 3817 22,50 €

Hans Bentzien
Claus Schenk Graf von Stauffenberg – Der Täter und seine Zeit
Eine kompetente Einführung in die Motive des militärischen Widerstands gegen Hitler und ein kontroverses und zeitgerechtes Lebensbild des bekannten Attentäters.
Geb., mit Fotos und Dok., 367 S.
Best.Nr.: 3814 17,50 €



Udo Madaus
Allianz des Schweigens
In den Jahren 1945 bis 1949 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone Tausende enteignet. Diese Tatsache wurde in der Bundesrepublik parteiübergreifend als nicht vereinbar mit dem Grundgesetz verurteilt, was die Betroffenen nach der Wiedervereinigung hoffen ließ. Udo Madaus erzählt von ihrer Enttäuschung.
Geb., 525 Seiten
Best.Nr.: 3086 22,00 €

General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Königsberg zählt zu den am härtesten umkämpften Städten des 2. Weltkriegs. Der Autor leitete die Verteidigung der Stadt bis zur Übergabe am 09.04.45.
Geb., 144 Seiten
Best.Nr.: 1318 12,00 €

Richard Matthias Müller
Der Krieg, der nicht sterben wollte
Monschau 1945, Zeitzeugen beider Seiten schildern die katastrophalen Kämpfe um „Schmidt" und „Kommerscheidt", die Flutung der Eifelsperren und die Lage der Zivilbevölkerung aus der Sicht eines Zwölfjährigen.
Geb., 349 Seiten
Best.Nr.: 1366 19,90 €



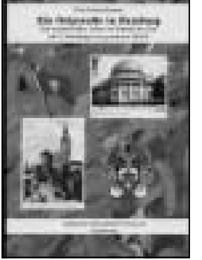
Bernard Lewis
Der Untergang des Morgenlandes
Warum die islamische Welt ihre Vormacht verlor. „Bernard Lewis hat hier sein wohl bedeutendstes Werk für den heutigen Leser vorgelegt." New York Times.
Geb., 254 Seiten
Best.Nr.: 1842 19,90 €



Hans Daßau
Wege durch Ostpreußen
Ein Jahrhundert-Roman, der aus eigenen Erfahrungen und aus mancherlei Gesprächen und Recherchen entstanden ist und dessen Wege immer wieder nach und durch das unvergessene Ostpreußen führen. Kart., 161 S.
Best.Nr.: 2293 14,90 €



Hilda Lentz
Ostpreußen unvergessen
Ein Flüchtlingsmädchen erzählt.
Geb., 196 Seiten
Best.Nr.: 3346 18,90 €

Fritz Deutschmann
Ein Ostpreuße in Hamburg
Ein wechselvolles Leben im Wandel der Zeit.
Geb., 160 Seiten
Best-Nr.: 3496 22,- €

Hier gibt's Musik, Musik, Musik



Küchenlieder
Doppel-CD
Aus dem Inhalt: Mariechen saß weinend im Garten, Es war einmal eine Müllerin, Bauernhochzeit, u.v.m., 36 Lieder.
Best.Nr.: 1193 NUR 13,99 €

Märsche aus aller Welt
3-CD-Box
Einzug der Gladiatoren, Türkischer Marsch, Alte Kameraden, Persischer Marsch, Preußens Gloria, Radetzky Marsch, Hoch- und Deutschmeister Marsch, uvm., 42 Märsche insg.
Best.Nr.: 1212 NUR 11,99 €

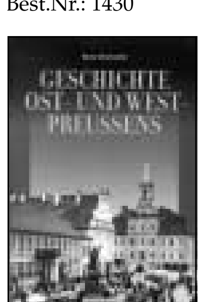
Für die ganze Famillie
Hubert Deuringer
Das besondere Liederbuch
765 deutsche Volkslieder; Eine volkskundliche Fundgrube, *das* neue Standardwerk deutscher Volksliedkultur!
Das Buch ist in Leder eingebunden und umfaßt 765 Seiten, zzgl. 1 CD
Best.Nr.: 2230 49,90 €

Aus dem Rautenberg Verlag



Georg Hermanowski
Ostpreußen Wegweiser durch ein unvergessenes Land
Dieses Buch will, wie der Name schon sagt, Wege nach und durch Ostpreußen weisen. Was an diesen Wegen lag oder immer noch liegt, wird in etwa 500 alphabetisch geordneten Stichworten vorgestellt. Der Leser wird mit der preussischen Vergangenheit wie mit der Geschichte Ostpreußens und des Fürstbistums Ermland bekannt gemacht, er erfährt Wesentliches über die Gründung der Städte und Dörfer wie deren Entwicklung, über die großen Persönlichkeiten, die aus ihnen hervorgingen.
Geb., 344 Seiten
Best.Nr.: 1430 12,95 €

Robert Albinus
Königsberg Lexikon
... für alle, die Königsberg lieben
Das Königsberg Lexikon, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die Königsberg lieben und ihr Wissen über die Stadt und ihre Menschen vertiefen wollen.
Geb., 379 S.
Best.Nr.: 1405 12,95 €

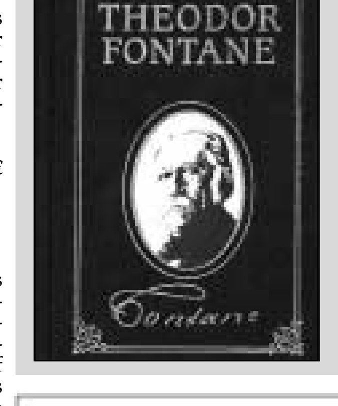


Bruno Schumacher
Geschichte Ost- und Westpreußens
Die „Geschichte Ost- und Westpreußens" ist ein Werk der allgemein verständlichen Geschichtsschreibung für all diejenigen, deren eigene Vergangenheit mit Ost- und Westpreußen verbunden ist, und für alle, die mehr über eine wechselvolle Historie der Region erfahren wollen.
Geb., 416 Seiten
Best.Nr.: 1824 14,95 €




Georg Hermanowski
Das Ermland
Im Herzen Ostpreußens mit 72 farbigen Großfotos. Das Ermalnd erstreckt sich von Frauenberg am Frischen Haff bis zur größten Stadt des Ermlands, Allenstein; die Großfotos künden von der Schönheit dieser Region. Der ausführliche Textteil informiert kompetent über Landschaft, Kultur und Geschichte des Ermlandes.
Geb., 144 Seiten
Best.Nr.: 3156 10,95 €

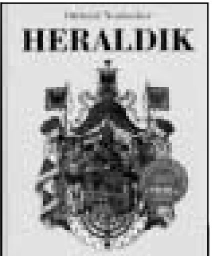
Klassiker!



Theodor Fontane
3 Romane in 2 Bänden
Effi Briest - Frau Jenny Treibel - Irrungen und Wirrungen. Ganzbalacroneinband mit reicher Goldprägung auf Rücken und Deckenvorderseite, ebenso ein Bild des Autors auf der Vorderseite
Kart., 293/343 Seiten
Best.Nr.: 3669 NUR 7,95 €



Die Bibel
Die Hausbibel für die ganze Familie - in einer wunderschönen Ausgabe! Für die tägliche Lektüre - und als Basis für Reflexionen und Quelle innerer Einkehr, Altes und Neues Testament. Bibliophile Schmuckausstattung: Einband aus hochwertigem Lederfaserstoff, mit Goldprägung.
Geb., 1650 Seiten
Best Nr.: 3575 NUR 14,95 €



Statt frühere Original-ausgabe 61,35 € jetzt nur 19,95 €!

Ottfried Neubecker
Heraldik
Wappen – ihr Ursprung, Sinn und Wert
Geb., mit zahlreichen Fotos und Dok., 288 S.
Best.Nr.: 2683 19,95 €

Video-Sonderangebot!

Die Geschichte der deutschen Kriegsmarine 1914 – 1945
Mit zum Teil nie gezeigten Filmaufnahmen in Farbe und sch/w wird die Entwicklung der deutschen Kriegsmarine von 1914 bis 1945 erstmals in derart umfassender Form nachgezeichnet.
VHS-Video, Laufzeit: ca. 75 Min., Freigegeben ab 16 Jahren gem. § 7 JÖSchG FSK
Best.Nr.: 2330 NUR 19,95 €

Triumph und Tragödie der Wilhelm Gustloff
Die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten mit 9.343 Toten, Ergebnis einer jahrzehntelangen Auswertung von Materialien über die Gustloff. Viele Zeitzeugen schildern ihre Erlebnisse.
VHS-Video, ca. 80 Minuten
Best.Nr.: 1433 21,00 €

Beide zusammen nur 34,95 € (Best.Nr.: 3818)

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: **PREUSSISCHER MEDIENDIENST**
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Best.-Nr.	Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: _______ Name: _______

Straße, Nr.: _______

PLZ, Ort: _______ Telefon: _______

Ort, Datum: _______ Unterschrift: _______

31/2004

Quer durchs Beet

Südafrika »überprüft« ausländischen Besitz

Südafrikas Regierung versetzt weiße Grundbesitzer in Unruhe: Sämtlicher ausländischer Grundbesitz im Lande soll „überprüft“ werden. Wie ein Regierungssprecher mitteilte, werden die Ergebnisse der Überprüfung später in der Öffentlichkeit diskutiert, um anschließend über „Restriktionen“ zu entscheiden. Laut Landwirtschaftsminister Thoko Didiza wird bereits erwogen, Besitzurkunden in Erbpachttitel umzuwandeln. Besorgte Betroffene fragen sich: Ist das der Auftakt zu Enteignung und Vertreibung weißer Landeigentümer wie in Simbabwe und seit kurzem auch in Namibia? Besonders nach der Abkehr von der Apartheid hatten zehntausende Europäer, auch Deutsche, in Südafrika Immobilien erworben.

Satter Gewinn mit Reichstagsflagge

Die Odyssee der zur Zeit bekanntesten Deutschlandfahne geht weiter: Bundestagspräsident Thierse hatte (*PAZ* berichtete) das Banner, das einst über dem Reichstag wehte, versteigern lassen. Peinlich: Ausgerechnet eine Hallenser Bordellbetreiberin erhielt für 3.350 Euro den Zuschlag. Zahlreiche Bürger von Halle protestierten indes dagegen, daß über einer Lasterhöhle die Nationalflagge wehen sollte, weshalb die Betreiberin die Flagge erneut zur Versteigerung ausschrieb. Jetzt zahlte jemand stolze 16.050 Euro für das prominente Tuch. Die patriotische Puff-Mutter will 14.000 Euro – mehr als ihren Reingewinn – an den Verein „Kinderplanet“ spenden.

Personalien

»Patriotismus, Stolz, Selbstbewußtsein«

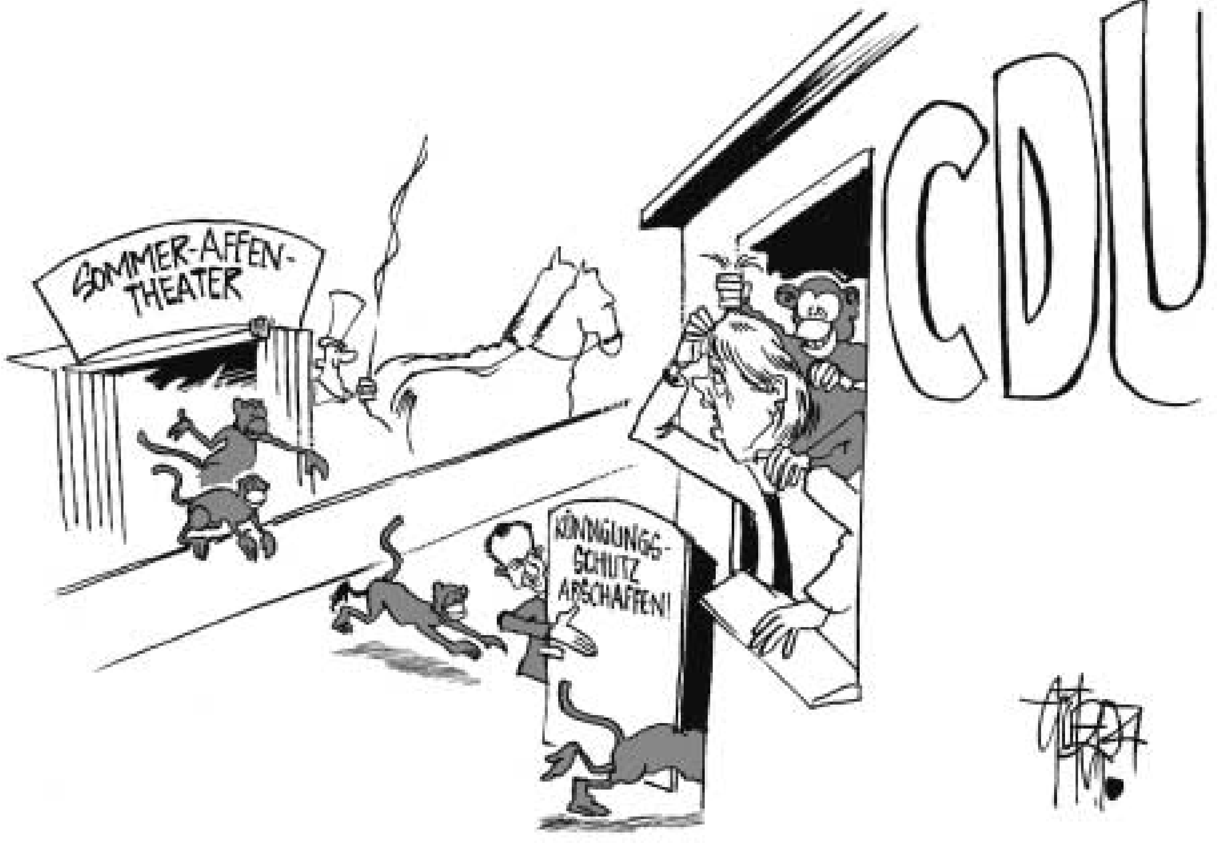


Der CSU-Politiker und langjährige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit **Carl-Dieter Spranger** hat die Geschichtspolitik in Deutschland heftig kritisiert. Der Wochenzeitung *Junge Freiheit* (Ausgabe von gestern) sagte er: Das „Geschichtsbild der 68er“ sei ein „Gemisch aus Selbsthaß, permanenter Selbstzerknirschung, Kollektivschuldbekenntnissen und der Kriminalisierung ganzer Generationen des deutschen Volkes“. In seiner Fixiertheit auf die NS-Zeit habe dieses Geschichtsbild mit der Vergangenheit wenig zu tun. Spranger fordert die Deutschen auf zu mehr „Patriotismus, Nationalbewußtsein, Selbstbewußtsein und Stolz“.

Ex-Abt von Andechs zieht sich zurück



Der Prior und bis vor einem Jahr Abt des bekannten Klosters Andechs bei München, **Anselm Bilgri**, hat die Abtei verlassen. Bilgri machte Andechs zu einem erfolgreichen Wirtschaftsunternehmen, dessen Gewinne zahlreiche geistliche, kulturelle und soziale Projekte ermöglichte. Er habe sich zu sehr aufs Wirtschaftliche konzentriert, lautete die Kritik, die ihn zum Gehen bewegte. Indes trat Bilgri auch durch dezidiert konservative Positionen hervor, was vielen nicht gefallen hat.



Angelas Weltsch-Merz Zeichnung: Götz Wiedenroth

Anlegen und Feuer!

EU-Abstimmung: Das Pack wird aufmüpfig / Der Wochenrückblick mit Hans HECKEL

Nach soviel Ruhm mußte nun ein wenig Glanz her, besann sich Außenminister Joschka Fischer und kaufte sich nun ein Familienwappen. Ja! Kaufte! Früher kriegte man das Prachtstück noch vom gekrönten Landesherrn für seine Leistungen verliehen, einfach so. Jetzt müssen wir auch dafür schon zahlen. Die Schönfärber nennen das frech „Reform“ oder gar „Fortschritt“. Realisten nennen die Sache kalt und verächtlich beim Namen: Republik.

Den Reiz der bunten Schildchen hat die neue Gebühr nicht schmälern können. Sie beflügeln die Phantasie, was bereits mit der Gestaltung beginnt. Joschka hat sich einen Fisch unter zwei Schlachtermesser auf seine Wehr malen lassen. Das Schuppentier paßt zum Namen und irgendwie auch zum Wappenstifter, denn leicht zu packen war der nie. Die Messer stehen für die Familientradition der Fischers, die über fünf Generationen Schlachter waren. An der Helmzier wehen zwei Adlerschwingen, man ist schließlich der Herr Außenminister.

Fischers Weg vom kleinen Revoluzzer zum Wappentier mit Ministerposten war ein langer und beschwerlicher. Jahrzehntelang mußte er gegen reaktionäre Machthaber zu Felde ziehen, malte sich furchteinflößende Bilder von ihnen als „Herrenreiter“ (mit und ohne Wappen) und träumte davon, eines Tages selber in ihrem Sattel Platz zu nehmen.

Als Revoluzzer hatte Fischer gelernt, daß reaktionäre Herrenreiter oft Adlige sind, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, das Volk in Schach zu halten. Gerade erst warmgeritten sieht sich Ritter Joschka nun selbst einer handfesten Revolte gegenüber: „Volksabstimmung“ gällt es durch die Gassen. Der Pöbel will seine Meinung äußern zur EU-Verfassung, als ob er das Recht hätte, eine zu haben. Joschka weiß augenblicklich, was zu tun ist: „Wir sollten die Verfassung ziemlich schnell ratifizieren und möglichst vorneweg gehen“, beschied er die Deutschen im ZDF-Sommerinterview. In die Sprache von Joschkas Vorbildern aus vergangenen Epochen übersetzt lautet der Satz in etwa: „Anlegen und Feuer, bevor das Pack seine Chance wittert und sich zusammenrottet!“

Das Pack hat sich nicht verändert, seit Jahrhunderten nicht. Früher unterschied man zwischen „braven“ und „aufmüpfigen“ Völkern. „Brav“ klingt uns heute zu sehr nach Pferdestreicheln, weshalb wir lieber von „demokratisch reif“ sprechen. Demokratisch reif ist das deutsche Volk solange wie es einsieht, daß die „Lehren aus unserer Geschichte“ alle Fragen schon beantwortet haben, weshalb Volksbefragungen nur Unsinn hervorbringen können („Zu Europa gibt es keine Alternative, das lehrt uns unsere Geschichte“, H. Kohl). Das Gesindel will das für Richtig erkannte nicht immer einsehen und zickt bisweilen – wie früher die Demagogen, die das Gottesgnadentum in Mißkredit brachten. Dabei sind die „Lehren aus unserer Geschichte“ kaum weniger gewichtig und endgültig als Gott und seine Gnaden. Wo wir einst sicher sein konnten, daß Gott uns diesen König oder jeden Herzog direkt vom Himmel geschickt hat, so wissen wir heute, daß die „Lehren“ uns einen festen Parteienkanon mit unwiderruflichen Rechten sandte, der uns den Weg zur Tugend weist und darin nicht zu stören ist.

> *Gib dem Pöbel eine kleine Abstimmung, und er fordert am Ende die Volksherrschaft*

Jahrzehntelang blieb diese Ordnung ohne Widerspruch intakt, bis nun auf einmal die düstere Horde des „Volkes“ das Maul aufmacht und mitreden will. Wie schon einmal in vergangenen Jahrhunderten kommt der giftige Virus der Rebellion aus dem Westen. Wie schon einmal erwies sich ein Jammerlappen von Souverän auf dem französischen Thron als zu lasch. Nachdem ihm seine Franzosen monatelang nachstellten, sackte Jacques Chirac in sich zusammen und läßt nun die „Nation“ über die EU-Verfassung entscheiden. Und wie so oft verfallen die deutschen Herrscher in hilfloses Gezänk, statt der Herausforderung von unten gemeinsam mit Härte und Festigkeit zu begegnen.

Fischer steht, ja, und Schröder und Merkel auch. Schon in der zweiten Reihe jedoch löst sich alles in Chaos auf. Furcht, Ratlosigkeit und sogar offener Verrat an der Unfehlbarkeit der „Lehren aus unserer Geschichte“ greifen um sich. Selbst der ehemalige Bundespräsident Herzog stellt sich frech auf die Seite des murrenden Volkes. Beinahe noch abstoßender treten einige verantwortungslose Taktierer auf: Bayerns Stoiber hat vorgeschlagen, das Volk doch nur einmal, zur EU-Verfassung nämlich, abstimmen zu lassen und dann nie wieder. Ist der noch zu retten? Was, wenn die Deutschen „Nein“ ankreuzen, statt den Rest der ihnen zugebilligten Rechte an die weisen Mütter und Väter in Brüssel abzugeben? (Man hatte ihnen diese Rechte schließlich nur verpachtet, um den Kommunisten eins auszuwischen. Jetzt haben sie sie gefälligst wieder rauszurücken.) Was, wenn sie Geschmack an der Selbstbestimmung bekommen und das Recht zur Abstimmung für immer haben wollen? Die Geschichte lehrt schließlich: Gibt dem Volk eine kleine Abstimmung und es fordert am Ende die Volksherrschaft.

In der dritten, vierten und fünften Garnitur des Herrschaftsapparats dominiert erstauntes Schweigen. Nur wenige wagen sich vor, um der alten Ordnung zu Hilfe zu kommen – wie Ludwig Stiegler, Chef der bayerischen SPD-Landesgruppe im Reichstag. Der ist zwar ein wenig blöd, weshalb er sich beim Draufschlagen auf den Feind meistens selber schlimme Verwundungen zufügt. Doch diesmal hatte er eine geniale Idee, wie dem Aufstand beizukommen wäre: Um allen 60 Millionen abstimmungsberechtigten Deutschen eine komplette Ausgabe der EU-Verfassung zukommen zu lassen, hätte es gar nicht genügend Papier im Land, so Stiegler. Deshalb ginge das mit der Abstimmung rein technisch nicht, wollten wir nicht alle unsere Wälder abholzen. Schlau, nicht wahr?

Stiegler weist (freilich wie bei ihm üblich, ohne es zu ahnen) einen hervorragenden Ausweg, wie auch weiteren Revolten gegen die bewährte Machtverteilung zu begegnen wäre. In gut sieben Wochen sind beispielsweise Landtagswahlen in Sachsen, wo die SPD unter zehn Prozent rutschen könnte. Unser System fußt auf zwei großen Volksparteien. Wenn da eine Säule dauerhaft wegbricht, könnte das Ganze ins Rutschen kommen, warnen Politologen, weshalb der Sachsen-SPD geholfen werden muß. Warum stellen wir nicht fest, daß die Wahlhelfer-Entschädigungen in diesem Jahr einfach nicht zu finanzieren sind, wenn wir dafür nicht die Rentenkasse plündern wollen – und blasen die Wahl ab? Wahlrecht oder Konto – vor diese Alternative gestellt ist noch jedes Volk zur Vernunft gekommen. ■

Zitate

Der Publizist **Rafael Seligmann** *fordert in der* Welt *vom 23. Juli unter der Überschrift* **„In Deutschland erblüht das Judentum“***:*

„Die Umbenennung des Zentralrats in ein Organ des ‚deutschen Judentums‘ – nicht länger eine zeitweilig hier weilende Gemeinschaft – wäre Anerkennung der Realität und Ermutigung zu einer wechselseitigen Entwicklung des deutsch-jüdischen Verhältnisses. Gefordert ist eine Renaissance des deutschen Judentums.“

Die Gegner eines **Referendums über die EU-Verfassung** *auch in Deutschland – wie Schröder, Fischer und Merkel – verweisen gern auf* **Weimar***, um zu untermauern, daß Volksabstimmungen* **gefährlich** *seien. Der* Spiegel *vom 26. Juli* **hat das mal untersucht***:*

„Gerade mal zwei reichsweite Volksentscheide wurden den Wählern in 14 Jahren Weimarer Republik überhaupt zur Abstimmung vorgelegt. Von Hitlers NSDAP unterstützt wurde nur der Volksentscheid von Dezember 1929 gegen den Young-Plan, der die Deutschland auferlegten Reparationszahlungen neu ordnen sollte. Das Referendum geriet zum Reinfall: Statt der erforderlichen 50 Prozent gab es magere 13,8 Prozent Ja-Stimmen.“

Der **Historiker Heinz Dieter Kittsteiner** *hat in der* Frankfurter Allgemeinen *vom 27. Juli nur* **kalten Spott** *übrig für das Gebaren der* **DGB-Gewerkschaften***:*

„Es bleibt dabei: Die Gewerkschaften sind ein Kampfverband der Beschäftigten gegen die Unbeschäftigten, bei denen eine mittlere Funktionärsschicht den noch verbliebenen Mitgliedern Trillerpfeifen in den Mund steckt, damit sie für ihre eigene künftige Arbeitslosigkeit auf die Straße gehen. Die Trillerpfeife, diese Mißgeburt aus Protestschrei und Saugnuckel, symbolisiert das Ende des deutschen Sozialismus. Der Kapitalismus, nicht der Sozialismus, war die große Revolution des 19. und 20. Jahrhunderts. Die sogenannten ‚Revolutionen‘ waren nur Reaktionen darauf.“

Greif zu, Barroso!

Man kennt dich heute – Mao-Tse-Dank –
als Neoliberalen,
drum wählten dich – es ist kein Schwank –
die Christlichsozialen.

Nun suchst du brav in Nah und Fern
nach neuen Kommissaren –
und -innen, denn du willst dir gern
den Matscho-Vorwurf sparen.

Als Superwirtschaftskommissar
schickt Schröder dir Verheugen,
doch mußt zu aller Glück du klar
dich höhern Mächten beugen.

Denn Pudel Blair läßt Mandelson
in Brüssel installieren:
Der kennt sich aus mit Korruption
und wird dir assistieren.

Aus Prag ist Spidla delegiert,
den auch kein Wähler wollte –
du weißt ja, der so couragiert
dem Benesch Beifall zollte.

Versteh den Wink – er ist nicht schlecht,
wenngleich ganz unerbeten:
Verheugen bog gekonnt zurecht
den Benesch samt Dekreten!

In Zukunft brauchst du sein Talent
für Afroasiaten,
denn schau, vom Niger bis Taschkent
sind lauter Kandidaten.

Nur Günter ist dafür Gewähr,
Scharon und Säbelrasseln,
Islam-Justiz und vieles mehr
europareif zu quasseln!

Pannonicus